

(Entwurf)

Demografie-Atlas

Landkreis Mainz-Bingen



und

**Schlussfolgerungen und
Handlungsempfehlungen zur Gestaltung
des demografischen Wandels**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite	6
1. Einwohnerzahl und Altersstruktur in Rheinland-Pfalz von 1990 bis 2060	Seite	7
1.1 Einwohnerzahl und Altersstruktur in Rheinland-Pfalz von 1990 – 2060	Seite	7
1.2 Ergebnisse des Zensus 2011 für Rheinland-Pfalz	Seite	11
1.3 Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen 1990 bis 2011	Seite	11
1.4 Vergleich der Geburtenraten: Europa, Deutschland, Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen	Seite	14
2. Einwohnerzahl und Altersstruktur im Landkreis Mainz-Bingen 1990 – 2060	Seite	17
2.1 Zensus 2011: Bevölkerung des Landkreises Mainz-Bingen im Mai 2011	Seite	25
3. Bevölkerungsstruktur in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	26
3.1 Mehr und kleinere Haushalte in Rheinland-Pfalz	Seite	26
3.2 Immer mehr Kinder leben in Rheinland-Pfalz bei Alleinerziehenden	Seite	27
3.3 Anzahl und Alter der Pflegebedürftigen/Pflegequote in Deutschland nach Altersklassen am 31.12.2011	Seite	29
3.3.1 Pflegebedürftige – im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes – in Rheinland-Pfalz, im Landkreis Mainz-Bingen, in ausgewählten rheinland-pfälzischen Landkreisen und in der Stadt Mainz am 31.12.2011	Seite	31
3.4 Demenzerkrankungen in Abhängigkeit vom Alter/Zahl der demenziell Erkrankten in Deutschland bis 2050	Seite	31
3.5 Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung 2002 – 2011/ Höhere Gesundheitskosten im Alter/Ursachen des Anstiegs der Lebenserwartung	Seite	34
3.6 Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen 1990 – 2011	Seite	37
3.7 Bevölkerung mit Migrationshintergrund*) in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	38
3.8 Vermehrte Zuwanderung aus EU-Staaten nach Rheinland-Pfalz und in den Landkreis Mainz-Bingen	Seite	38
3.9 Erwerbstätige Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	42
3.9.1 Bevölkerung nach Erwerbsstatus: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011	Seite	42
3.9.2 Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweig: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011	Seite	42
3.9.3 Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011	Seite	43
3.10 Pendlersalden (Ein- und Auspendler) Landkreis Mainz-Bingen 1996 -2011	Seite	44
3.11 Schul- und Berufsabschlüsse der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	45

*) Definition „Migrationshintergrund“: Ausländer nach 1955 zugewandert oder Nachfahren von nach 1955 Zugewanderten.

3.11.1	Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Schulabschluss	Seite	45
3.11.2	Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Berufsabschluss	Seite	46
3.11.3	Schulabschlüsse der im Jahr 2012 Schulentlassenen ohne/mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	47
4. Infrastruktur: Nahversorgung, Wohnraumsituation und Flächenverbrauch im Landkreis Mainz-Bingen			Seite 48
4.1	Läden, Dorfläden, Mobile Verkaufsfahrzeuge, Supermärkte und Bankfilialen, Geldautomaten und Postagenturen im Landkreis Mainz-Bingen in 2010 - Ergebnisse einer Befragung der Ortsbürgermeister/innen im Rahmen der Erstellung des Pflegestrukturplans für den Landkreis Mainz-Bingen	Seite	48
4.2	„Gaststättensterben“ in ländlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz	Seite	54
4.3	Leerstehende Wohnungen im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz - Zensus 2011	Seite	54
4.4	Entwicklung der Wohnraumnachfrage 2012 – 2030 in Rheinland-Pfalz und in Städten und Landkreisen des Rhein-Main-Gebietes - Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln vom September 2013	Seite	56
4.5	Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	59
5. Einwohnerzahl und Altersstruktur in den Städten Bingen und Ingelheim, den Verbandsgemeinden und in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen von 1990 bis 2012 und von 2010 (Basisjahr Bevölkerungsvorausberechnung) bis zum Jahr 2030			Seite 60
5.1	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Stadt Bingen 1990 – 2030	Seite	60
5.2	Einwohnerzahl und Altersstruktur der Stadt Ingelheim 1990 – 2030	Seite	64
5.3	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim 1990 – 2030	Seite	67
5.4	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Bodenheim 1990 – 2030	Seite	70
5.5	Einwohnerzahl und Altersstruktur der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim 1990 – 2030	Seite	73
5.6	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Guntersblum 1990 – 2030	Seite	76
5.7	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Heidesheim 1990 – 2030	Seite	79
5.8	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm 1990 – 2030	Seite	82
5.9	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 1990 – 2030	Seite	85
5.10	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe 1990 – 2030	Seite	88
5.11	Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen 1990 - 2030	Seite	92

6. Rangfolge der Städte Bingen und Ingelheim, der Verbandsge- meinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen bei wichtigen Faktoren der demogra- fischen Entwicklung - 2012 bis 2030	Seite	95
6.1 Zunahme/Rückgang der Zahl der Einwohner 2012 - 2030 in Prozent und absolut	Seite	95
6.2 Rückgang der Zahl der 18 bis 64 Jahre alten Einwohner (Erwerbsbevölkerung) 2012 - 2030 in Prozent und absolut	Seite	96
6.3 Zunahme der Zahl der über 80jährigen Einwohner 2012 – 2030 in Prozent und absolut	Seite	97
6.4 Anteil an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030: Kinder bis 5 Jahre und über 80jährige an der Gesamtbevölkerung	Seite	98
7. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des demografischen Wandels im Landkreis Mainz-Bingen	Seite	99
7.1 Anpassung des Kindertagesstättenbedarfsplans für den Landkreis Mainz-Bingen	Seite	99
7.2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für den Landkreis Mainz- Bingen	Seite	100
7.3 Anpassungsmaßnahmen an den Rückgang der 18 bis unter 65 Jahre alten Bevölkerung („Erwerbsbevölkerung“)	Seite	101
7.3.1 Verbesserung der schulischen Abschlüsse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	Seite	101
7.3.2 Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	Seite	101
7.3.3 Erhöhung der Lebensarbeitszeit – Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Seite	102
7.3.4 Anwerbung von Arbeitskräften, insbesondere von Fachkräften, aus struktur- schwachen Regionen Deutschlands und dem europäischen/außereuropäischen Ausland	Seite	102
7.3.5 Erhöhung der Zahl der „Einpendler“ in den Landkreis Mainz-Bingen durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur	Seite	103
7.4 Anpassung der Infrastruktur des Landkreises Mainz-Bingen an die Zunahme der über 80jährigen Bevölkerung	Seite	103
7.4.1 Schaffung von altengerechtem Wohnraum und barrierefreien/barrierever- minderten öffentlichen Flächen/Sicherstellung der Mobilität und der „Nahversorgung“ mit Lebensmitteln	Seite	104
7.4.2 Ausbau der ambulanten und teilstationären pflegerischen Versorgung/ Gewinnung von Altenpflegepersonal	Seite	106
7.4.3 Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung	Seite	108
7.4.4 Schaffung von geriatrischen Fachabteilungen in den Krankenhäusern in Bingen und Ingelheim	Seite	110
7.4.5 Unterstützung von Nachbarschaftshilfen und sonstigen ehrenamt- lichen Aktivitäten von oder für Seniorinnen/Senioren	Seite	111
7.4.6 Verbesserung der präventiven Angebote und der Gesundheitsförderung/ Ergebnisse der Studie des Robert-Koch-Instituts zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland	Seite	111
7.4.7 Ausbau von Informations-, Freizeit- und Kulturangeboten und der Be- gegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren	Seite	115
7.4.8 Errichtung einer Koordinierungs- und Fachberatungsstelle in der Kreis- verwaltung zur Steuerung des Anpassungsprozesses an die demografische Entwicklung	Seite	115

7.5 Maßnahmen aufgrund der zukünftig zunehmenden Altersarmut Seite 116

**8. Anpassung der Abteilungen der Kreisverwaltung und kommunalen
Gesellschaften, Zweckverbände und Volkshochschulen im Land-
kreis Mainz-Bingen aufgrund der demografischen Entwicklung** Seite 116

Anhang Nr. 1

„Wohnen im Alter“ (Altengerechte Wohnraumanpassung/Gestaltung
des Wohnumfeldes) Seite 124

Anhang Nr. 2

Kreiskarte mit den Verwaltungsgrenzen der Städte Bingen und Ingelheim,
der Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim Seite 128

Einleitung

Der demografische Wandel macht auch vor dem Landkreis Mainz-Bingen nicht halt. Trotz seiner günstigen geografischen Lage im Rhein-Main-Gebiet mit seinen vielfachen Entwicklungschancen muss die Region sich den großen Herausforderungen, die sich durch die sich bereits jetzt abzeichnende Bevölkerungsentwicklung ergeben, stellen. Zwar zeigt sich zurzeit die Situation des Landkreises insgesamt im landesweiten Vergleich noch stabil, dennoch sind bereits in einzelnen Bereichen kommunalen Gebietskörperschaften strukturelle Veränderungen und damit verbundenen Handlungsbedarf zu erkennen. Beides – Chancen und Risiken – sollten dabei im Blickpunkt stehen.

Dem vorliegenden Demografie-Atlas für den Landkreis Mainz-Bingen liegt ein Beschluss des Kreistags des Landkreises Mainz-Bingen zugrunde.

Ziel des Demografie-Atlases ist, die demografische Entwicklung für den Landkreis insgesamt und die einzelnen Regionen des Landkreises zu analysieren und darzustellen. Aus den Ergebnissen sollen politische Konsequenzen gezogen und nachhaltige Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels, angepasst an die jeweiligen Erfordernisse ergriffen werden, d.h. die Infrastruktur des Landkreises und der Gemeinden der demografischen Entwicklung anzupassen.

Die Daten des Demografie-Atlases für den Landkreis Mainz-Bingen sind überwiegend der **„Dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060“ des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2012** entnommen worden. Ferner wurde die Vorausberechnung des Statistischen Landesamtes für die Städte Bingen und Ingelheim, die verbandsfreie Gemeinde Budenheim und die **Verbandsgemeinden im Landkreis bis zum Jahr 2030** verwandt.

Vorausberechnungen für die Ortsgemeinden liegen nicht vor.

Darüber hinaus sind weitere Statistiken des Statistischen Landesamtes verwandt und eigene Berechnungen erstellt worden.

Der Demografie-Atlas analysiert das Datenmaterial in Hinblick auf die Auswirkungen auf den Landkreis, die kreisangehörigen Städte Bingen und Ingelheim, die Verbandsgemeinden und die verbandsfreie Gemeinde Budenheim. Die **Ergebnisse werden anhand von Erläuterungen, Grafiken und Tabellen dargestellt. Darüber hinaus sind Schlussfolgerungen und erste Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des demografischen Wandels benannt.**

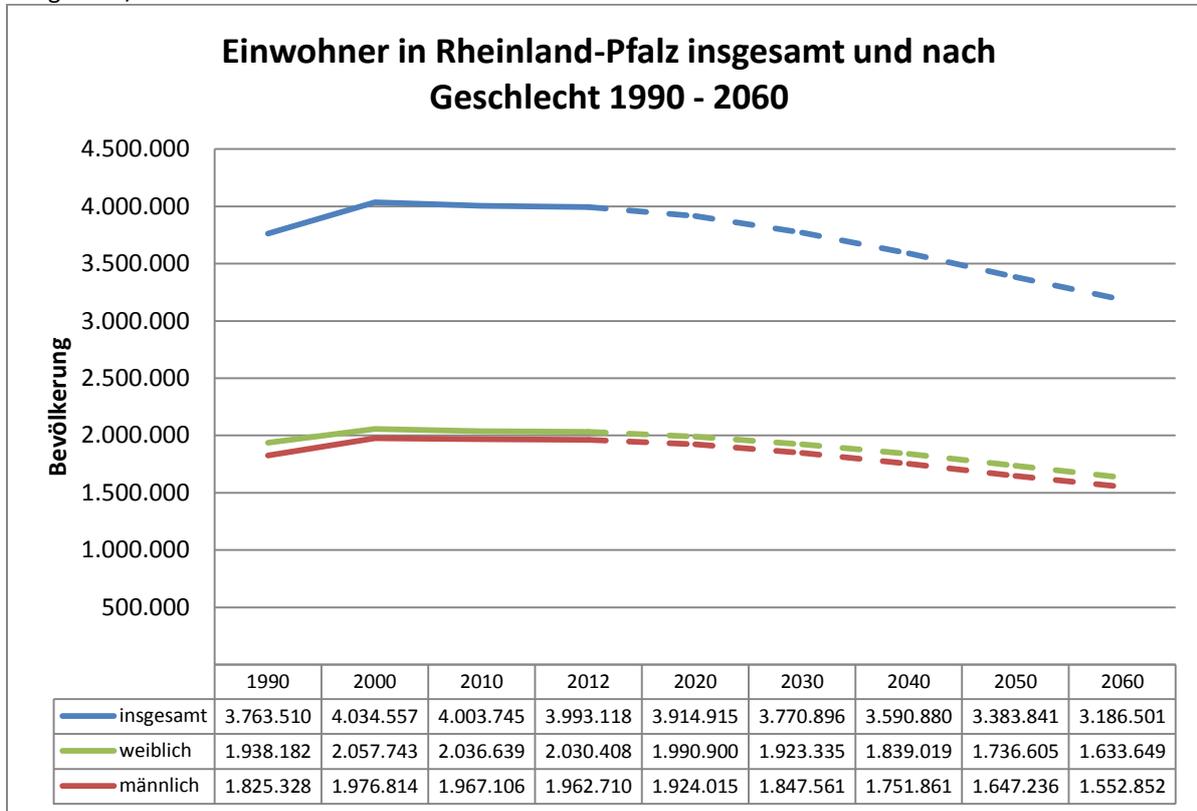
Um die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den Landkreis bis zum Jahr 2060 und die Vorausberechnung für die kreisangehörigen Städte Bingen und Ingelheim, die Verbandsgemeinden und die verbandsfreie Gemeinden Budenheim bis 2030, die vom Statistischen Landesamt nur in einer mittleren Variante vorliegt, miteinander **vergleichen zu können, ist die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung für den Landkreis für den Demografie-Atlas** verwandt worden. Der mittleren Variante liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Geburtenrate steigt bis 2013 von jetzt 1,38 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2060 konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2008/2010 bis 2060 bei Frauen von 82,4 auf 89,2 Jahre und bei Männern von 77,5 auf 85 Jahre zu.
- Zum regionalen Wanderungsgeschehen ist folgende Annahme auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in der Vorausberechnung enthalten: Die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge wird sich auch Zukunft so fortsetzen, wie sie von 2006 bis 2010 stattgefunden hat.

1. Einwohnerzahl und Altersstruktur in Rheinland-Pfalz von 1990 bis 2060/ Ergebnis Zensus 2011

1.1 Einwohnerzahl und Altersstruktur in Rheinland-Pfalz von 1990 - 2060

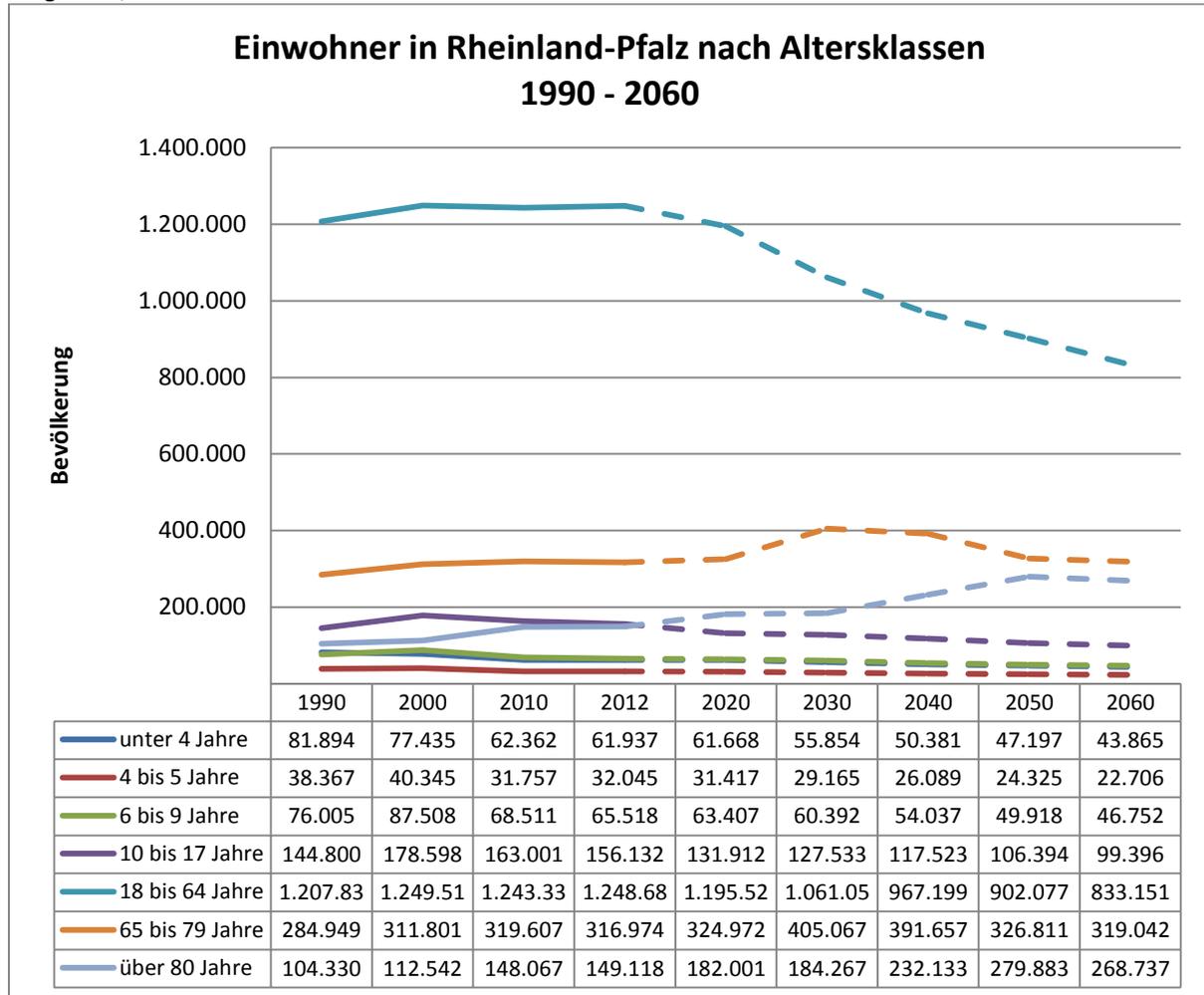
Diagramm/Tabelle Nr. 1



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Im Jahr 2000 lebten in Rheinland-Pfalz 4.034.557 Einwohner. Ab ca. 2010 (4.003.745 Einwohner) ist bis zum Prognosejahr 2060 der Bevölkerungsvorausberechnung (3.186.051 Einwohner) ein kontinuierlicher **Rückgang der Bevölkerung** zu erwarten.
- Die Zahl der Einwohner in Rheinland-Pfalz wird von 4.003.745 im Jahr 2010 der Berechnung nach um 232.849 Personen auf 3.770.896 im Jahr **2030 (- 5,8 %)** und bis zum Jahr **2060** um 817.244 Personen **(- 20,4 %)** auf 3.186.501 Einwohner zurückgehen.

Diagramm/Tabelle Nr. 2



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Basisjahr Bevölkerungsvorausberechnung: 2010)

Vorausberechnete prozentuale Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

Kinder unter 4 Jahren:

- Die Zahl der Kinder unter 4 Jahren wird in Rheinland-Pfalz von 62.362 im Jahr 2010 (Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung) um 6.508 Kinder auf 55.854 Kinder im Jahr **2030 zurückgehen (- 10,4 %)**.
- Im Jahr **2060** wird es in Rheinland-Pfalz noch 43.865 Kinder unter 4 Jahre geben. Dies ist gegenüber 2010 mit 62.362 Kindern eine Verringerung um 18.497 Kinder (**- 29,6 %**).

Kinder von 4 - 5 Jahren:

- Die Zahl der Kinder von 4 bis 5 Jahren wird sich von 31.757 Kindern in 2010 auf 29.165 Kinder im Jahr **2030** vermindern (- 2.592 Kinder/**- 8,6 %**).
- Von 2010 mit 31.757 Kinder von 4 bis 5 Jahren bis **2060** verringert sich die Zahl der Kinder in dieser Altersklasse um 9051 Kinder auf 22.706 Kinder (**- 28,5 %**).

Kinder und Jugendliche von 6 – 17 Jahren (Schüler):

- Die Kinder und Jugendlichen in dieser Altersklasse verringern sich von 231.512 Kindern in 2010 um 43.587 Kinder auf 187.925 Kinder in **2030 (- 18,8 %)**.
- Von 2010 bis **2060** geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen von 6 – 17 Jahren von 231.512 um 85.364 Kinder auf 146.148 Kinder zurück **(- 36,9 %)**

18 bis 64 Jahre alte Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung):

- Im Jahr 2010 gab es in Rheinland-Pfalz 1.243.334 Personen, die 18 bis 64 Jahre alt waren. Dies ist die Altersklasse, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (Erwerbsbevölkerung).
- Ab dem Jahr 2030 wird die Anzahl der Personen in dieser Altersklasse deutlich zurückgehen. Waren dies in 2010 noch 1.243.334 so sind dies in **2030** 1.061.057 Personen. Der Rückgang beträgt 182.277 Personen **(- 14,7 %)**.
- Bis zum Jahr **2060** wird sich die Zahl der 18 bis 64 Jahre alten Personen von im Jahr 2010 1.243.334 Personen um 410.183 auf 833.151 Personen vermindern **(- 33,0 %)**.

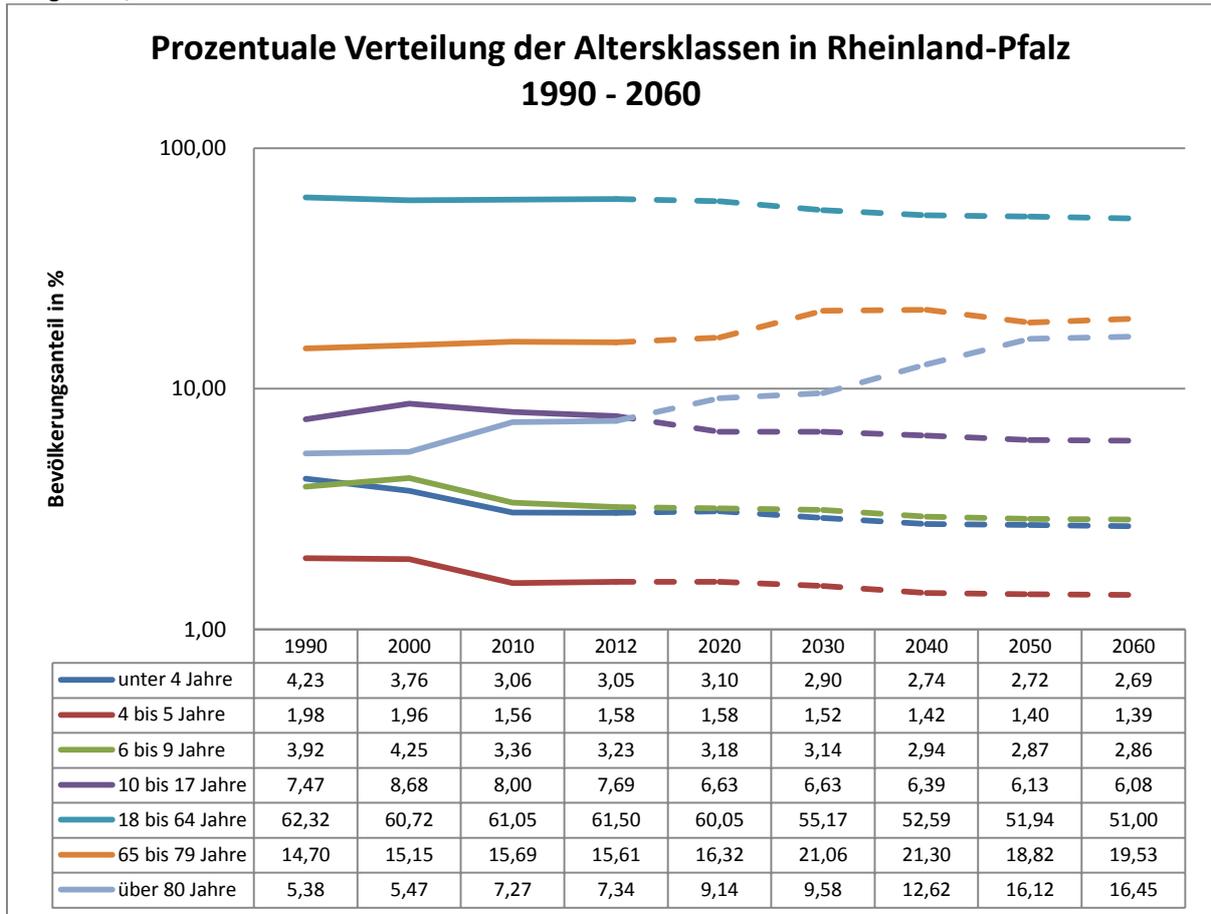
65 Jahre und ältere Bevölkerung:

- Im Jahr 2010 hatte Rheinland-Pfalz 467.674 Einwohner, die 65 Jahre und älter waren (Altenbevölkerung). In **2030** sind dies 589.334 Personen (+ 121.160 Personen/**+ 26,0 %**) und im Jahr **2060** 587.779 Einwohner in dieser Altersklasse (+ 120.105 Personen/**+ 25,7 %**).
- Im Jahr **2050** wird die Zahl der 65 Jahre und älteren Personen mit 606.694 Personen gegenüber 2040 mit 623.790 Einwohnern **wieder geringer** sein.

80 Jahre und ältere Bevölkerung:

- Im Jahr 2010 lebten in Rheinland-Pfalz 148.067 Einwohner, die über 80 Jahre alt waren.
- Im Jahr 2020 erfolgt gegenüber 2010 ein Anstieg um 33.934 auf 182.001 Personen (+ 22,9 %). Bis **2030** um 36.200 Personen auf 184.267 Personen **(24,4 %)** und bis zum Jahr **2060** wird gegenüber 2010 ein Anstieg um 120.670 auf 268.737 über 80jährige Personen erfolgen **(+ 81,5 %)**.

Diagramm/Tabelle Nr. 3



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Kinder unter 4 Jahren:

- Der Anteil der unter 4jährigen Kinder an der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz wird sich von 3,06 % in 2010 (Basisjahr) auf **2,69 % im Jahr 2060** vermindern.

18 bis 64 Jahre alte Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung):

- Der Anteil der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung, die Altersklasse, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung (Erwerbsbevölkerung) steht, wird sich von 61,05 % in 2010 auf 55,17 % in 2030 und auf **51,00 % im Jahr 2060** verringern.

65 Jahre und ältere Bevölkerung:

- Der Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung (Altenbevölkerung) beträgt im Jahr 2010 22,96 %, in **2030 30,64 %** und im Jahr **2060 35,98 %**.

Über 80jährige Bevölkerung:

- Der Anteil der über 80jährigen Bevölkerung beläuft sich im Jahr 2010 auf 7,27 %. Bis zum Jahr 2020 wird der Anteil auf 9,14 % und bis zum Jahr **2030 auf 9,58 %** ansteigen. Im **Jahr 2060** wird der Anteil an der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz **16,45 %** betragen.

1.2 Ergebnisse des Zensus 2011 für Rheinland-Pfalz

Diagramm/Tabelle Nr. 4

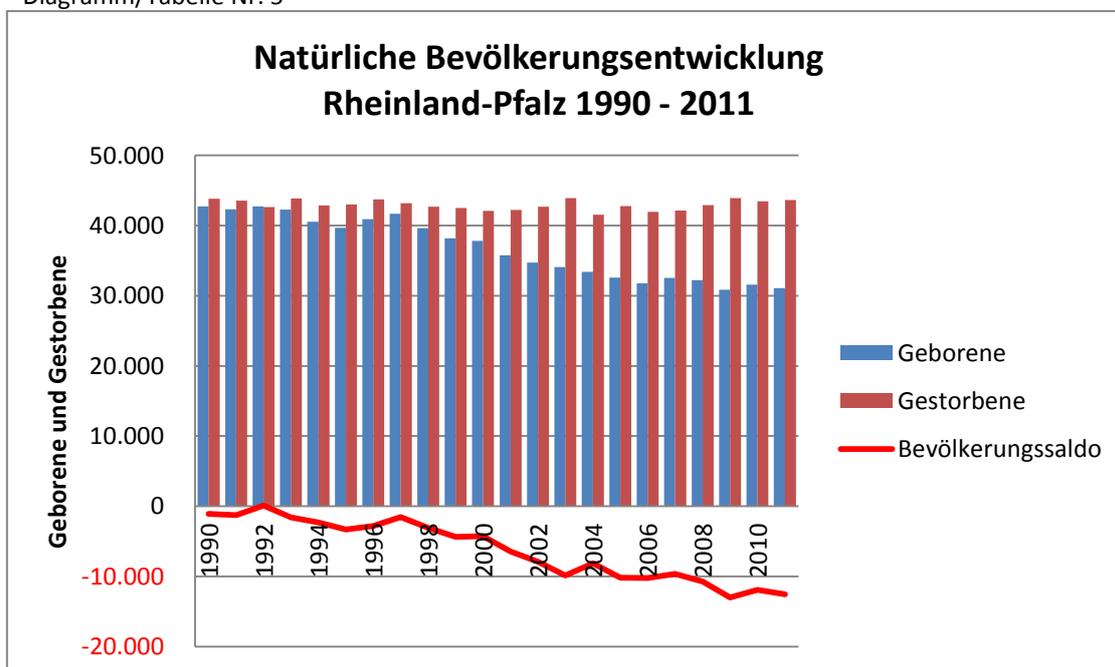
Zensus 2011: Bevölkerung in Rheinland-Pfalz (Mai 2011)			
	Anzahl	Abweichung Anzahl	Abweichung in %
Ergebnis Zensus 2011	3.989.808	----	----
Melderegister 09.05. 2011	4.031.833	- 42.025	- 1,0
Fortschreibung Volkszählung 1987	3.999.011	- 9.203	- 0,2

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bad Ems Mai 2013

- Ende Mai 2013 legte das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz die Ergebnisse des Zensus 2011 vor. Demnach lebten am 9. Mai 2011 in Rheinland-Pfalz 3.989.808 Menschen. Die durch den Zensus 2011 festgestellte amtliche Einwohnerzahl lag damit um **1,0 % unter dem Wert des Einwohnermelderegisters** und um 0,2 % unter dem Fortschreibungsergebnis auf Basis der Volkszählung 1987.

1.3 Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen 1990 bis 2011

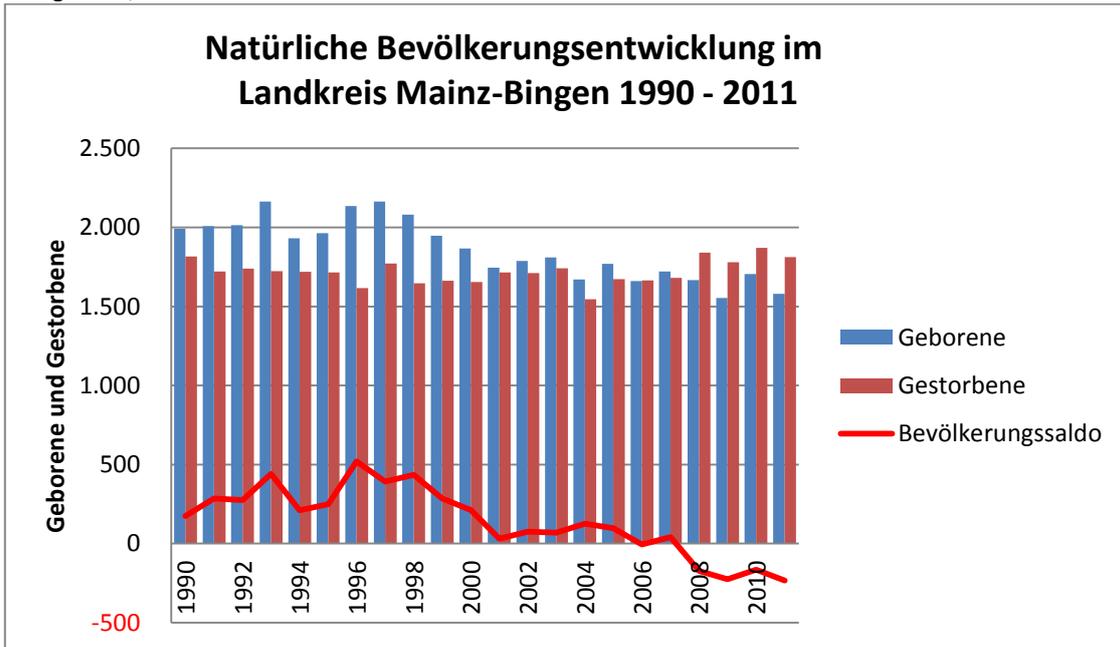
Diagramm/Tabelle Nr. 5



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Der Differenz zwischen der höheren Zahl der Verstorbenen und der niedrigeren Zahl der Neugeborenen in Rheinland-Pfalz ist seit dem Jahr 1992 **kontinuierlich größer geworden** und betrug ab dem Jahr 2007 über 10.000 Personen jährlich.

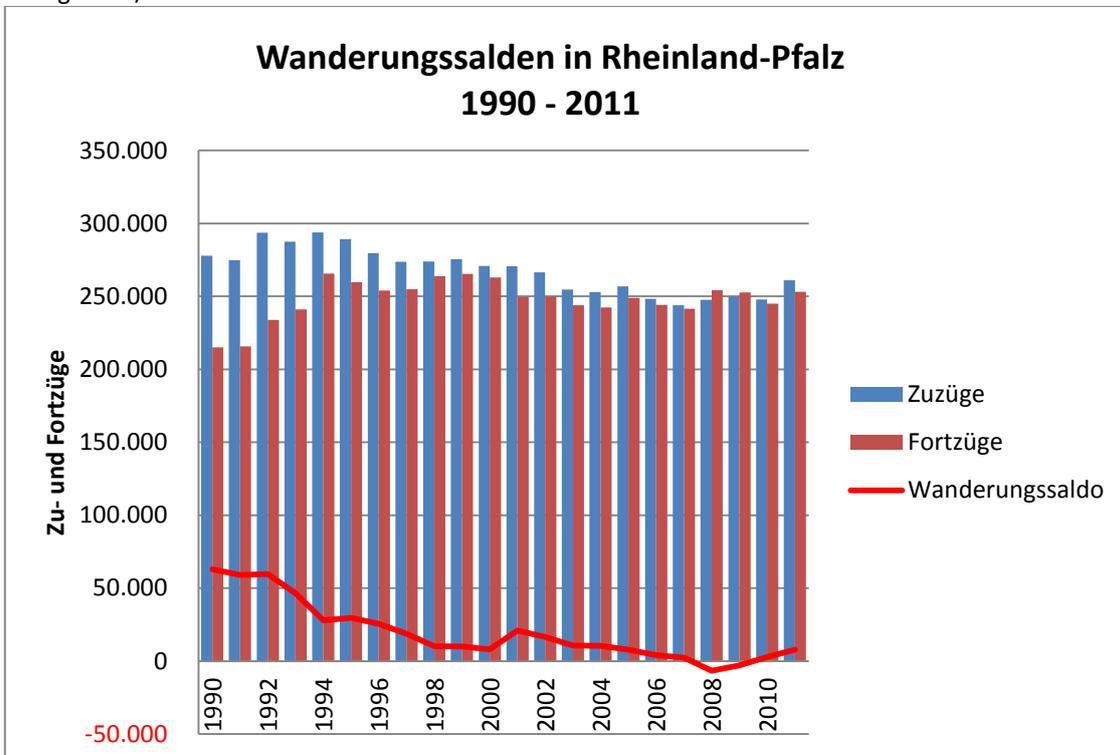
Diagramm/Tabelle Nr. 6



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Von 1990 bis zum Jahr 2007 übersteigt im Landkreis die Zahl der Geborenen die der Verstorbenen.
- **Ab dem Jahr 2008 ist die Zahl der Verstorbenen größer** und der natürliche Bevölkerungssaldo wird negativ.

Diagramm/Tabelle Nr. 7

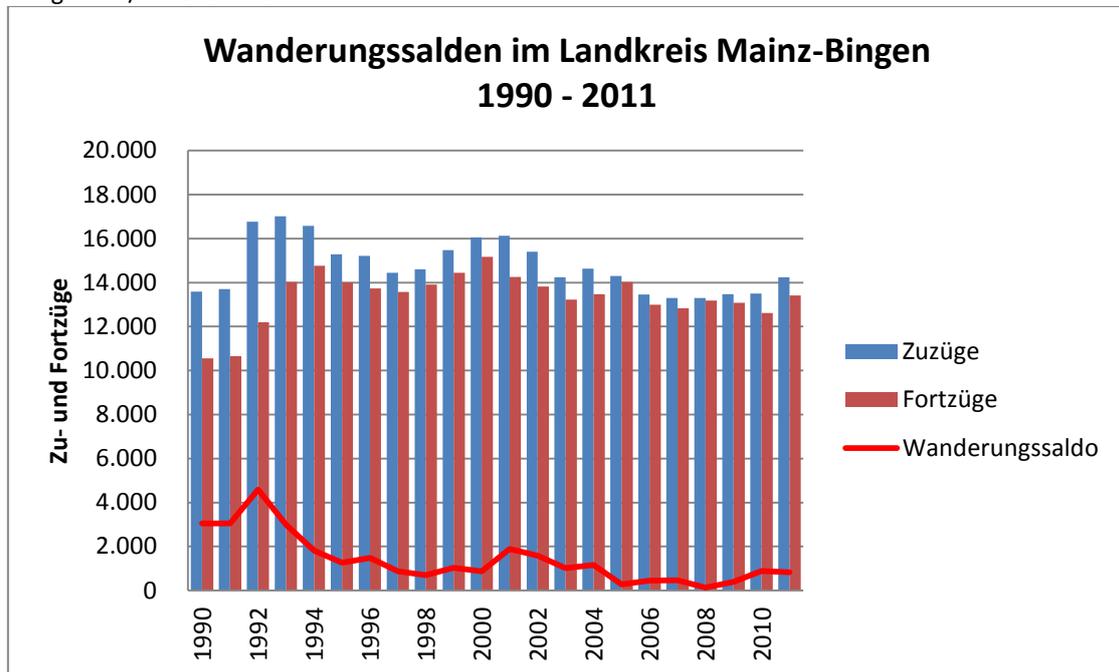


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Von 1990 bis 2008 konnte in Rheinland-Pfalz in jedem Jahr ein Zuwanderungsgewinn erzielt werden. In den Jahren 2009 und 2010 ist die Zahl der Fortzüge gegenüber der Zahl der Zu-

züge geringfügig größer gewesen. Im Jahr 2011 war hingegen wieder ein Zuwanderungsgewinn zu verzeichnen.

Diagramm/Tabelle Nr. 8

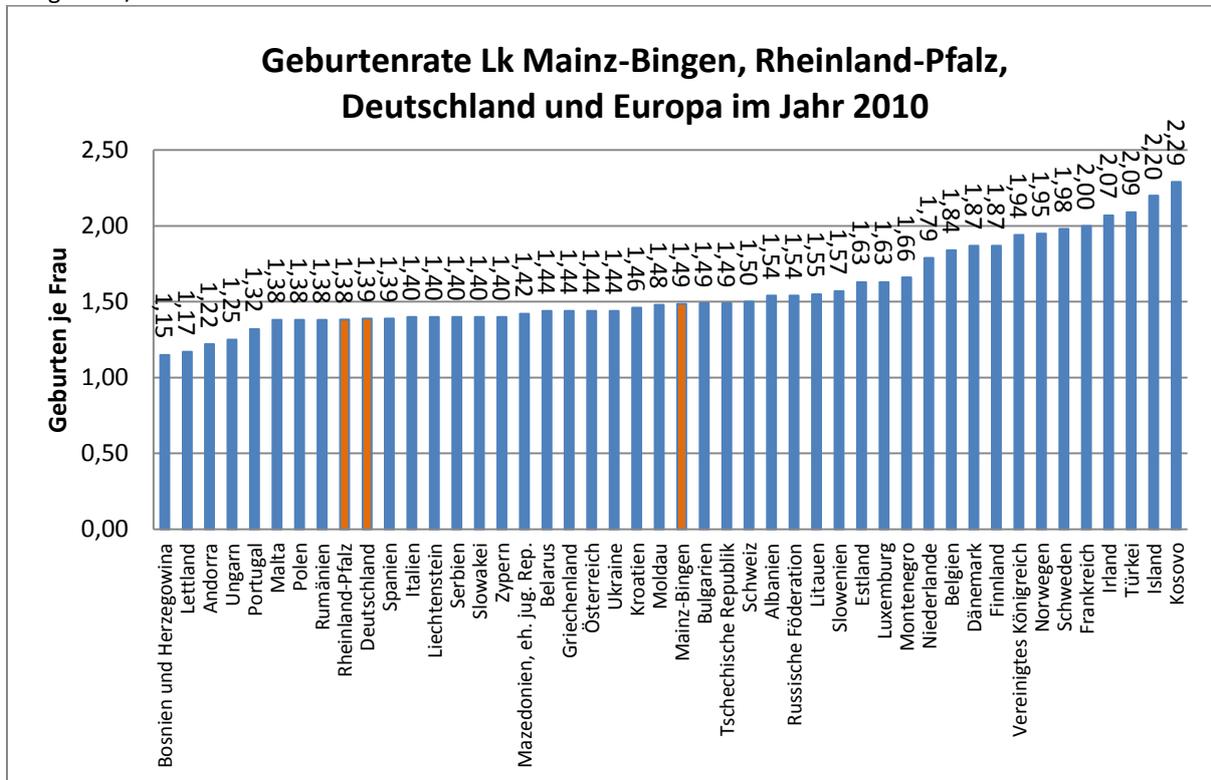


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Der Wanderungssaldo hat im Landkreis bis zum Jahr 1992 zugenommen. Danach ist eine **Verringerung des positiven Wanderungssaldos** pro Jahr zu verzeichnen.

1.4 Vergleich der Geburtenraten: Europa, Deutschland, Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen

Diagramm/Tabelle Nr. 9

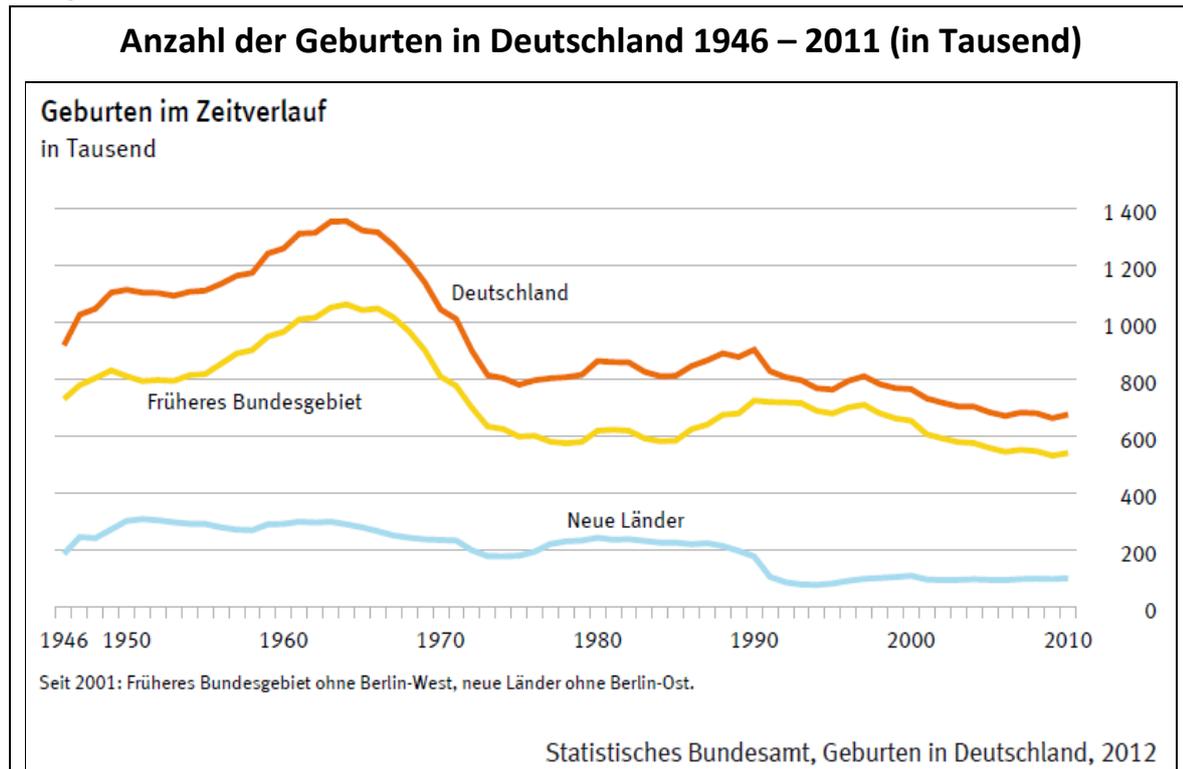


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

➤ **Geburtenrate-Soll: 2,1 – Geburtenrate-Ist: 1,39 (seit 1990 nur geringfügig verändert)**

"Schon seit Anfang der 70er Jahre reichen die Geburten nicht mehr aus, um die Eltern- generation zu ersetzen", teilte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes in einer Pressemitteilung zur Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2012 mit. Für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Sterbe- und Geburtenrate müsste **jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder gebären**. Tatsächlich liegt diese Zahl **inzwischen relativ konstant bei etwa 1,38 Kindern je Frau. Diese Zahl hat sich seit 1990 nur geringfügig verändert**. In der Konsequenz gibt es immer weniger Frauen und somit immer weniger potentielle Mütter.

Diagramm/Tabelle Nr. 10



Vergleich Landkreis Mainz-Bingen – Rheinland-Pfalz

- *In 2011 ist die Geburtenrate in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen gegenüber 2010 wieder zurückgegangen. In den Vorjahren war diese geringfügig angestiegen.*
- Die **Geburtenrate (Zahl der Geburten pro Frau) im Landkreis Mainz-Bingen** betrug im Jahr 2010 1,49 (1,486) und lag **höher als in Rheinland-Pfalz (1,38)** und in Deutschland (1,39).
- Die Geburtenrate hat sich Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 gegenüber 2010 von 1,38 auf 1,37 verringert. Im **Landkreis Mainz-Bingen** wurden im Jahr 2010 noch 1.706 Kinder lebend geboren. Im Jahr 2011 hat sich die Zahl der lebend geborenen Kinder auf 1.579 vermindert. Die Geburtenrate ging im Landkreis von **1,49 (1,486) im Jahr 2010 auf 1,39 im Jahr 2011 zurück**. Im Jahr 2000 lag die Geburtenrate bei 1,36.

Entwicklung der Zahl der Geburten seit Mitte der fünfziger Jahre

- **Auf die „Baby-Boomer-Jahre“** ab ca. Mitte der fünfziger **bis ca. Mitte der sechziger Jahre** folgte in den alten Bundesländern der **„Pillenknick“**. In den neuen Ländern ging nach der Wiedervereinigung die Zahl der Geburten zurück.

Seit dem Rekordjahr **1964 mit rund 1,4 Millionen Babys in Gesamt-Deutschland hat sich die Geburtenzahl bis heute mehr als halbiert**: Nur 663.000 Kinder wurden 2011 geboren.

- *Migration kann diese Entwicklung nur bremsen, nicht stoppen*

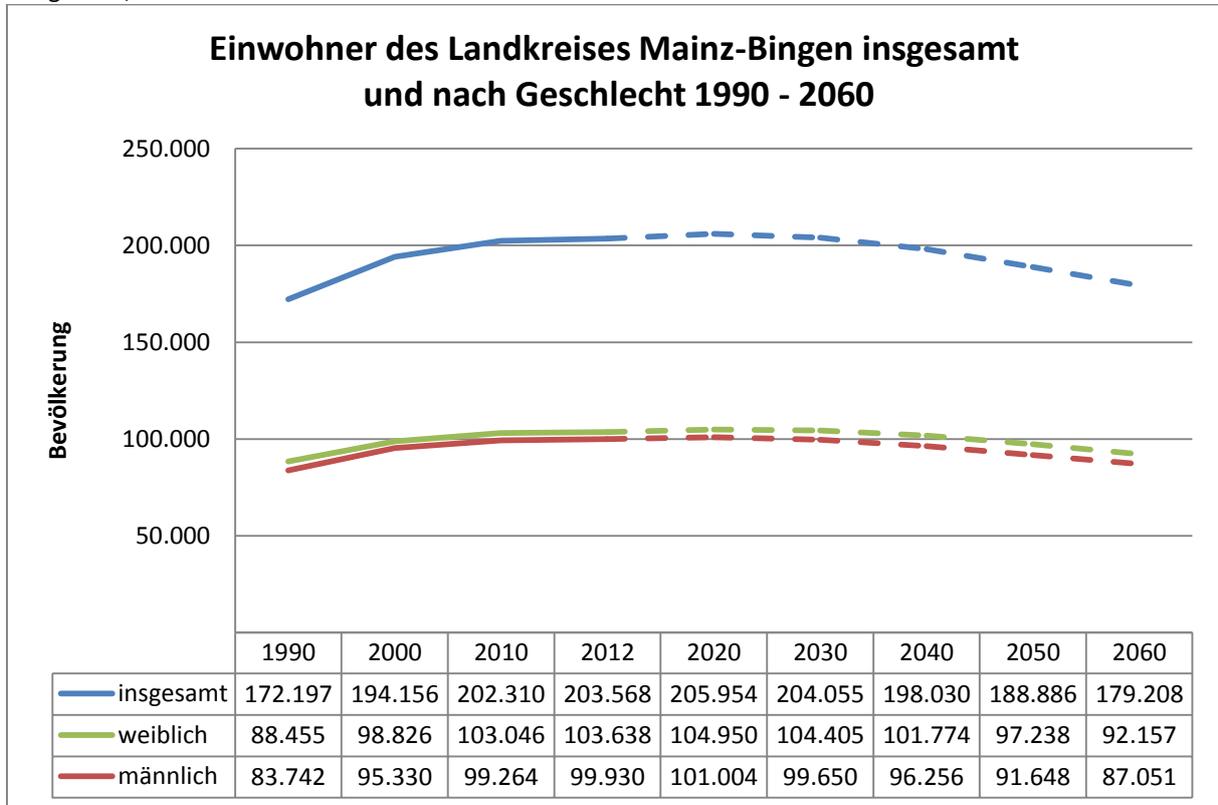
Auch die positiven Effekte der Migration bremsen die Altersspirale nur - stoppen können sie diese nicht. Knapp 800.000 im Jahr 2010 nach Deutschland Eingewanderten

(Durchschnittsalter 31,7 Jahre) standen 671.000 „Fortgezogene“ gegenüber. Die **Geburtenrate ausländischer Mütter liegt bei durchschnittlich 1,6 Kindern.**

Ausländische Zuwanderer ziehen überwiegend in wirtschaftlich starke Regionen und in die großen Städte – trotz der oft hoher Mieten. Die regionalen Unterschiede werden nicht kompensiert und die Ungleichgewichte eher noch wachsen.

2. Einwohnerzahl und Altersstruktur im Landkreis Mainz-Bingen 1990 – 2060

Diagramm/Tabelle Nr. 11



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- **Bis zum Jahr 2030 gibt es im Landkreis Mainz-Bingen noch eine geringe Zunahme der Bevölkerung. Danach ist ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2060 wird der Zahl der Einwohner wieder in etwa den Stand im Jahr 1990 erreicht haben.**
- Im Jahr 1990 hatte der Landkreis Mainz-Bingen 172.197 Einwohner. Von **1990 bis zum Basisjahr 2010** der Bevölkerungsvorausberechnung hat die Zahl der Einwohner um 30.113 Personen auf 202.310 Einwohner **deutlich zugenommen** (+ 17,5 %).
- Von **1990 bis 2012** stieg die Zahl der Einwohner um 31.371 Personen auf 203.568 Personen **(+ 18,2 %)**
- **Von 2010** (Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung) bis **2020** ist noch ein Anstieg der Einwohnerzahl um 3.644 Personen auf 205.954 Einwohner zu erwarten **(+ 1,8 %)**.
- Im Jahr **2030** wird die Zahl der Einwohner voraussichtlich 204.055 Personen betragen. Dies ist gegenüber dem Jahr 2010 (Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung) mit 202.310 Einwohnern eine **geringe Zunahme** um 1745 Personen **(+ 0,9 %)**.

Beim Vergleich der Einwohnerzahl des Jahres **2030 mit dem Jahr 2012** (203.568 Einwohner) beträgt die Zunahme Zahl der Einwohner nur noch 487 Personen **(+ 0,24 %)**.

- In **2040** wird die Einwohnerzahl auf 198.030 Personen **zurückgehen**. Gegenüber 2010 ist dies eine Minderung um **4.280 Personen (- 2,12 %)**
- Im Jahr **2050** wird die Zahl der Einwohner voraussichtlich auf 188.886 Personen zurückgegangen sein. Gegenüber 2010 ist dies ein **Rückgang um 13.424 Personen (- 6,34 %)**
- Im **Jahr 2060** leben im Landkreis Mainz-Bingen voraussichtlich **179.208 Personen**. Dies ist gegenüber dem Jahr 2010 (Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung) ein Rückgang um 23.102 Personen **(- 11,4 %)**.

Im **Vergleich zum Jahr 2012** mit 203.568 Einwohnern wird sich die Einwohnerzahl im Jahr **2060** um 24.360 Einwohner auf 179.208 Einwohner verringern **(- 12,0 %)**.

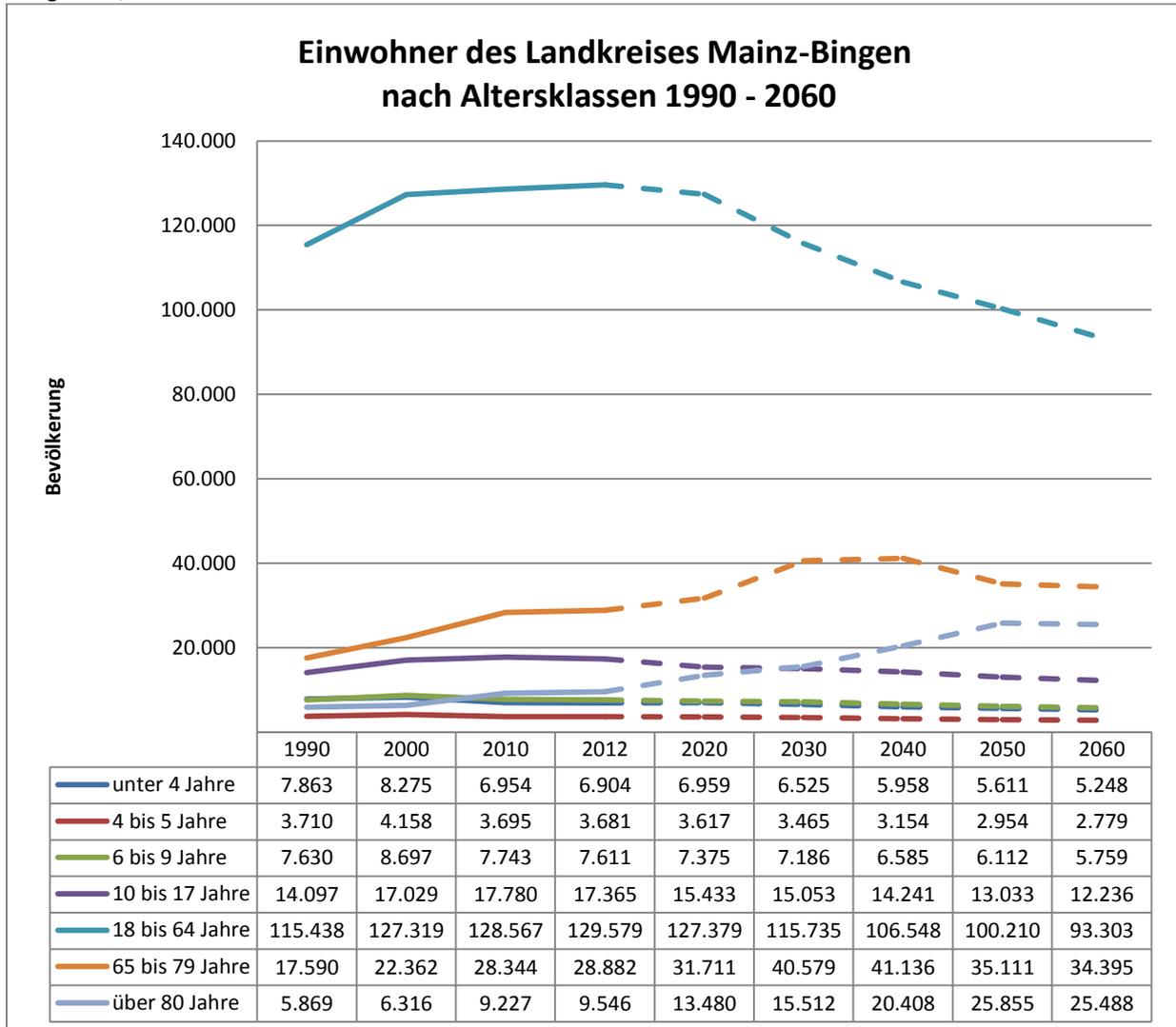
Diagramm/Tabelle Nr. 12

Veränderung der Zahl der Einwohner im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz von 2010 bis 2060 (in Prozent)				
	2010 zu 1990 (in %)	2020 zu 2010 (in %)	2030 zu 2010 (in %)	2060 zu 2010 (in %)
Lk. Mainz-Bingen	+ 17,5	+ 1,8	+ 0,9	- 11,4
Rheinland-Pfalz	+ 6,4	- 2,2	- 5,8	- 20,4

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- **Der Landkreis Mainz-Bingen hat bis 2030 noch einen geringen Bevölkerungszuwachs. In Rheinland Pfalz geht die Bevölkerung bereits ab 2020 zurück. Bis zum Jahr 2060 hat der Landkreis einen Bevölkerungsrückgang von 11,4 %. In Rheinland-Pfalz wird die Bevölkerung bis 2060 prozentual fast doppelt so hoch abnehmen (- 20,4 %)**
- Der **Landkreis Mainz-Bingen** hat anders als Rheinland-Pfalz bis ca. zum Jahr **2020 einen Bevölkerungszuwachs** zu verzeichnen. Gegenüber dem Basisjahr 2010 der Bevölkerungsvorausberechnung beträgt der Bevölkerungszuwachs **im Jahr 2020 noch 1,8 %**.
- Im Jahr **2030** hat der **Landkreis zu 2010 noch einen Bevölkerungszuwachs von 0,9 %**. In **Rheinland-Pfalz** ist hingegen ein **Rückgang von 5,8 %** zu verzeichnen.
- **Nach 2030 wird auch für den Landkreis ein Bevölkerungsrückgang** zu erwarten sein. In **Rheinland-Pfalz wird bereits im Jahr 2020** die Bevölkerung gegenüber 2010 um 2,2 % zurückgehen.
- Die Einwohnerzahl des Landkreises verringert sich bis **2060** nahezu wieder auf den **Wert von 1990**. Allerdings wird die **Altersstruktur** mit einem weitaus höheren Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung (Altenbevölkerung) eine deutlich andere als im Jahr 1990 sein. Wobei der Anteil der „Altenbevölkerung“ im Landkreis 2060 niedriger als in Rheinland-Pfalz ist.
- Der Landkreis hat im Vergleich zu Rheinland-Pfalz bis **2060** prozentual einen **wesentlich geringeren Bevölkerungsrückgang** zu verzeichnen. Von 2010 bis 2060 beträgt der Rückgang der Bevölkerung im Land 20,4 % und im Landkreis 11,4 %.

Diagramm/Tabelle Nr. 13



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Kinder unter 4 Jahren:

- Die Zahl der Kinder unter 4 Jahren hat von 1990 bis 2060 im Jahr **2000 mit 8.275 Kindern den Höchststand** und sinkt im Basisjahr 2010 der Bevölkerungsvorausberechnung auf 6.954 Kinder.
- Von 2010 bis ca. 2020 wird die Anzahl der Kinder unter 4 Jahren etwa gleich bleiben. Nach 2020 tritt **bis zum Prognosejahr 2060 eine kontinuierliche Abnahme** der Zahl der Kinder in dieser Altersklasse ein.
- Von 2010 mit 6.954 Kindern in dieser Altersklasse ist **bis zum Jahr 2030 im Landkreis** eine Verringerung um 429 Kinder auf 6.525 Kinder zu erwarten (**- 6,2 %**). In **Rheinland-Pfalz** wird in diesem Zeitraum die Zahl der Kinder unter 4 Jahren um **10,40 % zurückgehen**.

Gegenüber dem Jahr **2012 wird sich im Landkreis bis 2030** die Zahl der Kinder unter 4 Jahren um 379 Kinder (**- 5,49 %**) vermindern.

- Von 2010 bis **2060** verringert sich im Landkreis die Zahl der Kinder unter 4 Jahren um 1.706 auf 5.248 Kinder (**- 24,5 %**). In **Rheinland-Pfalz** beträgt der Rückgang in diesem Zeitraum **29,6 %**.

Kinder von 4 bis 5 Jahren:

- Von 2010 mit 3.695 Kindern wird sich bis **2020** die Zahl der Kinder in dieser Altersklasse im Landkreis um 78 Kinder auf 3.617 Kinder verringern (**- 2,1 %**).
- Bis **2030** wird sich die Zahl der Kinder in dieser Altersklasse im **Landkreis** von 3.695 Kindern in 2010 um 230 Kinder auf 3.465 Kinder vermindern (**- 6,6 %**). In **Rheinland-Pfalz** geht die Zahl der Kinder von 4 bis 5 Jahren von 31.757 Kindern in 2010 auf 29.165 Kinder im Jahr 2030 zurück (- 2.592 Kinder/**- 8,6 %**).
- Im **Landkreis** geht die Zahl der Kinder von 4 bis 5 Jahren von 2010 mit 3.695 Kindern um 916 Kinder auf 2.779 Kindern im Jahr **2060 zurück (- 24,8 %)**. Von 2010 mit 31.757 Kinder von 4 bis 5 Jahren bis 2060 vermindert sich die Zahl der Kinder in **Rheinland-Pfalz** in dieser Altersklasse um 9051 Kinder auf 22.706 Kinder (**- 28,5 %**).

Kinder und Jugendliche von 6 bis 17 Jahren:

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren - dies sind **schulpflichtige Kinder, bzw. Jugendliche**, die in der Regel noch eine Schule besuchen – beträgt im Basisjahr 2010 der Bevölkerungsvorausberechnung 25.523 Kinder und Jugendliche.

Bis zum Jahr **2020** wird sich gegenüber 2010 deren Zahl um 2.715 auf 22.808 (**- 10,6 %**), **2030** gegenüber 2010 um 3.284 auf 22.239 (**- 12,9 %**) und in **2060** gegenüber 2010 um 7.528 auf 17.995 (**-29,5 %**) Kinder und Jugendliche in dieser Altersklasse verringern.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersklasse verringert sich zum Vergleich in **2030 in Rheinland-Pfalz** von 231.512 Kindern in 2010 um 43.587 Kinder auf 187.925 Kinder (**- 18,8 %**). Von 2010 bis **2060** geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen von 6 – 17 Jahren in **Rheinland-Pfalz** von 231.512 um 85.364 Kinder auf 146.148 Kinder zurück (**- 36,9 %**)

18 bis unter 64 Jahre alte Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung):

➤ Ab 2020 Rückgang der 18 bis unter 64 Jahre alten Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung)

- Die Zahl der Personen in der Altersklasse der 18 bis unter 64 Jahre alten Bevölkerung des Landkreises ist von **1990 bis 2012** von 115.438 Personen um 14.141 auf 129.579 Personen gestiegen (**+ 12,4 %**).
- **Ab dem Jahr 2020 ist eine kontinuierliche Verringerung der Zahl der Personen von 18 bis unter 64 Jahren** im Landkreis zu verzeichnen. In 2010 sind dies 128.567 Personen, in **2020** werden dies 127.379 (**- 0,9 %**) und im Jahr **2030 115.735 Personen** sein. Im Jahr **2030** ist dies eine Verminderung gegenüber 2010 um 12.832 Personen (**- 9,98 %**). In **Rheinland-Pfalz** vermindert sich die „Erwerbsbevölkerung“ in diesem Zeitraum um **14,7 %**.
- Von **2012 bis zum Jahr 2030** wird sich die Zahl der Personen in dieser Altersklasse im Landkreis um 13.844 Personen mindern (- 10,68 %).

- Im Zeitraum von **2010 bis 2060** reduziert sich die Zahl der „Erwerbsbevölkerung“ um 35.264 auf 93.303 Personen (**- 27,4 %**). Im Land geht in diesem Zeitraum die „Erwerbsbevölkerung“ um 33,0 % zurück.

65 Jahre und ältere Bevölkerung:

➤ *Deutliche Zunahme der 65 Jahre und älteren Bevölkerung. Prozentual erfolgt eine höhere Steigerung als in Rheinland-Pfalz. Wobei der Anteil an der Gesamtbevölkerung niedriger als in Rheinland-Pfalz ist.*

- Im Jahr 2010 gab es im Landkreis 37.571 Einwohner, die 65 Jahre und älter waren.
- Von **2010 bis zum Jahr 2030** erhöht sich diese Zahl auf 56.091 Einwohner (+ 18.520 Personen/**+ 49,3 %**) und von **2010 bis zum Jahr 2060** auf 59.883 Einwohner, die 65 Jahre und älter sind (+ 22.312 Personen/**+ 59,10 %**).

Gegenüber 2012 erhöht sich die Zahl der 65 Jahre und älteren Einwohner (38.428 Personen) bis 2030 um 17.663 Personen auf 56.091 Personen (+ 45,96 %).

- Im Jahr 2050 (60.966 Einwohner) ist gegenüber dem Jahr 2040 (61.544 Personen) ein leichter Rückgang um 578 Personen zu verzeichnen. Im Jahr 2060 gibt es gegenüber dem Jahr 2050 ebenfalls einen leichten Rückgang der Personen dieser Altersklasse (- 1.083 Personen).
- Die prozentualen Steigerungen bei der 65 Jahre und älteren Bevölkerung sind im Landkreis von **2010 bis 2030 (+ 49,3 %)** und von **2010 bis 2060 (+ 59,10 %)** wesentlich **höher als die entsprechenden Steigerungen in Rheinland-Pfalz** (2030: + 26,0 %/2060: + 25,7 %).
- Der **Anteil** der 65 Jahre und älteren Bevölkerung beträgt hingegen im Landkreis im Jahr **2030 27,49 %** und im **Land 30,69 %**. Im Jahr **2060** ist der Anteil im Landkreis **33,41 %** und im **Land 35,98 %**.

80 Jahre und ältere Bevölkerung:

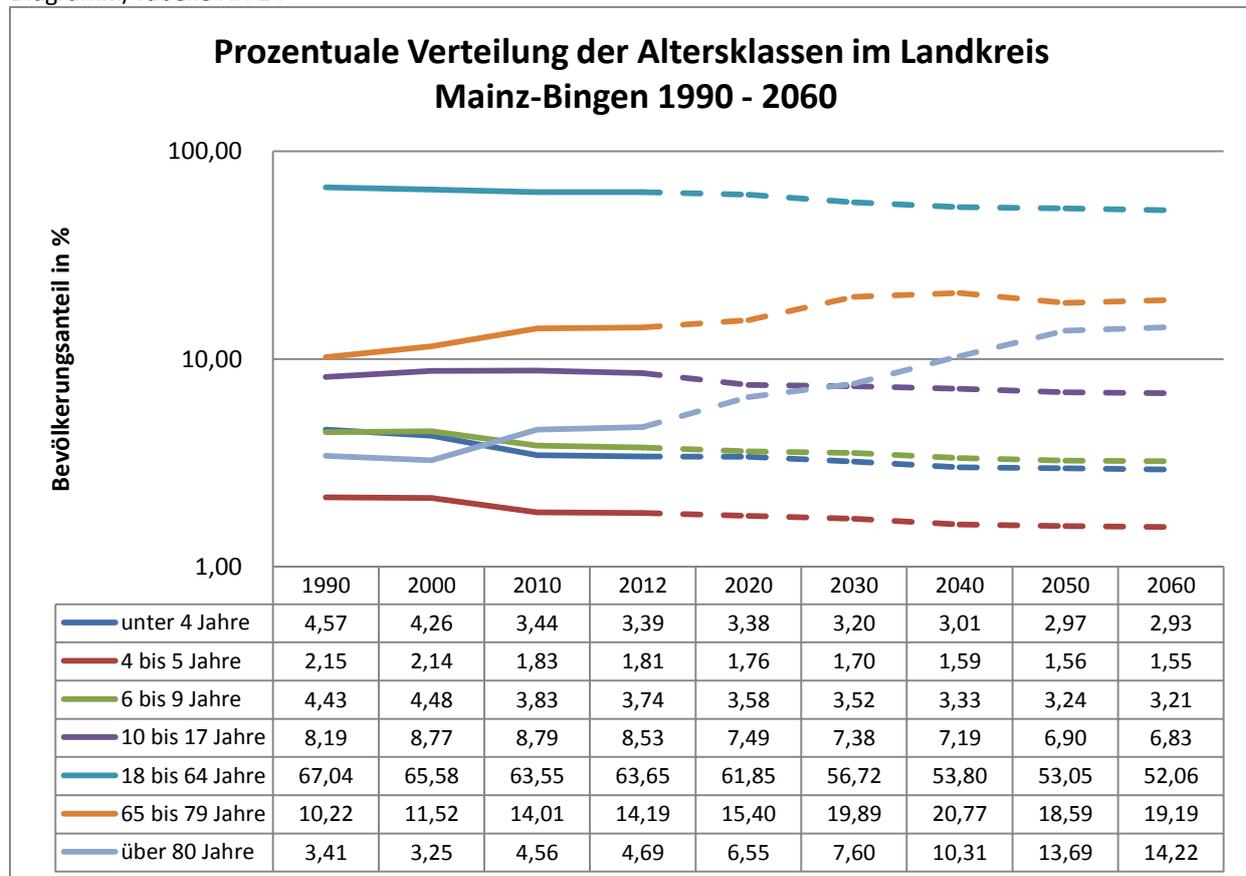
➤ *Erhebliche prozentuale Steigerung der Zahl der über 80jährigen Personen im Landkreis gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz, wobei der Anteil an der Gesamtbevölkerung niedriger als im Land ist.*

- Lebten im Landkreis im Jahr 1990 5.869 Personen, die 80 Jahre und älter waren, betrug deren Anzahl im Basisjahr 2010 der Bevölkerungsvorausberechnung bereits 9.227 Personen. Dies ist eine Zunahme von 1990 bis 2010 um 3.358 Personen (+ 57,2 %).
- Bis zum Jahr **2020** wird sich die Zahl der Personen gegenüber 2010 (9.227 Personen) um 4.253 Personen auf 13.480 Personen erhöhen (**+ 46,1 %**).
- Gegenüber dem **Jahr 2010** (9.227 Personen), dem Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung, wird im Jahr **2030** die Zahl um 6.285 Personen auf 15.512 Personen steigen (**+ 68,0 %**) **In Rheinland-Pfalz um 24,4 %**.

Vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2030 beträgt die Steigerung im Landkreis 5.966 Personen (+ 62,50 %).

- Der **Anteil** dieser Altersklasse an der Gesamtbevölkerung beträgt im Jahr **2030 im Landkreis 7,60 %** und in **Rheinland-Pfalz 9,58 %**.
 - Im Jahr **2050** wird die Zahl der über 80jährigen Bevölkerung im Landkreis mit 25.855 Personen ihren **Höchststand** erreichen. Dies ist eine Steigerung um 16.628 Personen gegenüber dem Jahr **2010 (+ 180,2 %)**. Im **Land beträgt die prozentuale Steigerung 89,0 %**.
 - Im Jahr **2060** bleibt mit 25.488 Personen die Anzahl der über 80jährigen im Landkreis **zu 2050 nahezu konstant. Prozentual beträgt die Steigerung gegenüber 2010 176,2 % (RLP: 68,0 %)**
- Allerdings ist der **Anteil** der über 80jährigen Personen an der Gesamtbevölkerung im Jahr **2060 im Landkreis mit 14,22 % niedriger als in Rheinland-Pfalz (16,45 %)**.

Diagramm/Tabelle Nr. 14



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Kinder unter 4 Jahren:

- Der Anteil der Kinder unter 4 Jahren an der Gesamtbevölkerung des Landkreises wird von **4,57 % im Jahr 1990 auf 2,93 % im Jahr 2060** zurückgehen.

18 bis 64jährige Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung):

- Der Anteil der Altersgruppe der 18 bis 64jährigen an den Einwohnern des Landkreises - dies ist die Altersgruppe, die potenziell für den Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (Erwerbsbevölkerung) - wird sich von 67,04 % im Jahr 1990, 63,55 % im Jahr 2010 und 56,72 % im Jahr 2030 bis zum **Jahr 2060 (52,06 %) deutlich verringern.**

65 Jahre und ältere Bevölkerung:

- Die Einwohner, die älter als 65 Jahre sind, haben im Jahr 2010 einen Anteil von 18,57 %, im Jahr 2030 von 27,49 % und im Jahr **2060** von 33,41 %. Dies ist dann ein **Drittel der Gesamtbevölkerung des Landkreises**.

Über 80jährige Bevölkerung:

- Der Anteil der über 80jährigen Bevölkerung wird von 3,41 % im Jahr 1990 auf **7,60 %** im Jahr **2030** ansteigen. Im Jahr **2060** wird dieser Anteil auf **14,22 %** gestiegen sein.

Diagramm/Tabelle Nr. 15

Anteil der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz 1990 – 2060 (in %)										
Altersklasse	1990 (in %)		2010 (in %)		2030 (in %)		2040 (in %)		2060 (in %)	
	Lk	RLP								
unter 4 Jahre	4,57	4,23	3,44	3,06	3,20	2,90	3,01	2,74	2,93	2,69
4 bis 5 Jahre	2,15	1,98	1,83	1,56	1,70	1,52	1,59	1,42	1,55	1,39
6 bis 9 Jahre	4,43	3,92	3,83	3,36	3,52	3,14	3,33	2,94	3,21	2,86
10 bis 17 Jahren	8,19	7,47	8,79	8,00	7,38	6,63	7,19	6,39	6,83	6,08
18 bis 64 Jahre	67,04	62,32	63,55	61,05	56,72	55,17	53,80	52,59	52,06	51,00
65 bis 79 Jahre	10,22	14,70	14,01	15,69	19,89	21,06	20,77	21,30	19,19	19,53
über 80 Jahre	3,41	5,38	4,56	7,27	7,60	9,58	10,31	12,62	14,22	16,45
65 Jahre u. älter	13,63	20,08	18,57	22,96	27,49	30,69	31,08	33,92	33,41	35,98

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

Kinder unter 4 Jahren:

- Bei der Altersklasse der Kinder unter 4 Jahren hat der Landkreis Mainz-Bingen von 1990 bis 2060 im Vergleich zum Land einen geringfügig höheren Anteil. Im Jahr **2060** beträgt dieser Anteil im **Landkreis 2,93 %** und in **Rheinland-Pfalz 2,69 %**.

Kinder und Jugendliche von 6 bis 17 Jahren:

- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren (schulpflichtig, bzw. besuchen in der Regel noch eine Schule) beträgt im Landkreis im Basisjahr 2010 12,62 % und in Rheinland-Pfalz 11,36 %. Im Jahr **2030** verringert sich der Anteil im **Landkreis auf 10,9 %** und im **Land auf 9,77 %**. Bis zum Jahr **2060** wird sich der Anteil im Vergleich zum Jahr 2010 im **Landkreis auf 10,04 %** und in **Rheinland-Pfalz auf 8,94 %** verringern.

18 bis 64 Jahre alte Bevölkerung:

- Beim Vergleich des Anteils der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung) an der Gesamtbevölkerung des Landkreises Mainz-Bingen mit dem Anteil dieser Altersklasse in Rheinland-Pfalz fällt auf, dass dieser im **Jahr 1990 im Landkreis mit 67,04 % noch deutlich höher als im Land (62,32 %)** lag. Bis zum Jahr **2060** gleicht sich allerdings der Anteil der über

18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung im Landkreis und in Rheinland-Pfalz immer mehr an. Im Jahr 2060 beträgt dieser Anteil im **Landkreis 52,06 %** und im **Land 51,0 %**.

Über 80jährige Bevölkerung:

- Der Anteil der über 80jährigen Bevölkerung beträgt im Jahr 2010 im Landkreis 4,56 % und im Land 7,27 %. Im Jahr 2030 7,60 % im Landkreis und 9,58 % in Rheinland-Pfalz. Im Jahr **2060** beläuft sich der Wert im **Landkreis auf 14,22 %** und auf **16,45 % im Land**.
- Der Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung betrug im Jahr 1990 im Landkreis 13,63 % und in Rheinland-Pfalz 20,08 %. Im Jahr 2010 betrug der Anteil 18,57 % im Landkreis und in Rheinland-Pfalz 22,96 %.
- Der Anteil der **65 Jahre und älteren Bevölkerung** an der Gesamtbevölkerung wird sich in den kommenden Jahrzehnten sowohl im Landkreis als auch im Land kontinuierlich erhöhen, wobei sich die jeweiligen **Anteile immer mehr annähern** werden. Im Jahr **2060** beträgt der Anteil im Landkreis **33,41 %** und im **Land 35,98 %**.

2.1 Zensus 2011: Bevölkerung im Landkreis Mainz-Bingen im Mai 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 16

Zensus 2011: Bevölkerung im Landkreis Mainz-Bingen - Mai 2011			
	Anzahl	Abweichung Anzahl	Abweichung in %
Ergebnis Zensus 2011	200.672	-----	-----
Melderegister 09.05. 2011	203.952	- 3.280	- 1,6
Fortschreib Zensus zum 31.12.2011	201.264	-----	-----

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland, Ergebnisse des Zensus 2011, Bevölkerung Landkreis Mainz-Bingen, Bad Ems, Mai 2013

- Aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011 ist die Bevölkerung des Landkreises Mainz-Bingen am 09.05.2011 **um 3.280 Einwohner (- 1,6 %) auf 200.672 Einwohner nach unten zu korrigieren**. Fortgeschrieben auf der Basis des Zensus 2011 beträgt die Einwohnerzahl des Landkreises am **31.12.2011 201.264 Einwohner**.

Diagramm/Tabelle Nr. 17

Zensus 2011: Bevölkerung des Landkreises Mainz-Bingen nach Geschlecht und nach Altersklassen - Mai 2011				
			Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
Insgesamt	200.672	100	98.180	102.490
Hiervon (von bis)				
unter 3	5.020	2,5	2.600	2.420
3 - 5	5.420	2,7	2.760	2.660
6 -14	18.730	9,3	9.620	9.110
15 - 17	6.460	3,2	3.360	3.100
18 - 24	14.730	7,3	7.540	7.180
25 - 29	10.160	5,1	5.070	5.090
30 - 39	22.980	11,5	11.050	11.940
40 - 49	36.860	18,4	18.340	18.510
50 - 64	43.370	21,6	21.520	21.840
65 - 74	20.940	10,4	10.140	10.800
75 und älter	16.010	8,0	6.180	9.830

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2013

3. Bevölkerungsstruktur in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

3.1 Mehr und kleinere Haushalte in Rheinland-Pfalz

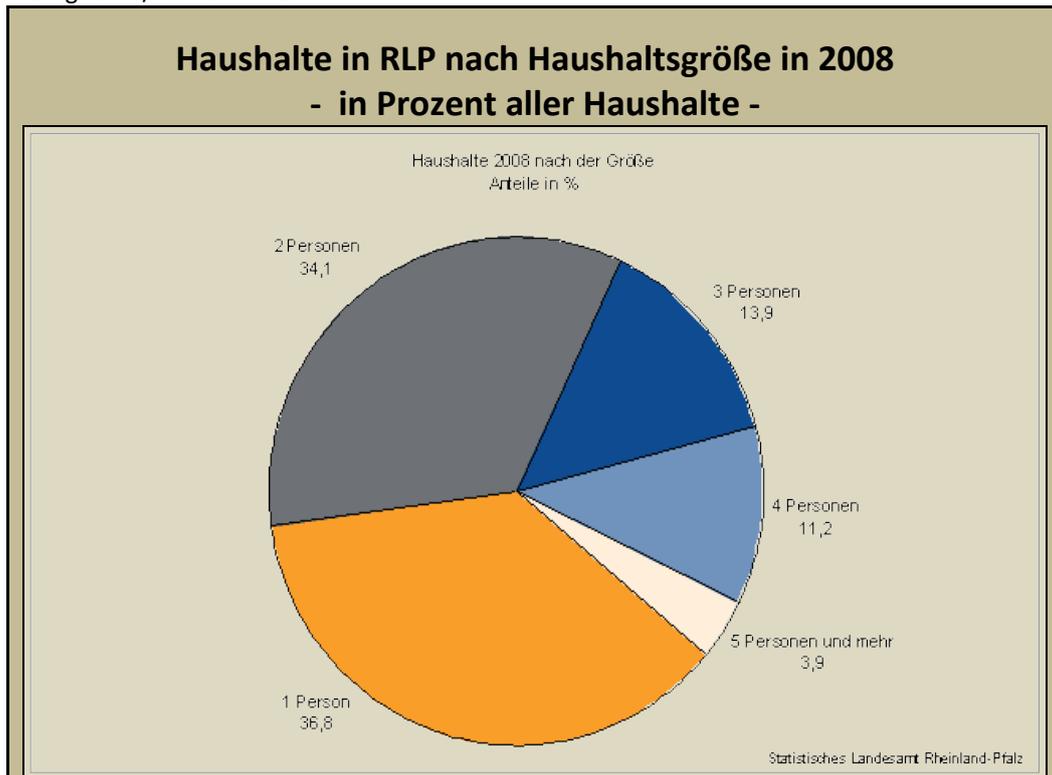
Wie das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz mitteilt, liegen **regionalisierte Daten des Zensus 2011 zur Haushaltsgröße** für die Landkreise und kreisfreien Städte **noch nicht vor**. Diese werden erst nach weiterer Auswertung des Zensus 2011 im Jahr 2014 zur Verfügung gestellt werden können. Die nachfolgenden Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2008. Bei dieser Erhebung wurden ein Prozent aller Haushalte über ihre wirtschaftliche und soziale Situation sowie zur Erwerbstätigkeit befragt.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz vom Dezember 2009 stieg im Jahr 2008 die **Zahl der Privathaushalte** trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung im Zehnjahresvergleich **um 5,3 Prozent auf rund 1,9 Millionen** an.

- Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in diesem Zeitraum deutlich gesunken. **Lebten 1998 in einem rheinland-pfälzischen Durchschnittshaushalt noch 2,3 Personen, waren es im Jahr 2008 nur noch 2,1 Personen.**
- Zu dem starken Anstieg der Zahl der Privathaushalte und der rückläufigen Haushaltsgröße in dieser Dekade haben vor allem die Zuwächse bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten beigetragen. Die **Zahl der Einpersonenhaushalte stieg zwischen 1998 und 2008 um knapp 19 Prozent**, die Zahl der Zweipersonenhaushalte um 7 Prozent. Im Ergebnis lebten überschlüssig in jeweils jedem dritten Privathaushalt nur noch eine (36,8 Prozent), zwei (34,1 Prozent) bzw. drei und mehr Personen (29,1 Prozent).
- In knapp jedem dritten Haushalt lebten mehrere Generationen "unter einem Dach". Die privaten Mehrgenerationenhaushalte waren fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte (rund 32 Prozent); lediglich 0,6 Prozent der Haushalte umfasste drei und mehr Generationen.

Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Diagramm/Tabelle Nr. 18



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Mikrozensus 2008

3.2 Immer mehr Kinder leben in Rheinland-Pfalz bei Alleinerziehenden

Wie das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz mitteilt, liegen [regionalisierte Daten des Zensus 2011 zur Anzahl der Haushalte von Alleinerziehenden](#) für die Landkreise und kreisfreien Städte **noch nicht vor**. Diese werden erst nach weiterer Auswertung des Zensus 2011 im Jahr 2014 zur Verfügung gestellt werden können.

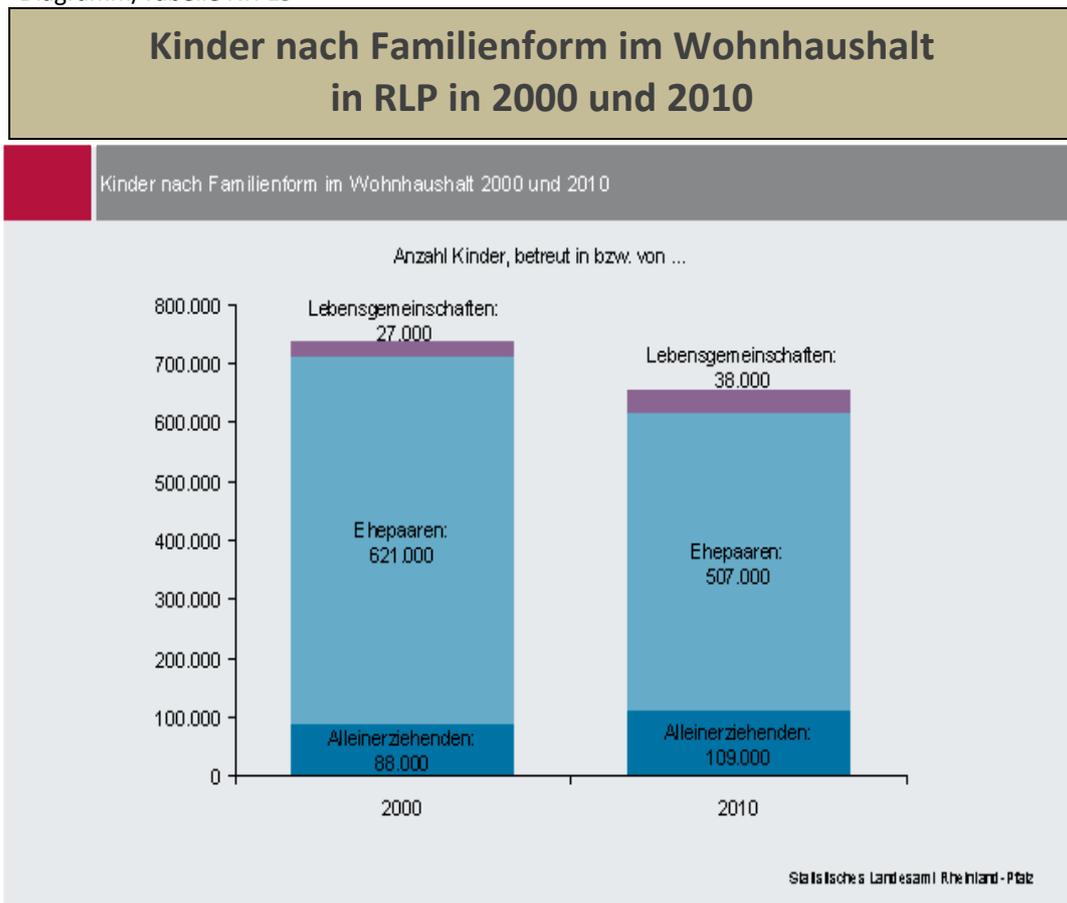
Die nachfolgenden Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2010. Bei dieser jährlichen Erhebung werden bei einem Prozent aller Haushalte Angaben über ihre wirtschaftliche und soziale Situation sowie Informationen zur Erwerbstätigkeit erfragt. Kinder im Mikrozensus sind ledige Minderjährige, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen leben. Alleinerziehende sind Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammenleben.

- Immer mehr Kinder werden in Rheinland-Pfalz von Alleinerziehenden betreut. Wie das Statistische Landesamt 2011 informierte, ist seit dem Jahr 2000 die Zahl der [Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil lebten, von 88.000 auf 109.000 gestiegen \(plus 24 Prozent\)](#). Damit lebte im vergangenen Jahr rund jede(r) sechste Minderjährige nur bei einem Elternteil. Nach wie vor werden Kinder alleinerziehender Eltern wesentlich häufiger von ihrer Mutter betreut (rund 90 Prozent). Der Anteil derjenigen, die bei ihrem Vater leben, ist in Rheinland-Pfalz im Zehn-Jahres-Vergleich sogar leicht gesunken (minus 2,4 Prozentpunkte).
- Rund 38.000 Kinder wurden im vergangenen Jahr in nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften versorgt. Das sind rund 41 Prozent mehr als noch im Jahr 2000. [Gleichzeitig leben immer weniger minderjährige Kinder bei verheirateten Eltern](#). Während im Jahr 2000 noch 621.000 bei Vater und Mutter wohnten, traf dies im Jahr 2010 nur noch auf 507.000 zu (minus 18 Prozent).

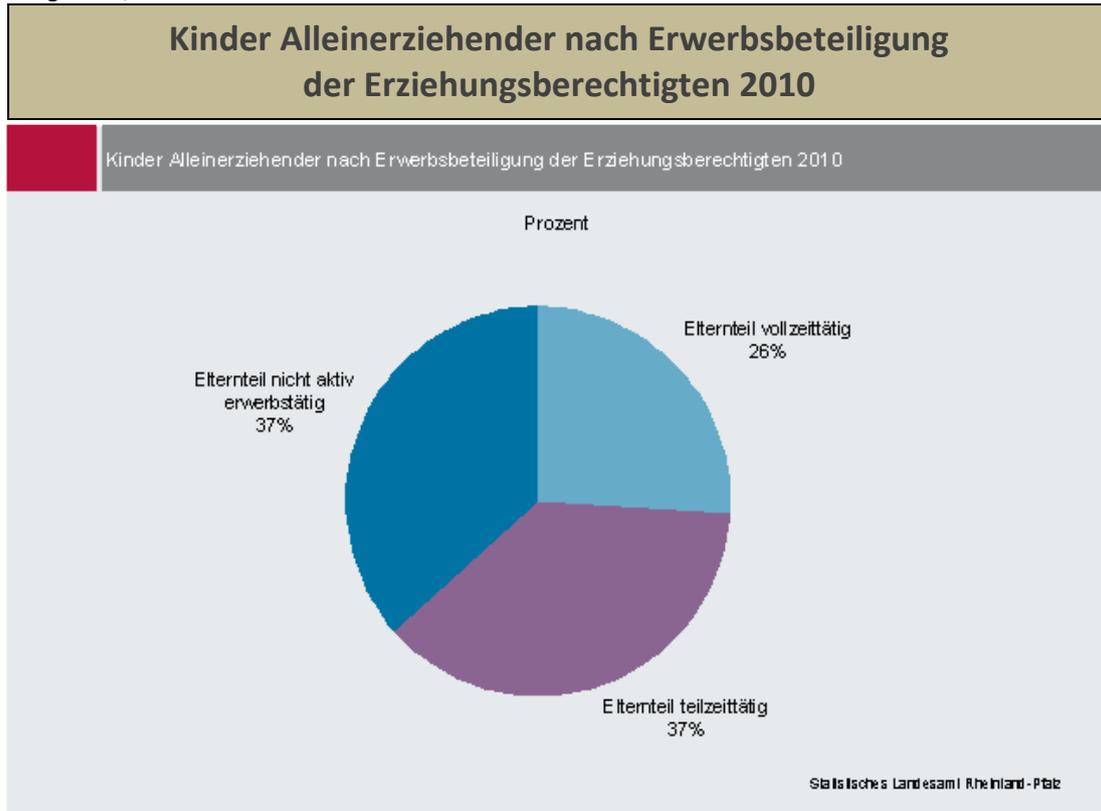
- Von den 109.000 Kindern, die von Alleinerziehenden betreut wurden, lebte mehr als jedes Vierte (26 Prozent) in einem Haushalt, in dem die Betreuungsperson Vollzeit berufstätig war. Von teilzeitbeschäftigten wurden 37 Prozent und von nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden ebenso viele betreut. Mit ursächlich hierfür dürfte sein, dass 23 Prozent der Kinder Alleinerziehender noch nicht im schulpflichtigen Alter waren.
- Insgesamt lebten im vergangenen Jahr **28 Prozent der Kinder Alleinerziehender in Haushalten**, in denen der **Lebensunterhalt überwiegend aus Transferleistungen** bestritten wurde. Hierzu zählten beispielsweise Arbeitslosengeld I, Leistungen nach Hartz IV oder auch zum Beispiel Elterngeld, Wohngeld sowie Leistungen nach dem BAföG.

Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, August 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 19



Diagramm/Tabelle Nr. 20



3.3 Anzahl und Alter der Pflegebedürftigen/Pflegequote in Deutschland nach Altersklassen am 31.12.2011

Im Dezember 2011 waren 2,5 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI); die Mehrheit (**65 %**) waren **Frauen**. **83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter**; 85 Jahre und älter waren 36 %. Mehr als zwei Drittel (**70 % bzw. 1,76 Millionen**) der Pflegebedürftigen wurden **zu Hause versorgt**. Davon erhielten 1.182 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 576 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste.

30 % (743 000 Personen) wurden in Pflegeheimen vollstationär betreut. Die Anzahl der in Heimen vollstationär Versorgten ist um 3,6 % (26 000) gestiegen; die Zahl der durch ambulante Dienste Betreuten stieg um 3,8 % (21 000). Diese Angaben beruhen auf Befragung der Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Von den im Dezember 2011 zu Hause Versorgten waren 62 % Frauen. Der **Frauenanteil bei den vollstationär im Heim Versorgten war mit 74 % deutlich höher**. Bei den Heimbewohnern waren die Hälfte (**50 % 85 Jahre und älter, bei den zu Hause Versorgten ca. ein Drittel (30 %)**). Schwerstpflegebedürftige wurden zudem eher im Heim vollstationär betreut: Der Anteil der Pflegebedürftigen der **Stufe III (höchste Pflegestufe) betrug im Heim 20 %** – bei den zu Hause Versorgten 9 %.

Während bei den 70- bis unter 75-Jährigen nur jeder Zwanzigste (5 %) pflegebedürftig war, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürfti-

gen an allen Menschen dieser Altersgruppe betrug dabei 58 %. **Auffallend ist, dass Frauen ab ca. dem achtzigsten Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufwiesen** – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt z. B. bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen die Pflegequote 42 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen nur 29 %. Neben Unterschieden in der gesundheitlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kann ein Faktor für diesen Verlauf der Pflegequoten auch das unterschiedliche Antragsverhalten bei Männern und Frauen sein: Ältere Frauen leben häufiger alleine. Bei Pflegebedarf kann schneller die Notwendigkeit bestehen, einen Antrag auf Leistungen zu stellen, während die pflegebedürftigen **Männer häufig z. B. zuerst von ihren Frauen versorgt werden**. Entsprechend wird zunächst auf eine Antragstellung verzichtet.

Quelle: Pflegestatistik 2011, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Januar 2013 - gekürzte Wiedergabe.

Diagramm/Tabelle Nr. 21

Pflegebedürftige - im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes – in Deutschland nach Alter und Pflegequote *) am 31.12.2011							
Alter	Pflegebedürftige (Anzahl)				Pflegequote *)		
	Insgesamt	Zu Hause	Heim	Weiblich	Insges.	Männlich	Weiblich
Unter 15	67.734	67.594	140	26.926	0,6 %	0,7 %	0,5 %
15 - 60	268.672	234.444	34.228	125.351	0,5 %	0,6 %	0,5 %
60 - 65	85.761	66.984	18.777	40.949	1,8 %	1,9 %	1,6 %
65 - 70	114.504	88.192	26.312	55.856	2,8 %	3,0 %	2,7 %
70 - 75	238.982	180.531	58.451	126.417	4,8 %	4,8 %	4,7 %
75 - 80	337.058	248.762	88.296	203.759	9,8 %	8,9 %	10,5 %
80 - 85	484.818	338.705	146.113	332.860	20,5 %	16,6 %	22,9 %
85 - 90	522.001	326.791	195.210	408.045	38,0 %	28,6 %	41,9 %
90 und älter	381.911	206.318	175.593	318.115	57,8 %	36,9 %	65,2 %
Insges.	2.501.441	1.758.321	743.120	1.638.278	3,1 %	2,1 %	3,9 %
Davon 80 und älter	1.388.730	871.814	516.916	1.059.020	31,6 %	22,2 %	36,3 %

*) Pflegequote: Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Altersklasse

Quelle: Pflegestatistik 2011, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Januar 2013 (gekürzte Wiedergabe der Tabelle) und eigene Berechnungen für die Altersklasse der 80 Jahre und Älteren

3.3.1 Pflegebedürftige – im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes – in Rheinland-Pfalz, im Landkreis Mainz-Bingen, in ausgewählten rheinland-pfälzischen Landkreisen und in der Stadt Mainz am 31.12.2011

Im **Landkreis Mainz-Bingen** ist die **Zahl der Pflegebedürftigen je 1.000 70 Jahre und ältere Einwohner mit 149 Pflegebedürftigen niedriger als im Durchschnitt** des Landes Rheinland-Pfalz und in den benachbarten Landkreisen Alzey-Worms (181 Pflegebedürftige je 1.000 70 Jahre und ältere Einwohner) und Bad Kreuznach (192 Pflegebedürftige je 1.000 70 Jahre und ältere Einwohner).

Diagramm/Tabelle Nr. 22

Pflegebedürftige – im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes – in Rheinland-Pfalz, im Landkreis Mainz-Bingen, in ausgewählten rheinland-pfälzischen Landkreisen und in der Stadt Mainz am 31.12.2011					
Landkreise/ Stadt Mainz/ Rheinland-Pf.	Insgesamt	Je 1.000 70 Jahre und ältere Einwohner	In stationärer Pflege	Ambulante Pflegedienste	Pflegeheime
Lk Alzey- Worms	3.090	181	741	13	11
Lk Bad Kreuznach	4.877	192	1.241	20	18
Lk Mainz- Bingen	4.234	149	1.196	21	14
Lk Mayen- Koblenz	6.722	201	1.700	23	25
Rhein-Huns- rück-Kreis	3.498	210	848	8	12
Stadt Mainz	4.124	155	1.516	27	16
Rheinland- Pfalz	113.484	178	32.758	446	472

Quelle: Gekürzte Wiedergabe einer Tabelle in „Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz“, Ausg. 03/2013, Hrsg: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad-Ems

3.4 Demenzerkrankungen in Abhängigkeit vom Alter/Zahl der demenziell Erkrankten in Deutschland bis 2050

In Deutschland gibt es **mehr als 1,4 Millionen Demenzkranke**; zwei Drittel von ihnen sind von der Alzheimer-Krankheit betroffen. Jahr für Jahr treten fast 300.000 Neuerkrankungen auf. Infolge der demografischen Veränderungen kommt es zu weitaus mehr Neuerkrankungen als zu Sterbefällen unter den bereits Erkrankten. Aus diesem Grund nimmt die Zahl der Demenzkranken kontinuierlich zu. Sofern kein Durchbruch in Prävention und Therapie gelingt, wird sich auf Basis der Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung die Krankenzahl **bis zum Jahr 2050 auf etwa 3 Millionen erhöhen**. Dies entspricht einem mittleren Anstieg der Zahl der Erkrankten um 40.000 pro Jahr oder um mehr als 100 pro Tag.

Prävalenz

Als Prävalenz wird die Anzahl der Kranken in der Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt bezeichnet. Gemeinsamen Schätzungen von Weltgesundheitsorganisation und Alzheimer's Disease International zufolge litten 2010 weltweit 35,6 Millionen Menschen an einer Demenz – einer erworbenen Beeinträchtigung der geistigen Leistungsfähigkeit, die Gedächtnis, Sprache, Orientierung und Urteilsvermögen einschränkt und so schwerwiegend ist, dass die Betroffenen schließlich nicht mehr zu einer selbstständigen Lebensführung in der Lage sind. **Deutschland liegt unter allen Nationen nach der Gesamtzahl der Kranken auf dem fünften Platz**, übertroffen lediglich von China, den USA, Indien und Japan.

Als häufigste Ursache einer Demenz gilt in den westlichen Ländern die Alzheimer-Krankheit, deren Anteil auf mindestens zwei Drittel der Krankheitsfälle geschätzt wird, gefolgt von den durch Schädigungen der Blutgefäße des Gehirns verursachten vaskulären Demenzen. Oft treten Mischformen der beiden Krankheitsprozesse auf.

Nach neueren Resultaten aus europäischen Feldstudien (EuroCoDe-Daten von Alzheimer Europe) liegen die altersspezifischen Prävalenzraten (Anteil der Kranken an der gleichaltrigen Bevölkerung) geringfügig höher, als in früheren Berechnungen angenommen worden war. Die Prävalenzraten steigen steil mit dem Alter an. Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, verdoppelt sich die Krankenziffer im Abstand von jeweils etwa fünf Altersjahren und nimmt von **etwas mehr als 1 % in der Altersgruppe der 65-69-Jährigen** auf rund 40 % unter den über 90-Jährigen zu. **Zwei Drittel aller Erkrankten haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet; fast 70 % der Erkrankten sind Frauen.**

Diagramm/Tabelle Nr. 23

Demenzerkrankungen in Deutschland in Abhängigkeit vom Alter						
Altersgruppe	Mittlere Prävalenzrate (in %)			Geschätzte Krankenzahl in Deutschland am 31.12.2010		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
65 - 69	1,8	1,4	1,6	38.000	32.000	70.000
70 - 74	3,2	3,7	3,5	73.000	97.500	170.500
75 - 79	7,0	7,7	7,4	98.000	141.500	239.500
80 - 84	14,5	16,4	15,7	129.000	240.500	369.500
85 - 89	20,9	28,5	26,4	78.500	279.500	357.500
90 und älter	29,6	45,1	41,1	45.500	198.500	244.000
65 und älter	6,4	10,3	8,6 (RLP: 9,0)	462.000	989.000	1.451.000 (RLP:74.270)

Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Statistisches Informationssystem GeroStat; Alzheimer Europe

Weniger als 2 % der Erkrankungen entfallen auf ein Alter von weniger als 65 Jahren. Zwischen den Bundesländern gibt es Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung ab 65, die voneinander abweichende Gesamtprävalenzraten bewirken. So reichen die Schätzwerte für den Anteil der Kranken an den über 65-Jährigen von 7,9 % in Brandenburg **bis 9,0 % in Rheinland-Pfalz (Die geschätzte Anzahl der an einer Demenz erkrankten 65 Jahre und älteren Personen beträgt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 74.270 Personen).**

Krankheitsdauer und Mortalität

Allgemein gilt, dass die Überlebenszeit umso geringer ist, je später im Leben die Erkrankung eintritt, je schwerer die Symptome sind und je mehr körperliche Begleiterkrankungen bestehen.

Europäische Studien fanden eine mittlere Krankheitsdauer von 3 bis 6 Jahren. Im Durchschnitt beläuft sich die Dauer bei einem Krankheitsbeginn im Alter unterhalb von 65 Jahren auf 8 bis 10 Jahre und verringert sich auf weniger als 7 Jahre bei einem Beginn zwischen 65 und 75, **auf weniger als 5 Jahre bei einem Beginn zwischen 75 und 85 und auf weniger als 3 Jahre bei einem Beginn oberhalb von 85 Jahren.**

Nach begründeten Schätzungen darf man annehmen, dass **rund ein Drittel der im Alter von über 65 Jahren verstorbenen Menschen in der letzten Lebensphase an einer Demenz gelitten haben.** Im statistischen Mittel stellt sich gegenwärtig bei fast jedem dritten Mann, der ein Alter von 65 Jahren erreicht, und bei fast jeder zweiten Frau im weiteren Altersverlauf eine Demenz ein.

Geschlechtsunterschiede

Weitaus mehr Frauen als Männer sind an einer Demenz erkrankt. **Etwa 70 % der Erkrankungen entfallen auf die Frauen** und nur 30 % auf die Männer. Der Hauptgrund dafür liegt in der unterschiedlichen Lebenserwartung. Frauen werden im Durchschnitt einige Jahre älter als Männer und sind deshalb in den höchsten Altersgruppen, in denen das Krankheitsrisiko steil zunimmt, viel zahlreicher vertreten.

Veränderungen in den letzten Jahrzehnten

Zweifellos ist die Zahl der Demenzkranken in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen, doch lässt sich dieser **Anstieg durch die höhere Lebenserwartung und durch die zunehmende Zahl von älteren Menschen** erklären. Es gibt gegenwärtig keine stichhaltigen Belege dafür, dass sich das altersspezifische Erkrankungsrisiko verändert hätte. Personen gleichen Alters scheinen heutzutage mit ähnlicher Wahrscheinlichkeit an einer Demenz zu erkranken wie in den zurückliegenden Jahrzehnten.

Entwicklung der Zahl der demenziell Erkrankten bis 2050

Gelingt kein Durchbruch in der Prävention und Therapie von Demenzen, wird die Zahl der Erkrankten in Deutschland Jahr für Jahr um durchschnittlich 40.000 ansteigen und **sich bis zum Jahr 2050 verdoppeln.** Bei Fortsetzung eines in manchen Studien beobachteten Trends zu einer längeren Überlebensdauer der Erkrankten und bei stärker steigender Lebenserwartung als in der eher konservativen Bevölkerungsvorausschätzung angenommen, sind auch deutlich höhere Zuwachsraten möglich.

Quelle: Der Text ist eine stark gekürzte und zusammengefasste Wiedergabe einer Information zum Themenbereich „Epidemiologie der Demenz“ auf der Homepage der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V., Berlin

Diagramm/Tabelle Nr. 24

Geschätzte Anzahl der demenziell Erkrankten in Deutschland - 2010 bis 2050		
Jahr	Geschätzte Anzahl von über 65-Jährigen in Millionen	Geschätzte Zahl der demenziell Erkrankten
2010	16,8	1.450.000
2020	18,7	1.820.000
2030	22,3	2.150.000
2040	23,9	2.580.000
2050	23,4	3.020.000

Quelle: Homepage der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Berlin/Die Schätzung basiert auf der 12. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, 2009

3.5 Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung 2002 – 2011/Höhere Gesundheitskosten im Alter/Ursachen des Anstiegs der Lebenserwartung

Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung 2002 – 2011

Sowohl demografischer Wandel als auch medizinischer und **medizinisch-technischer Fortschritt** tragen zu Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen und der gesetzlichen Krankenversicherung bei. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass beide Faktoren miteinander und mit anderen Effekten zusammenwirken. Eine Reihe weiterer Faktoren beeinflussen maßgeblich die Ausgaben. Hierzu zählen die Entwicklung der Anzahl der Leistungserbringer, das Inanspruchnahmeverhalten der Versicherten, die Vertragsgestaltung zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern sowie der Wettbewerb. Weiterhin spielen **gesetzliche Regelungen** und Einflüsse der Rechtsprechung eine wichtige Rolle für die Ausgabenentwicklung in den einzelnen Leistungsbereichen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Der Erklärungsanteil der demografischen Entwicklung an der Gesamtentwicklung der Gesundheitsausgaben in den letzten 30 Jahren wird in den meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen für gering gehalten. Der sogenannte rein demografische Effekt – also der Anteil des durch die demografische Entwicklung verursachten Ausgabenanstiegs im Verhältnis zur Entwicklung der Gesamtausgaben – wird beispielsweise bei der OECD basierend auf Analysen für die OECD-Staaten auf ca. 10 Prozent beziffert. Dieser Wert ist jedoch keine geeignete Orientierungsgröße bezüglich der Bedeutung des demografischen Wandels für die zukünftige Kostenentwicklung des Gesundheitssystems.

Der zukünftige Einfluss des medizinisch-technischen Fortschritts auf die Gesundheitsausgaben ist Gegenstand einer kontroversen Debatte. Hierbei ist insbesondere strittig, in welchem Ausmaß der zukünftig zu erwartende Anstieg der Lebenserwartung, der auch durch den medizinisch-technischen Fortschritt ermöglicht wird, mit einem Gewinn an gesunden Lebensjahren einhergeht.

Ob eine medizinische Innovation kostensparend oder -steigernd ist, hängt vom Einfluss dieser Innovation auf die Behandlungskosten je Einzelfall, von ihrem Einfluss auf die Häufigkeit der Anwendung und von der Frage ab, ob die Innovation ein bisheriges Verfahren ersetzt oder eine zusätzliche Behandlungsmöglichkeit darstellt. Wird ein bisheriges medizinisches Verfahren durch

ein innovatives und kosteneffizienteres Verfahren ersetzt, so ist der Einfluss dieser Innovation zunächst kostensparend. Ermöglicht dieses Verfahren jedoch eine Ausweitung der Anwendungsmöglichkeiten, so kann der Einfluss für das Gesundheitssystem insgesamt ausgabensteigernd sein. Verfahren, die neue Behandlungsmöglichkeiten erlauben, die in der Vergangenheit nicht möglich waren, wirken in der Regel direkt ausgabensteigernd, wobei auch hier zu differenzieren ist, wenn beispielweise durch neue Verfahren der Vorsorge operative Folgekosten vermieden werden können.

Diagramm/Tabelle Nr. 25

Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung 2002 – 2011				
	2002 (in Mrd. €)	2011 (in Mrd. €)	Veränderung (absolut/Mrd. €)	Veränderung (in %)
Krankenhausbehandlung	45,79	59,95	+ 14,16	+ 30,9
Arzneimittel	22,66	28,98	+ 6,32	+ 27,9
Ärztliche Behandlung	22,80	27,63	+ 4,82	+ 21,2
Zahnärztl. Behandlung	7,97	8,47	+ 0,50	+ 6,26
Zahnersatz	3,52	3,18	- 0,34	- 9,6
Heil- u. Hilfsmittel	9,59	11,17	+ 1,59	+ 16,6
Häusl. Krankenpflege	1,68	3,52	+ 1,84	+ 110,0
Soziale Dienste/ Prävention	0,92	1,74	+ 0,81	+ 88,1
Vorsorge- u. Rehaleist.	2,65	2,36	- 0,29	- 11,0
Früherkennungsmaßn.	1,15	1,95	+ 0,80	+ 69,1
Ambulante Kuren	0,09	0,06	- 0,03	- 35,0
Stationäre Kuren	0,57	0,34	- 0,23	- 40,7
Stationäre Kuren für Mütter und Väter	0,37	0,28	- 0,09	- 24,8
Netto-Verwaltungskost.	8,02	9,44	+ 1,42	+ 17,7
Insgesamt	127,78	159,07	+ 31,29	+ 24,5

Quelle: Bundestagsdrucksache 17/10312 vom 16.07.2012, Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode

Entwicklung der Gesundheitskosten im Alter

Die Gesundheitskosten bleiben bis zum Alter von 45 Jahren auf relativ niedrigem Niveau und steigen dann mit zunehmendem Alter an, wobei der Anstieg in der Lebensphase von 65 bis 85 Jahren besonders ausgeprägt ist. Zusätzlich ist festzustellen, dass die **Gesundheitsausgaben in den letzten Lebensjahren eines Menschen sehr hoch sind.**

Die sogenannten Altersprofile (durchschnittliche Gesundheitsausgaben je Versichertem in Abhängigkeit des Lebensalters) nehmen im **Krankenhausbereich ab dem 60. Lebensjahr besonders deutlich zu.** In diesem Bereich hat also die demografische Entwicklung der Vergangenheit zu einem Anstieg der Gesundheitskosten beigetragen.

Im Bereich der ärztlichen Behandlung und der Arzneimittelversorgung steigen die Altersprofile bei den höheren Altersgruppen weniger stark an als im Krankenhausbereich.

Die Ausgaben der Krankenkassen für die Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln nehmen nach den vorliegenden Daten bei erwachsenen Versicherten mit zunehmendem Alter kontinuierlich zu. Es ist somit davon auszugehen, dass die demografische Entwicklung in diesen Leistungsbereichen zu Ausgabensteigerungen beiträgt.

Ursachen des Anstiegs der Lebenserwartung

Der Anstieg der Lebenserwartung betrug zwischen 1980 und 2002 bei Männern und Frauen 5,8 bzw. 4,6 Jahre. Dieser Anstieg basiert, so das Ergebnis einer Untersuchung von 2006, zum größten Teil auf **Abnahme der Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen** – etwa 2,6 Jahre bei Männern und 2,2 Jahre bei Frauen. Es wird davon ausgegangen, dass eine Reduktion von Risikofaktoren in der Bevölkerung sowie Verbesserungen in der medizinischen Diagnostik und Intervention gleichermaßen zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Insbesondere die bessere **Behandlung von Krebserkrankungen** führte jeweils zu 0,6 Jahren Lebenserwartung bei Männern und Frauen. Der Beitrag zur erhöhten Lebenserwartung im Bereich der Krebserkrankungen wird sowohl durch Veränderungen bei Neuauftreten der Erkrankung als auch durch das verbesserte Überleben der Patienten beeinflusst. Die größten Effekte sind den seit Jahren sinkenden Neuerkrankungsraten von Lungenkrebs bei Männern sowie Magenkrebs bei Frauen und Männern zuzurechnen. Diese Reduktion wurde vor allem durch Verringerungen der Risikofaktoren Rauchen bzw. Infektionen mit Helicobacter pylori erreicht. Die seit einigen Jahren steigende Zunahme von Lungenkrebs bei Frauen beeinflusst jedoch deren Lebenserwartung nachteilig. Zudem haben verbesserte Diagnostik und Therapie das Überleben nach Feststellung einer Krebserkrankung generell erhöht.

Auf eine verringerte Sterblichkeit bei äußeren Einwirkungen (insbesondere bei Verkehrsunfällen) gehen etwa 0,9 bzw. 0,5 Jahre zurück. Dies ist vor allem auf die allgemein **Erhöhung der Verkehrssicherheit** zurückzuführen.

Nach Einschätzung des Sachverständigenrates Gesundheit zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen aus dem Jahr 2002 sind die Fortschritte in Hinblick auf Lebensdauer und Lebensqualität zu etwa **einem Drittel auf Fortschritte in der Medizin zurückzuführen**. Darüber hinaus wird auf Verbesserungen in Bezug auf die Lebensbedingungen, Bildungs-beteiligung, Nahrungsmittelversorgung und gesundheitsförderliches Verhalten verwiesen.

Zu den weiteren Erfolgen der Medizin und der gesundheitlichen Versorgung gehört das Hinausschieben chronischer (Alters-)Erkrankungen.

Der Anteil von Personen mit einem guten oder sehr guten Gesundheitszustand im Alter von 60 bis 69 Jahren ist nach Ergebnissen auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zwischen 1996 bis 2006 bei Männern und Frauen gestiegen. Nach Ergebnissen auf Basis des Lebenserwartungssurveys hatten Frauen und Männer im Alter zwischen 65 und 69 Jahren 1998 mehr beschwerdefreie Lebensjahre zu erwarten als noch 1984/1986.

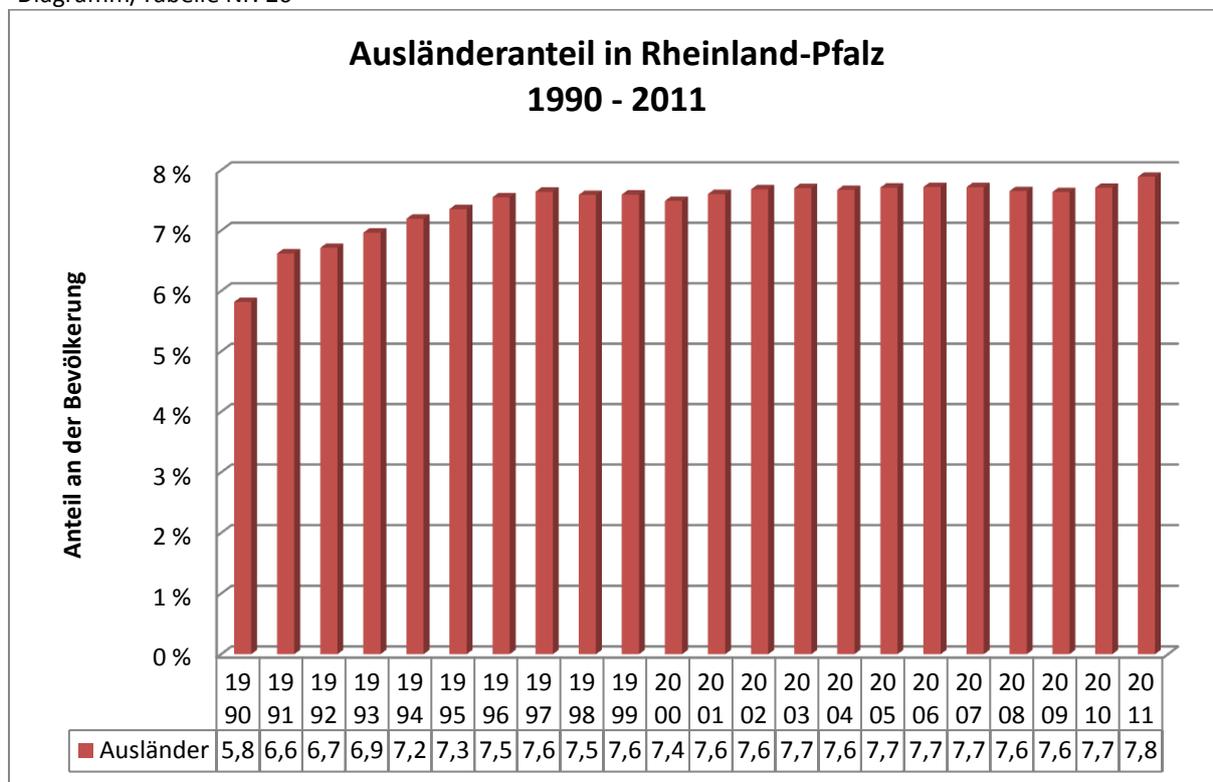
Die zur Verfügung stehenden Daten resultieren aus Befragungen. Diese deuten auf eine Zunahme der Lebenserwartung in Gesundheit seit den 80er-Jahren hin. Der Anteil der gesunden Lebensjahre an der Gesamtlebenszeit scheint demgegenüber relativ stabil geblieben zu sein, so dass die mit Krankheiten verbrachten Lebensjahre ebenfalls angestiegen sind.

Ob mit zunehmender Lebenserwartung tatsächlich eine Zunahme der in Gesundheit verbrachten Jahre einhergeht, wird aber in der Wissenschaft allerdings nach wie vor kontrovers diskutiert.

(Quelle: Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10312 vom 16.07.2012)

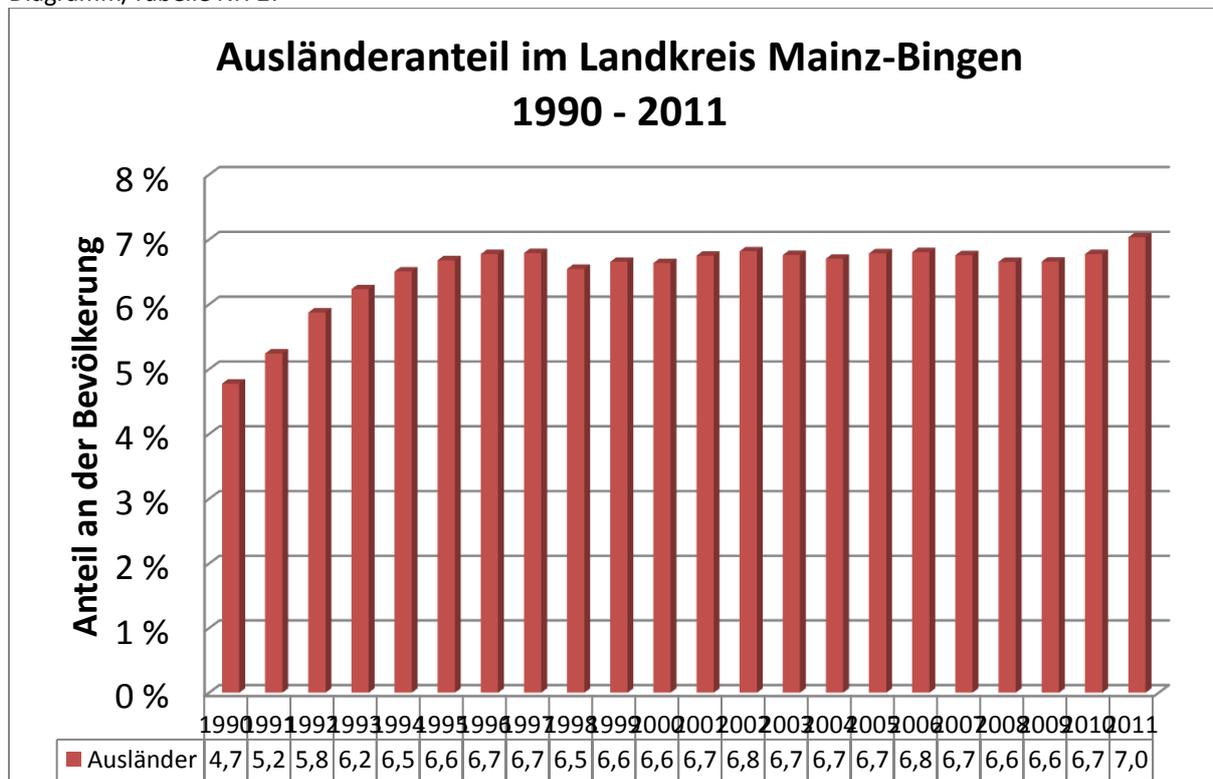
3.6 Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen 1990 – 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 26



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Diagramm/Tabelle Nr. 27



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Der Ausländeranteil im Landkreis lag im Jahr 2011 mit einem Anteil von **7,0 % unter dem Landesdurchschnitt von 7,8 %**. Im Jahr 2010 betrug der Ausländeranteil im Landkreis 6,7 %.

3.7 Bevölkerung mit Migrationshintergrund*) in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

Diagramm/Tabelle Nr. 28

Bevölkerung mit Migrationshintergrund*) in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen – Mai 2011		
	Anzahl	Anteil an d. Bevölkerung in %
Rheinland-Pfalz	743.890	18,7
Lk Mainz-Bingen	30.910	15,4
Landkreise in Rheinland-Pfalz	270.280	15,9
Kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz	473.610	26,7

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011; Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, Bad Ems, Mai 2013

*) Definition „Migrationshintergrund“: Ausländer nach 1955 zugewandert oder Nachfahren von nach 1955 Zugewanderten.

- Bei Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um Aussiedler aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion (mit deutschem Pass und einem Geburtsort außerhalb Deutschlands) oder Ausländer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.
- Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund lag im Landkreis im **Mai 2011** mit **15,4 % geringfügig unterhalb des Durchschnitts der Landkreise in Rheinland-Pfalz (15,9 %)**.

3.8 Vermehrte Zuwanderung aus EU-Staaten nach Rheinland-Pfalz und in den Landkreis Mainz-Bingen

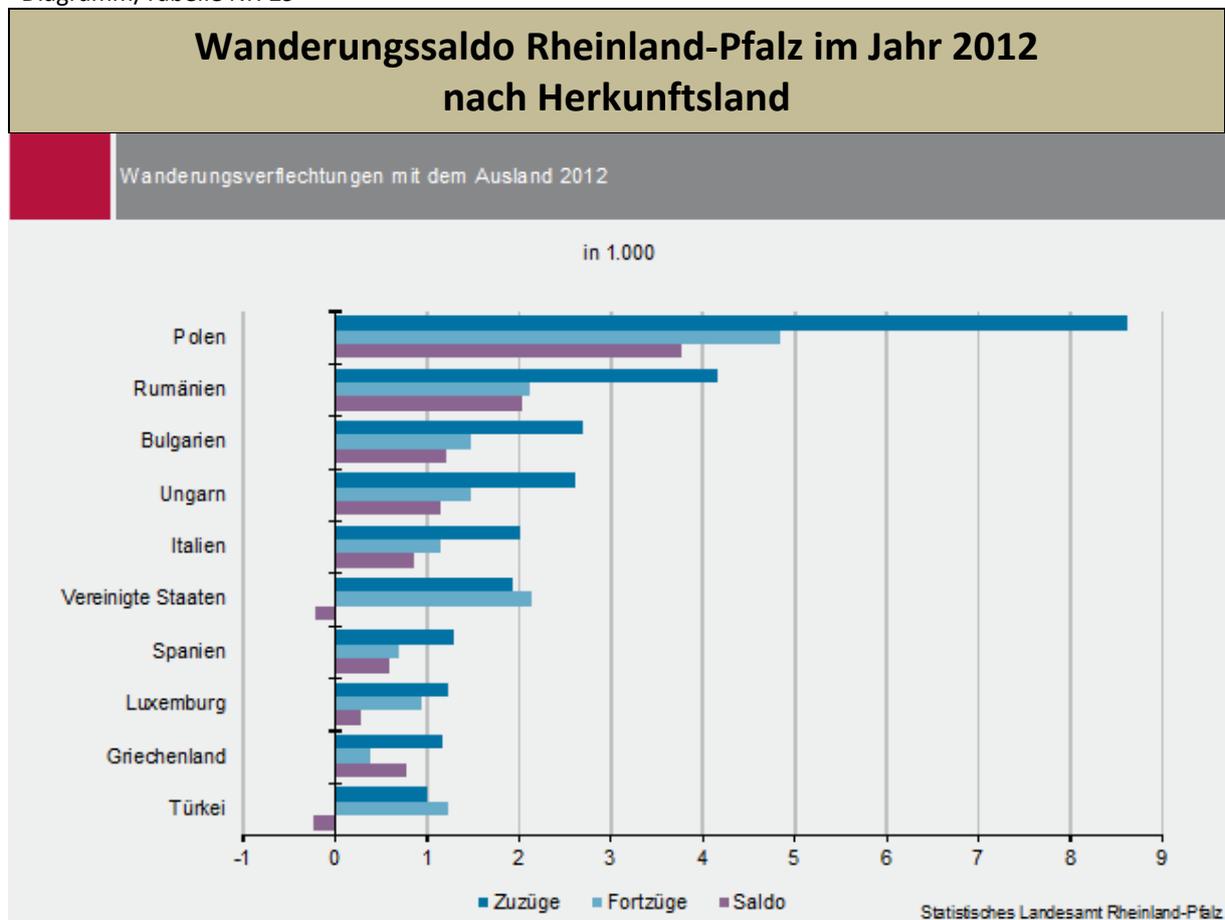
- Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz sind im **Jahr 2012 rund 111.200 Personen nach Rheinland-Pfalz gezogen**. Damit lag die Zahl der Zuzüge nach vorläufigen Berechnungen um 5.500 über dem Vorjahreswert (**plus 5,2 Prozent**). Im selben Zeitraum nahm die Zahl der Fortzüge um 500 auf 98.400 zu (plus 0,5 Prozent). Der sich daraus ergebende Wanderungsgewinn von 12.800 Personen liegt um rund 63 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Er stieg das dritte Jahr in Folge an und erreichte das höchste Niveau seit 10 Jahren.
- Maßgeblich für die positive Entwicklung waren - wie in den beiden Jahren zuvor - die Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland. Während **2011 rund 39.700 Menschen aus dem Ausland zuzogen, waren es 2012 rund 44.900 (plus 13,1 Prozent)**. Die Zahl der 2012 ins Ausland Abgewanderten nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1.300 auf 29.200 Menschen zu (plus 4,5 Prozent). Daraus resultiert ein positiver Saldo der Wanderungen über die Grenze Deutschlands von 15.700 Personen, ein Drittel mehr als 2011. Fast 80 Prozent dieses Überschusses (rund 12.200 Menschen) war auf die Wanderungsverflechtungen mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zurückzuführen. Der mit Abstand **größte**

Wanderungsgewinn wurde gegenüber Polen verzeichnet (3.800), gefolgt von Rumänien (2.000), Bulgarien (1.200), Ungarn (1.100) und Italien (900).

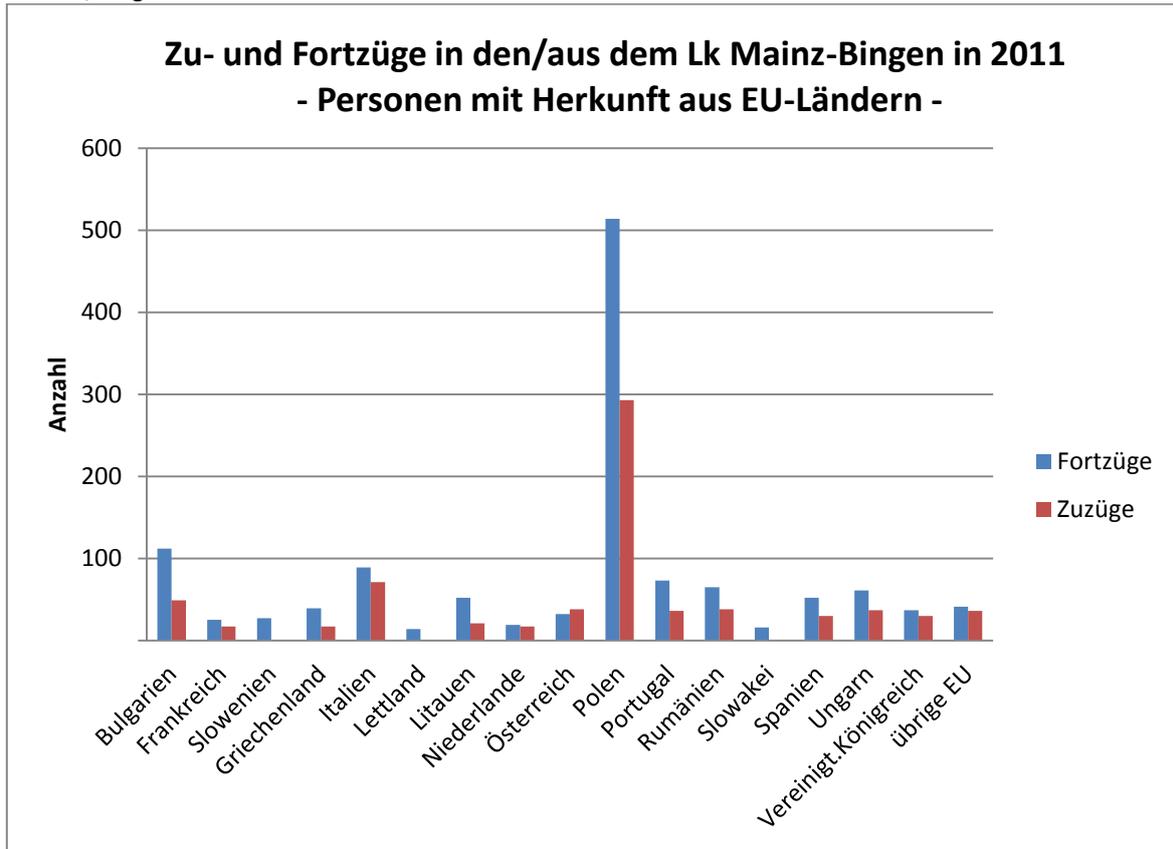
- Besonders deutlich stieg die **Zuwanderung aus EU-Staaten, die von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen** sind. Aus Griechenland kamen rund 70 Prozent mehr Einwanderinnen und Einwanderer (plus 500 Personen), aus Italien rund 50 Prozent (plus 700 Personen), aus Spanien rund 30 Prozent (plus 300 Personen) sowie aus Portugal rund 22 Prozent (plus 120).
- Eine stärkere Zuwanderung als 2011 gab es auch aus den Ländern, die 2004 bzw. 2007 der EU beigetreten sind. Insbesondere nahm die Zuwanderung aus Slowenien (plus 108 Prozent bzw. plus 110 Personen), Rumänien (plus 27 Prozent bzw. plus 900), Bulgarien (plus 19 Prozent bzw. plus 440) sowie Ungarn (plus 18 Prozent bzw. plus 400) zu. Die mit Abstand meisten ausländischen Zuwandererinnen und Zuwanderer stammen nach wie vor aus Polen (2012 rund 8.600), gefolgt von Rumänien mit 4.200 Personen.

Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Bad Ems 2013

Diagramm/Tabelle Nr. 29



Tabelle/Diagramm Nr. 30



Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Juni 2013

- Die **meisten Personen**, die 2011 aus EU-Ländern in den Landkreis zuzogen, kamen aus **Polen (514 Personen)**. Die Polen stellten aber auch die **größte Gruppe, die aus dem Landkreis wieder weggezogen ist (293 Personen)**. Der Wanderungssaldo betrug 221 Personen.
- Die **zweitgrößte Gruppe**, die 2011 aus einem EU-Land zugezogen war, sind die **Bulgaren (112 Personen)**. 49 Personen aus Bulgarien sind wieder weggezogen. Der Wanderungssaldo betrug 63 Personen.

Diagramm/Tabelle Nr. 31

Zuzüge/Fortzüge im Jahr 2011 in den/aus dem Lk Mainz-Bingen - Personen mit Herkunft aus EU-Ländern -		
	Zuzüge (Anzahl der Personen)	Fortzüge (Anzahl der Personen)
Bulgarien	112	49
Frankreich	25	17
Slowenien	27	---
Griechenland	39	17
Italien	89	71
Lettland	14	---
Litauen	52	21
Niederlande	19	17
Österreich	32	38
Polen	514	293
Portugal	73	36
Rumänien	65	38
Slowakei	16	---
Spanien	52	30
Ungarn	61	37
Großbritannien	37	30
übrige EU	41	36
Gesamtsumme	1.268	730

Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz im Juni 2013

3.9 Erwerbstätige Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

3.9.1 Bevölkerung nach Erwerbsstatus: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 32

Erwerbsstatus der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Erwerbspersonen	2.094.580	52,8	971.000	46,4	1.122.680	53,6
Erwerbstätige	2.007.250	50,6	930.750	46,4	1.076.500	53,6
Erwerbslose	87.330	2,2	41.150	47,1	46.180	52,9
Nichterwerbspers.	1.874.820	47,2	1.060.740	56,6	814.080	43,4

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, Bad Ems, Mai 2013

Diagramm/Tabelle Nr. 33

Erwerbsstatus der Bevölkerung im Landkreis Mainz-Bingen - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Erwerbspersonen	111.390	55,6	52.630	47,2	58.760	52,8
Erwerbstätige	107.160	53,5	50.600	47,2	56.650	52,8
Erwerbslose	4.230	2,1	2.030	48,0	2.200	52,0
Nichterwerbspers.	88.860	44,4	49.730	56,0	39.130	44,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung Landkreis Mainz-Bingen, Bad Ems, Mai 2013

- Die Zahl der Erwerbspersonen im Landkreis beträgt **55,6 % und liegt über dem Wert für das Land Rheinland-Pfalz (52,8 %)**.

3.9.2 Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweig: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 34

Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Land-/Forstwirtschaft	47.660	2,3	15.100	31,7	32.560	68,3
Produzierendes Gewerbe	638.050	30,7	146.920	23,0	491.130	77,0
Dienstleistungsbereich	1.393.140	67,0	801.240	57,5	591.890	42,5

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung in Rheinland-Pfalz am 09.05.2011, Bad Ems, Mai 2013

Diagramm/Tabelle Nr. 35

Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweig Landkreis Mainz-Bingen - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Land-/Forstwirtschaft	3.280	3,0	1.090	33,2	2.190	66,8
Produzierendes Gewerbe	27.730	25,0	7.340	26,5	20.390	73,5
Dienstleistungsbereich	79.730	72,0	43.850	55,0	35.880	45,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung Landkreis Mainz-Bingen, Bad Ems, Mai 2013

3.9.3 Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf: Rheinland-Pfalz und Landkreis Mainz-Bingen – Ergebnis Zensus 2011

Diagramm/Tabelle Nr. 36

Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf in Rheinland-Pfalz - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Angestellte/Arbeiter/-innen	1.718.750	82,7	832.670	48,4	886.090	51,6
Beamter/-innen	122.160	5,9	47.020	38,5	75.140	61,5
Selbstständige mit Beschäftigten	101.340	4,9	25.480	25,1	75.860	74,9
Selbstständige ohne Beschäftigte	111.140	5,3	41.870	37,7	69.270	62,3
Mithelfende Familienangehörige	25.450	1,2	16.620	63,7	9.230	36,3

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung in Rheinland-Pfalz am 09.05.2011, Bad Ems, Mai 2013

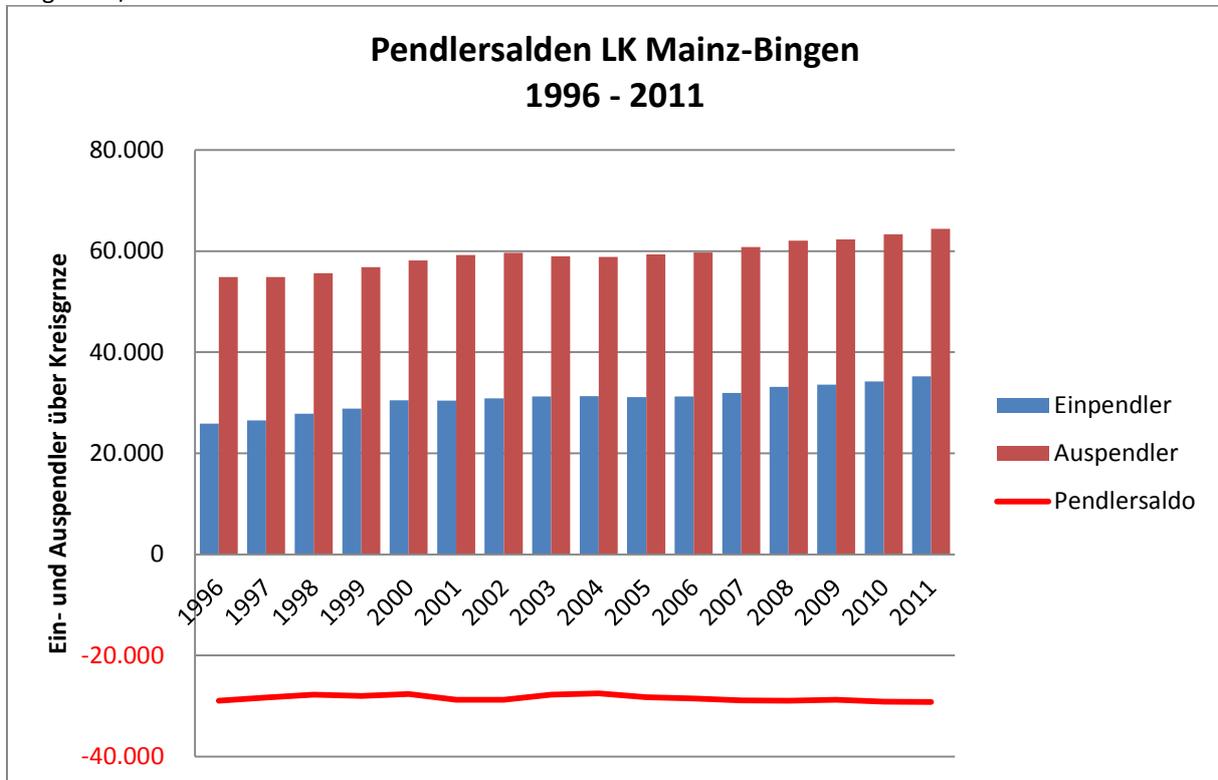
Diagramm/Tabelle Nr. 37

Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf Landkreis Mainz-Bingen - Mai 2011						
	Anzahl	in %	Weiblich (absolut)	Weiblich (in %)	Männlich (absolut)	Männlich (in %)
Angestellte/Arbeiter/-innen	88.830	80,2	43.600	49,1	45.230	50,9
Beamter/-innen	6.610	6,0	2.950	44,6	3.670	55,4
Selbstständige mit Beschäftigten	5.840	5,3	1.430	24,5	4.410	75,5
Selbstständige ohne Beschäftigte	7.540	6,8	3.160	41,9	4.380	58,1
Mithelfende Familienangehörige	1.910	1,7	1.140	59,7	770	40,3

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, Bevölkerung Landkreis Mainz-Bingen, Bad Ems, Mai 2013

3.10 Pendlersalden (Ein- und Auspendler) Landkreis Mainz-Bingen 1996 -2011

Diagramm/Tabelle Nr. 38



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- Die Zahl der **Auspendler aus dem Landkreis ist deutlich höher** als die Zahl der Einpendler.

Trotz Rückgang der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten ist gleichzeitig mit einer weiteren Zunahme der Anzahl der Haushalte, insbesondere der Ein-Personenhaushalte, zu rechnen. **Die Zahl der Pkw's wird daher zunächst eher weiter zunehmen.**

In Deutschland werden 2030 zwar voraussichtlich weniger Menschen leben als heute. Dennoch werden auf den Straßen wohl mehr Privatwagen unterwegs sein. Das geht aus einer am 26.08.2013 veröffentlichten Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) hervor.

Danach dürfte bis 2030 die Zahl der in Deutschland lebenden Personen um 4,7 Prozent auf 77,4 Millionen sinken, gleichzeitig aber die Zahl privater Pkw um rund 3,9 Prozent auf 44,8 Millionen steigen. Dies liege zum einen an der **steigenden Zahl von Haushalten**, zum anderen an **voraussichtlich steigenden Einkommen**, heißt es in der Untersuchung.

Einer der wichtigsten Gründe für das prognostizierte Wachstum der Fahrzeugzahlen ist der Studie zufolge der Trend zu immer mehr Haushalten. Wurden nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991 rund 35,3 Millionen Haushalte in Deutschland gezählt, waren es 2012 bereits 40,4 Millionen. Im Jahr 2030 könnte es den Prognosen zufolge trotz des Bevölkerungsrückgangs sogar 41 Millionen Haushalte geben.

Außerdem rechnen die Verfasser der Studie mit steigenden Privateinkommen, die den

nötigen Spielraum für die Anschaffung weiterer Autos schaffen. Sollten die Einkommen künftig stagnieren, ergäbe sich nach Angaben der Wissenschaftler ein ganz anderes Bild. Dann läge der private Pkw-Bestand im Jahr 2030 wahrscheinlich bei „nur“ 41,7 Millionen und damit unter dem aktuellen Niveau (Quelle: Focus-online, 226.08.2013)

3.11 Schul- und Berufsabschlüsse der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

3.11.1 Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Schulabschluss

Diagramm/Tabelle Nr. 39

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter in Rheinland-Pfalz nach höchstem Schulabschluss sowie Geschlecht – Mai 2011						
Höchster Schulabschluss	Insgesamt		Weiblich		Männlich	
	Anzahl	Anteil in % *)	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Ohne Schulabschluss	209.960	6,1	107.670	51,3	102.290	48,7
Haupt- /Volksschulabschluss	1.518.780	44,22	770.900	50,8	747.880	49,2
Mittlere Reife	830.880	24,2	484.060	58,3	346.820	41,7
Hochschul-/ Fachhochschulreife	872.790	25,4	409.780	47,0	463.000	53,0

*) Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, „Bevölkerung Rheinland-Pfalz“, Bad Ems, Mai 2013

Diagramm/Tabelle Nr. 40

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Schulabschluss sowie Geschlecht – Mai 2011						
Höchster Schulabschluss	Insgesamt		Weiblich		Männlich	
	Anzahl	Anteil in % *)	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Ohne Schulabschluss	8.570	5,0	4.380	51,1	4.190	48,9
Haupt-/Volksschulabschluss	66.990	39,3	34.890	52,1	32.100	47,9
Mittlere Reife	39.550	23,2	23.120	58,5	16.430	41,5
Hochschul-/ Fachhochschulreife	55.180	32,4	25.830	46,8	29.350	53,2

*) Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, „Bevölkerung Rheinland-Pfalz“, Bad Ems, Mai 2013

➤ **Das Bildungsniveau ist im Landkreis Mainz-Bingen höher als im Landesdurchschnitt.**

- Im **Landkreis Mainz-Bingen** hatten im Mai 2011 32,4 % der Bevölkerung die **Hochschul-/oder Fachhochschulreife, fast ein Drittel der Einwohner**. Der entsprechende Anteil beträgt beim **Land 25,4 %**, dies ist ca. ein Viertel der Bevölkerung.
- Der Anteil der Einwohner ohne Hauptschulabschluss ist mit 5 % etwas niedriger als im Land mit 6 %.

3.11.2 Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Berufsabschluss

Diagramm/Tabelle Nr. 41

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter in Rheinland-Pfalz nach höchstem Berufsabschluss sowie Geschlecht – Mai 2011						
Höchster Berufsabschluss	Insgesamt		Weiblich		Männlich	
	Anzahl	Anteil in % *)	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	1.019.420	29,7	628.100	61,6	391.320	38,4
Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens 1 Jahr	1.977.500	57,6	963.750	48,7	1.013.750	51,3
Hochschulabschluss	435.490	12,7	180.560	41,5	254.930	58,5

*) Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, „Bevölkerung Rheinland-Pfalz“, Bad Ems, Mai 2013

Diagramm/Tabelle Nr. 42

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter im Landkreis Mainz-Bingen nach höchstem Berufsabschluss sowie Geschlecht – Mai 2011						
Höchster Berufsabschluss	Insgesamt		Weiblich		Männlich	
	Anzahl	Anteil in % *)	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	42.560	25,0	25.880	60,8	16.690	39,2
Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens 1 Jahr	97.300	57,1	49.670	51,0	47.630	49,0
Hochschulabschluss	30.430	17,9	12.680	41,7	17.750	58,3

*) Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Zensus 2011, „Bevölkerung Rheinland-Pfalz“, Bad Ems, Mai 2013

- Die Zahl derjenigen Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen, die **keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben, ist mit 25,0 % niedriger als im Land (29,7 %)**.
- Im **Landkreis Mainz-Bingen haben 17,9 %** der Einwohner einen **Hochschulabschluss**. Dies ist **deutlich höher als im Landesdurchschnitt (12,7 %)**.

3.11.3 Schulabschlüsse der im Jahr 2012 Schulentlassenen ohne/mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

Diagramm/Tabelle Nr. 43

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2012 <u>ohne</u> Migrationshintergrund nach Abschlussarten im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz											
	Insgesamt	ohne Haupt- schulabschluss		mit Haupt- schulabschluss		mit qualifiziert. Sekundarabschl.		Fachhoch- schulreife		Allgemeine Hochschulreife	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Lk Mainz- Bingen	1.594	71	4,5	253	15,9	586	36,8	34	2,1	650	40,8
Landkreise in RLP	27.751	1.353	4,9	5.095	18,4	12.654	45,6	494	1,8	8.155	29,4
Rheinland- Pfalz	38.707	1.887	4,9	6.708	17,3	16.093	41,6	818	2,1	13.201	34,1

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2013

- Von im Jahr 2012 Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund haben im Landkreis **Mainz-Bingen 40,8 % die Allgemeine Hochschulreife** erlangt. Im Durchschnitt der Landkreise in Rheinland-Pfalz sind dies nur 29,4 % und im gesamten Land **Rheinland-Pfalz 34,1 %**.

Diagramm/Tabelle Nr. 44

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2012 <u>mit</u> Migrationshintergrund nach Abschlussarten im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz											
	Insgesamt	ohne Haupt- schulabschluss		mit Haupt- schulabschluss		mit qualifiziert. Sekundarabschl.		Fachhoch- schulreife		Allgemeine Hochschulreife	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Lk Mainz- Bingen	196	26	13,3	63	32,1	79	40,3	6	3,1	22	11,2
Landkreise in RLP	2.986	307	10,3	951	31,8	1.307	43,8	44	1,5	377	12,6
Rheinland- Pfalz	5.192	466	9,0	1.734	33,4	2.159	41,6	93	1,8	740	14,3

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2013

- **13,3 % der Schulentlassenen mit Migrationshintergrund im Landkreis erlangen keinen Hauptschulabschluss**

- Von den im Jahr 2012 Schulentlassenen mit Migrationshintergrund im Landkreis haben **13,3 % keinen Hauptschulabschluss** (ohne Migrationshintergrund: 4,5 %). Im Durchschnitt der Landkreise in Rheinland-Pfalz beträgt dieser Anteil 10,3 % und bezogen auf das gesamte Land **Rheinland-Pfalz 9 %**.
- *Nur 11,2 % der Schulentlassenen mit Migrationshintergrund im Landkreis haben die Allgemeine Hochschulreife*
- Der Anteil der im Jahr 2012 Schulentlassenen im Landkreis Mainz-Bingen **mit Migrationshintergrund, die die Allgemeine Hochschulreife** erlangen, ist mit **11,2 % niedriger als im Durchschnitt der Landkreise in Rheinland-Pfalz (12,6 %)** und deutlich niedriger als im Durchschnitt des gesamten Landes **Rheinland-Pfalz (14,3 %)**.

4. Infrastruktur: Nahversorgung, Wohnraumsituation und Flächenverbrauch im Landkreis Mainz-Bingen

4.1 Läden, Dorfläden, Mobile Verkaufsfahrzeuge, Supermärkte und Bankfilialen, Geldautomaten und Postagenturen im Landkreis Mainz-Bingen in 2010 - Ergebnisse einer Befragung der Ortsbürgermeister/innen im Rahmen der Erstellung des Pflegestrukturplans für den Landkreis Mainz-Bingen

Zur Feststellung der vorhandenen Läden, Dorfläden, Mobilien Verkaufsfahrzeuge, Supermärkte und der Bankfilialen, Geldautomaten und Postagenturen wurde vom Sozialplanungsbüro „transfer“, Wittlich im Rahmen der Erstellung des Pflegestrukturplans für den Landkreis im Jahr 2010 eine **Erhebung bei allen Ortsgemeinden des Landkreises Mainz-Bingen** durchgeführt. 54 der angeschriebenen Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister haben geantwortet. Der Rücklauf der Befragung war hoch und lag bei rund 80 %.

Die Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister wurden gebeten, anzugeben, auf wie viele **Bäckereien, Metzgereien, Dorfläden, Supermärkte, Banken, Poststellen und Geldautomaten** die Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Orte zurückgreifen können.

Zwischenzeitlich erfolgte Änderungen konnten in die folgende Aufstellung nicht einbezogen werden. In einigen Kommunen hat sich das Angebot verändert, zum Teil erweitert bzw. ist in Planung.

Diagramm/Tabelle Nr. 45

Anzahl der Bäckereien, Metzgereien und Dorfläden in den Städten Bingen und Ingelheim, den VG's und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen in 2010				
Gebietskörperschaft		Anzahl Bäckereien	Anzahl Metzgereien	Anzahl Dorfläden
Bodenheim	Summe	10	6	1
	% der Gesamtsumme	11,0%	12,5%	12,5%
Budenheim	Summe	5	2	0
	% der Gesamtsumme	5,5%	4,2%	0,0%
Gau-Algesheim	Summe	9	3	2
	% der Gesamtsumme	9,9%	6,3%	25,0%
Guntersblum	Summe	5	5	0
	% der Gesamtsumme	5,5%	10,4%	0,0%
Heidesheim	Summe	8	3	0
	% der Gesamtsumme	8,8%	6,3%	0,0%
Nieder-Olm	Summe	14	6	2
	% der Gesamtsumme	15,4%	12,5%	25,0%
Nierstein-Oppenheim	Summe	7	5	2
	% der Gesamtsumme	7,7%	10,4%	25,0%
Rhein-Nahe	Summe	8	3	1
	% der Gesamtsumme	8,8%	6,3%	12,5%
Sprendlingen-Gensingen	Summe	8	2	0
	% der Gesamtsumme	8,8%	4,2%	0,0%
Stadt Bingen	Summe	10	7	0
	% der Gesamtsumme	11,0%	14,6%	0,0%
Stadt Ingelheim	Summe	7	6	0
	% der Gesamtsumme	7,7%	12,5%	0,0%
Insgesamt	Summe	91	48	8
	% der Gesamtsumme	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Pflegestrukturplan für den Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2011

Nach den Angaben der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die eine Rückmeldung abgegeben haben, sind zum oben angegebenen Zeitpunkt im Landkreis Mainz-Bingen 91 Bäckereien, 48 Metzgereien und **acht Dorfläden vorhanden**. Für elf Gemeinden liegen keine Angaben vor.

Die meisten Bäckereien befinden sich in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, die meisten Metzgereien in der Stadt Bingen.

Die Zahl der vorhanden Bäckereien und Metzgereien muss allerdings mit der jeweiligen **Bevölkerungszahl in der Verbandsgemeinde in Beziehung gesetzt werden**. Die Anzahl der Einwohner pro Dorfladen wird aufgrund der geringen Fallzahl in der nachfolgenden Tabelle nicht dargestellt.

Diagramm/Tabelle Nr. 46

Einwohner pro Metzgerei und Bäckerei in den Städten Bingen und Ingelheim, den VG's und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen in 2010					
Gebietskörperschaft	Einwohner	Anzahl Bäckereien	EW / Bäckerei	Anzahl Metzgereien	EW / Metzgerei
Bodenheim	18.755	10	1876	6	3126
Budenheim	8.505	5	1701	2	4253
Gau-Algesheim	16.226	9	1803	3	5409
Guntersblum	9.336	5	1867	5	1867
Heidesheim	9.868	8	1234	3	3289
Nieder-Olm	31.331	14	2238	6	5222
Nierstein-Oppenheim	30.589	7	4370	5	6118
Rhein-Nahe	15.115	8	1889	3	5038
Sprendlingen-Gensingen	13.984	8	1748	2	6992
Stadt Bingen	24.218	10	2422	7	3460
Stadt Ingelheim	24.051	7	3436	6	4009
Insgesamt	201.978	91	2220	48	4208

Quelle: Pflegestrukturplan für den Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2011

Im kreisweiten Durchschnitt stehen **eine Bäckerei pro 2.200 Einwohner** und **eine Metzgerei pro 4.208 Einwohner** zur Verfügung. Die höchste Dichte an Bäckereien zeigt sich in der Verbandsgemeinde Guntersblum, die geringste in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim. Auch hinsichtlich der Dichte an Metzgereien sind die Bedingungen in der Verbandsgemeinde Guntersblum am günstigsten. In der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen kommt dagegen eine Metzgerei auf 6.992 Einwohner. Allerdings ist zu beachten, dass die Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Sprendlingen-Gensingen die niedrigsten Rücklaufquoten bei diesen Angaben aufweisen.

Da nicht nur die derzeitige Situation von Bedeutung ist, wurde auch danach gefragt, wie lange der Fortbestand der einzelnen Einrichtungen von den Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeistern eingeschätzt wird.

Diagramm/Tabelle Nr. 47

Einschätzung des Fortbestandes von Bäckereien durch die Bürgermeister der Städte Bingen, Ingelheim und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim und die Ortsbürgermeister/innen der Gemeinden in den VG's nach 2010				
Gemeinden in der	bis 5 Jahre	bis 10 Jahre	länger als 10 Jahre	keine Angabe
VG Bodenheim	25%	25%	50%	0%
Budenheim	0%	0%	0%	100%
VG Gau-Algesheim	20%	20%	40%	20%
VG Guntersblum	33%	0%	67%	0%
VG Heidesheim	0%	0%	100%	0%
VG Nieder-Olm	0%	33%	67%	0%
VG Nierstein-Oppenheim	25%	0%	50%	25%
VG Rhein-Nahe	33%	17%	33%	17%
VG Sprendlingen-Gensingen	0%	25%	25%	50%
Stadt Bingen	0%	100%	0%	0%
Stadt Ingelheim	0%	0%	0%	100%
Gesamt	16%	19%	46%	19%

Quelle: Pflegestrukturplan für den Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2011

In **46 Prozent der Fälle** wurde am häufigsten angegeben, dass der **Fortbestand der Bäckereien im Landkreis langfristig (mehr als 10 zehn Jahre) gesichert ist**. Überdurchschnittlich positiv wird der Fortbestand in den Verbandsgemeinden Heidesheim, Guntersblum und Nieder-Olm eingeschätzt.

Etwas höhere Werte ergeben sich für den Fortbestand der Metzgereien. **52 Prozent** der Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister gaben hier an, dass der Fortbestand **langfristig gesichert** ist. Auf der Ebene der Verbandsgemeinden zeigen sich die höchsten Werte in Nierstein-Oppenheim, Heidesheim und Nieder-Olm.

Diagramm/Tabelle Nr. 48

Einschätzung des Fortbestandes von Metzgereien durch die Bürgermeister der Städte Bingen, Ingelheim und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim und die Ortsbürgermeister/innen der Gemeinden in den VG's nach 2010				
Gemeinden in der	bis 5 Jahre	bis 10 Jahre	länger als 10 Jahre	keine Angabe
VG Bodenheim	0%	0%	50%	50%
Budenheim	0%	0%	0%	100%
VG Gau-Algesheim	0%	50%	50%	0%
VG Guntersblum	0%	25%	50%	25%
VG Heidesheim	0%	0%	100%	0%
VG Nieder-Olm	0%	0%	75%	25%
VG Nierstein-Oppenheim	0%	0%	100%	0%
VG Rhein-Nahe	33%	0%	33%	33%
VG Sprendlingen-Gensingen	50%	0%	50%	0%
Stadt Bingen	0%	100%	0%	0%
Stadt Ingelheim	0%	0%	0%	100%
Gesamt	9%	13%	52%	26%

Quelle: Pflegestrukturplan für den Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2011

In der folgenden Tabelle sind die ermittelten Anzahlen der Supermärkte, Banken, Poststellen und Geldautomaten im Landkreis Mainz-Bingen aufgeführt. Insgesamt liegen in den 54 der Erhebung zugrunde liegenden Gemeinden 65 Supermärkte, 65 Banken 33 Poststellen und 24 Geldautomaten-Standorte.

Es wird in der Befragung deutlich, dass **die ländlich geprägten Verbandsgemeinden eher schlechter mit Supermärkten und Banken ausgestattet** sind. Die hohen Werte für die Verbandsgemeinde Nieder-Olm sind größtenteils auf die Stadt Nieder-Olm zurückzuführen.

Diagramm/Tabelle Nr. 49

Anzahl der Supermärkte, Banken, Poststellen und Geldautomaten in den Städten Bingen und Ingelheim, den VG's und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen in 2010					
Gebietskörperschaft		Anzahl Supermärkte	Anzahl Banken	Anzahl Poststellen	Anzahl Geldautomaten
Bodenheim	Summe	5	7	4	1
	in %	8%	11%	12%	4%
Budenheim	Summe	2	3	1	0
	in %	3%	5%	3%	0%
Gau-Algesheim	Summe	5	5	4	4
	in %	8%	8%	12%	17%
Guntersblum	Summe	3	3	3	2
	in %	5%	5%	9%	8%
Heidesheim	Summe	4	3	2	0
	in %	6%	5%	6%	0%
Nieder-Olm	Summe	13	8	6	8
	in %	20%	12%	18%	33%
Nierstein-Oppenheim	Summe	6	5	2	1
	in %	9%	8%	6%	4%
Rhein-Nahe	Summe	4	8	4	0
	in %	6%	12%	12%	0%
Sprendlingen-Gensingen	Summe	5	4	2	1
	in %	8%	6%	6%	4%
Stadt Bingen	Summe	7	11	2	7
	in %	11%	17%	6%	29%
Stadt Ingelheim	Summe	11	8	3	k.A.
	in %	17%	12%	9%	
Insgesamt	Summe	65	65	33	24
	in %	100%	100%	100%	100%

Quelle: Pflegestrukturplan für den Landkreis Mainz-Bingen, Mai 2011

Es wurde im Rahmen der Erhebung auch nach **Haltepunkten und Touren fahrender Bäckereien, Metzgereien und Rollender Märkte** gefragt.

Die mobile Versorgung spielt ausschließlich in den Verbandsgemeinden eine Rolle. Im ländlichen Raum werden hingegen Lücken in der Infrastruktur über mobile Angebote geschlossen.

Die **Hälfte aller angegebenen Touren wird von Bäckereien angeboten**. Etwas weniger häufig werden Touren von Rollenden Märkten angeboten. Der mobile Verkauf von Waren „**fahrender Metzgereien**“ **spielt im Landkreis Mainz-Bingen dagegen eine eher untergeordnete Rolle**.

Abschließend wurden die Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister nach **fahrenden Bankfilialen** befragt. Dieses Angebot wird jedoch von den Banken im Landkreis Mainz-Bingen **kaum angeboten**, lediglich neun Befragte gaben an, dass ein solches Angebot in ihrem Ort existiert.

4.2 „Gaststättensterben“ in ländlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz

Dorf-gaststätten sind ein beliebter Treffpunkt für Dorfbewohner und dienen damit als kommunikativer Knotenpunkt für das soziale Leben.

Mehr als **200 Dörfer in Rheinland-Pfalz haben schon jetzt keine eigene Gaststätte mehr**. Diese Zahl wird sicherlich in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Konkrete Zahlen für den Landkreis Mainz-Bingen liegen nicht vor, dennoch ist davon auszugehen, dass auch hier die Zahl der Dorf-gaststätten weiter rückläufig sein wird.

Quelle: SWR Fernsehen, Homepage der „Landesschau“, Mainz, 01.09.2013

4.3 Leerstehende Wohnungen im Landkreis Mainz-Bingen und in Rheinland-Pfalz - Zensus 2011

Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass in den kommenden Jahren vor allem in ländlichen Gemeinden der Wohnungs-leerstand zunehmen wird. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz standen am 9. Mai 2011 im Land insgesamt 90.244 Wohnungen leer. Der im Rahmen des Zensus 2011 festgestellte Anteil ungenutzter Wohnungen liegt wie im Bundesdurchschnitt, bei 4,5 Prozent. In den kreisfreien Städten wurden mit jeweils 2,3 Prozent die **niedrigsten Leerstandsquoten*) in Mainz und Speyer** festgestellt. Dort waren am Zensusstichtag 2.413 bzw. 579 Wohnungen nicht bewohnt. Die höchsten Anteile nicht genutzter Wohnungen entfielen auf Pirmasens (10,2 Prozent) und Zweibrücken (6,5 Prozent). Die Streuung in den Landkreisen fällt geringer aus und erstreckt sich von 3,1 Prozent leer stehender Wohnungen im Landkreis Germersheim (1.761 Leer-stände) bis 6,7 Prozent im Landkreis Birkenfeld (2.882 Leerstände).

- **Gebietstypen**

Vor allem **in ländlichen Gebieten stehen Wohnungen leer**. In ländlich geprägten Gemeinden, die in Rheinland-Pfalz zwei Drittel der Gemeinden ausmachen, liegt die Leerstandsquote mit durchschnittlich 5,5 Prozent um 1,7 Prozentpunkte höher als in den 70 als hoch verdichtet typisierten Gemeinden.

- **Baualter und Ausstattung**

Maßgebliche Einflussfaktoren für den Leerstand sind auch das Baualter und die Ausstattung der Wohnungen. So **steigt der Anteil der Leerstände mit zunehmendem Baualter**. Von den landesweit 263.932 Wohnungen in Gebäuden, die vor 1919 errichtet wurden, standen am Erhebungstichtag 21.336 (8,1 Prozent) leer. Von den Wohnungen mit Baujahr zwischen 1919 und 1959 waren rund 6 Prozent ungenutzt. Die Leerstände in zwischen 1960 und 1979 errichteten Gebäuden fallen mit 4,1 Prozent dagegen bereits unter den Landesdurchschnitt. In Gebäuden, die nach der Jahrtausendwende fertig gestellt wurden, lag die Leerstands-quote landesweit bei lediglich 2,1 Prozent.

Fast die Hälfte (47,4 Prozent) der landesweit insgesamt 5.667 Wohnungen, die keinerlei sanitäre Ausstattung wie Bad, Dusche und WC haben, standen am 9. Mai 2011 leer. Auch Wohnungen, die nur teilweise mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind, weisen im Vergleich

*) Definition Leerstandsquote: Anteil leer stehender Wohnungen an Wohnungen in Wohngebäuden

(ohne Wohnheime) sowie sonstigen Gebäuden mit Wohnraum - darunter Ferien- und Freizeitwohnungen.

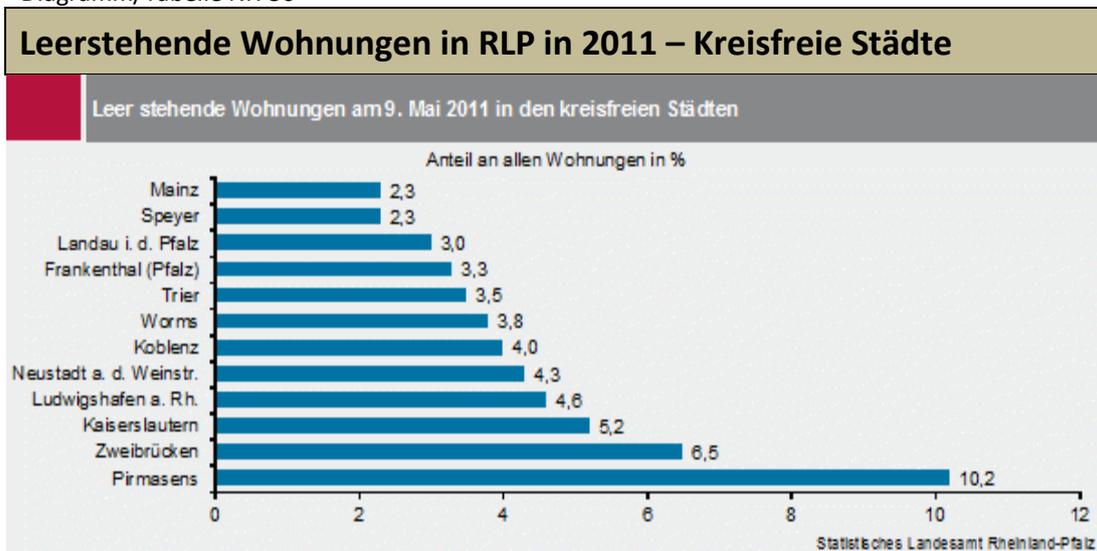
zu den voll ausgestatteten Wohnungen einen erhöhten Leerstand auf. Neben der sanitären Ausstattung ist die Heizung ein wesentliches Kriterium. So stehen knapp zehn Prozent

der Wohnungen, die nach Angaben der Eigentümer über keine oder nur über Ofenheizung verfügen, leer. Von den Wohnungen mit Zentral-, Etagen-, Fern- oder Blockheizung stehen 4,1 Prozent leer. Inwieweit leer stehende Wohnungen überhaupt dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen, wurde im Zensus nicht explizit erhoben.

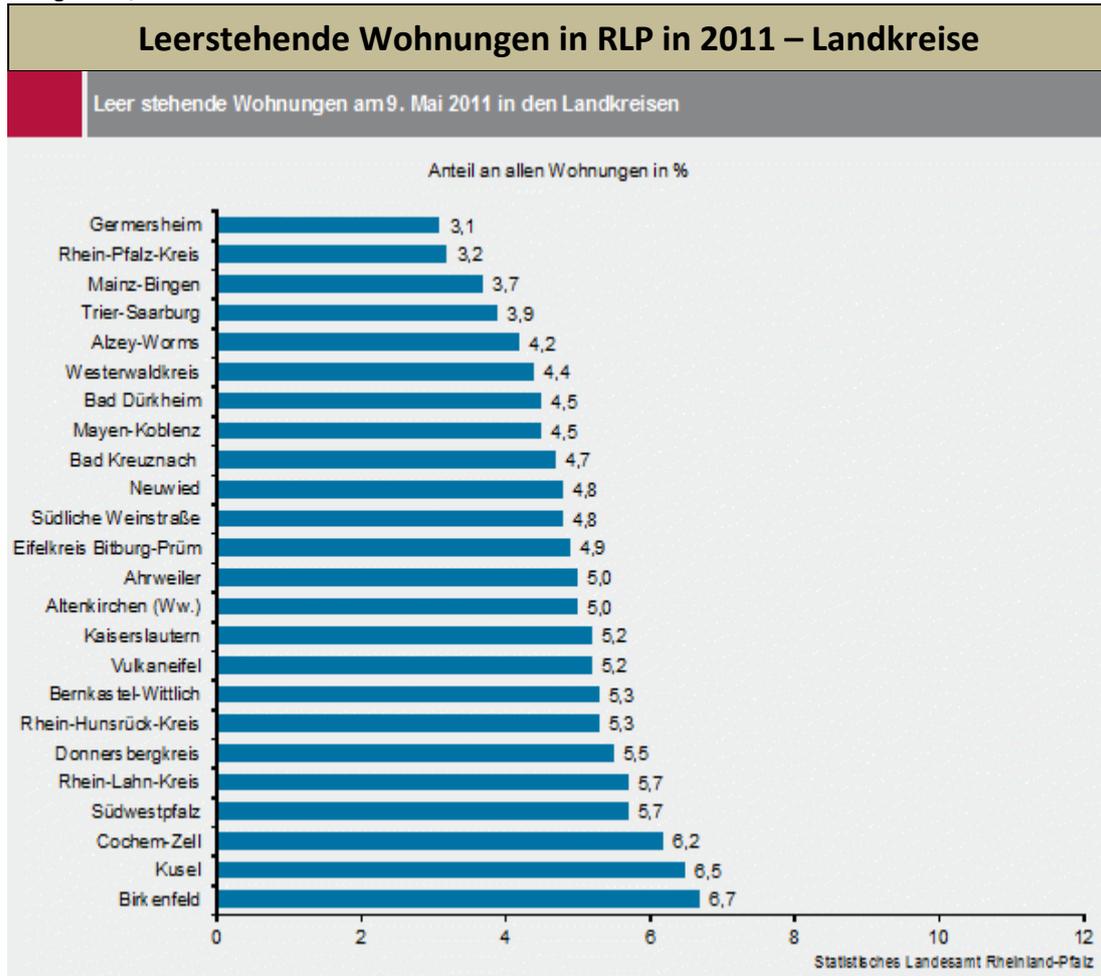
- **Bevölkerungsentwicklung**

Ein Zusammenhang zwischen dem Anteil ungenutzter Wohnungen und den Bevölkerungsveränderungen der vergangenen Jahre lässt sich statistisch lediglich für Gemeinden ab 250 Einwohnern nachweisen. Der Einfluss der Bevölkerungsveränderungen steigt dabei deutlich mit zunehmender Gemeindegröße. **Bevölkerungsrückgänge schlagen sich tendenziell in höheren Leerstandsquoten nieder.**

Diagramm/Tabelle Nr. 50



Diagramm/Tabelle Nr. 51



- Der **Landkreis Mainz-Bingen** hatte mit einem **Anteil von 3,7 %** im Vergleich zu anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz im Mai 2011 nur einen **sehr geringen Anteil an leerstehenden Wohnungen**. Der Anteil leerstehender Wohnungen liegt zum Vergleich in der Stadt Mainz bei 2,3 %.

4.4 Entwicklung der Wohnraumnachfrage 2012 – 2030 in Rheinland-Pfalz und in Städten und Landkreisen des Rhein-Main-Gebiets - Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln vom September 2013

Laut Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung lagen die Nettomieten in den Großstädten im ersten Halbjahr 2012 im Durchschnitt bei 7,37 € pro Quadratmeter und waren damit um mehr als 42 % höher als in dünn besiedelten ländlichen Kreisen.

Eine Anfang September 2013 vorgelegte **Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln** zeigt, dass zwar die Mieten und Immobilienpreise vor allem in Städten wie München, Hamburg, Berlin und Frankfurt erheblich gestiegen sind, das **größere Problem aber der zukünftige noch zunehmende Wohnungsleerstand** in vielen ländlichen Regionen des Osten aber auch in bestimmten Großstädten im Westen, etwa im Ruhrgebiet, sei. So würden nur 15 der gut 80 Mio. Bundesbürger in Regionen leben, in denen das Wohnen teurer geworden sei.

Die Studie hat die zukünftige Nachfrage nach Wohnraum im Jahr 2030 für alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland berechnet.

Sofern der Bedarf an Wohnfläche pro Kopf konstant bleibt, geht bis 2030 die Nachfrage nach Wohnraum in 240 der 402 Landkreise und kreisfreien Städte zurück. Am härtesten trifft diese Entwicklung Regionen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Betroffen wären auch Regionen in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen.

Nach der Studie wird hingegen die **Nachfrage nach Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet bis 2030 ansteigen**.

Für die zukünftige Entwicklung der **Nachfrage nach Wohnraum in den Landkreisen und Städten in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2030** wird bei konstanter Pro-Kopf-Wohnfläche folgende Entwicklung prognostiziert, siehe Tabelle.

Diagramm/Tabelle Nr. 52

Wohnraumnachfrage in Rheinland-Pfalz 2012 - 2030		
Gebietskörperschaft	Wohnflächennachfrage 2012 – 2030 (in %)	Leerstandsquote 2011*) (in %)
Koblenz	-2,9	4,0
Ahrweiler, Landkreis	-4,2	4,8
Altenkirchen (Westerwald), Landkreis	-6,8	4,7
Bad Kreuznach, Landkreis	-3,6	4,5
Birkenfeld, Landkreis	-11,6	6,4
Cochem-Zell, Landkreis	-7,0	6,0
Mayen-Koblenz, Landkreis	-2,8	4,3
Neuwied, Landkreis	-5,8	4,5
Rhein-Hunsrück-Kreis, Landkreis	-6,7	5,1
Rhein-Lahn-Kreis, Landkreis	-8,5	5,5
Westerwaldkreis, Landkreis	-4,4	4,2
Trier	4,5	3,5
Bernkastel-Wittlich, Landkreis	-2,3	5,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm, Landkreis	-0,4	4,7
Vulkaneifel, Landkreis	-4,0	5,0
Trier-Saarburg, Landkreis	8,8	3,8
Frankenthal (Pfalz)	-2,3	3,2
Kaiserslautern	-1,6	5,2
Landau in der Pfalz	8,6	2,8
Ludwigshafen am Rhein	-0,2	4,5
Mainz	2,6	2,2
Neustadt an der Weinstraße	6,2	4,2
Pirmasens	-12,2	9,7
Speyer	2,4	2,1
Worms	4,8	3,7
Zweibrücken	-7,0	6,4
Alzey-Worms, Landkreis	-0,7	4,1
Bad Dürkheim, Landkreis	-1,0	4,3
Donnersbergkreis, Landkreis	-6,3	5,3
Germersheim, Landkreis	1,9	3,0
Kaiserslautern, Landkreis	-4,4	5,1
Kusel, Landkreis	-10,2	6,2
Südliche Weinstraße, Landkreis	-1,9	4,5
Rhein-Pfalz-Kreis, Landkreis	1,4	3,1
Mainz-Bingen, Landkreis	3,3	3,5
Südwestpfalz, Landkreis	-10,3	5,5

*) Zensus 2011

Quelle: Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Entwicklung der Wohnflächennachfrage in Deutschland, Köln, Sept. 2013

Für die zukünftige Entwicklung der **Nachfrage nach Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet bis zum Jahr 2030** wird bei konstanter Pro-Kopf-Wohnfläche folgende Entwicklung prognostiziert:

Diagramm/Tabelle Nr. 53

Wohnraumnachfrage im Rhein-Main-Gebiet 2012 - 2030		
Gebietskörperschaft	Wohnflächennachfrage 2012 – 2030 (in %)	Leerstandsquote 2011*) (in %)
Darmstadt	4,4	2,5
Frankfurt am Main	6,8	2,6
Offenbach am Main	-2,2	3,3
Wiesbaden	4,7	3,1
Groß-Gerau, Landkreis	2,8	3,1
Hochtaunuskreis, Landkreis	-1,1	3,2
Main-Taunus-Kreis, Landkreis	2,7	2,5
Offenbach, Landkreis	-0,8	2,8
Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis	-0,8	4,0

*) Zensus 2011

Quelle: Quelle: Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Entwicklung der Wohnflächennachfrage in Deutschland, Köln, Sept. 2013

4.5 Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen

Der Umfang der vom Menschen stark beeinflussten Flächen **nimmt stetig zu**. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 entfielen nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes auf jeden Rheinland-Pfälzer durchschnittlich 708 Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsflächen. Zum Vergleich: Zum Stichtag 31. Dezember 2012 betrug die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland pro Kopf 586 Quadratmeter. Insgesamt wurden 2012 in Rheinland-Pfalz 2.832 Quadratkilometer oder 14,3 Prozent der Landesfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzt. Im Jahr 2002 war diese Fläche rund 138 Quadratkilometer geringer. Auf jeden Einwohner kamen damals umgerechnet 664 Quadratmeter (Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz vom Juni 2013).

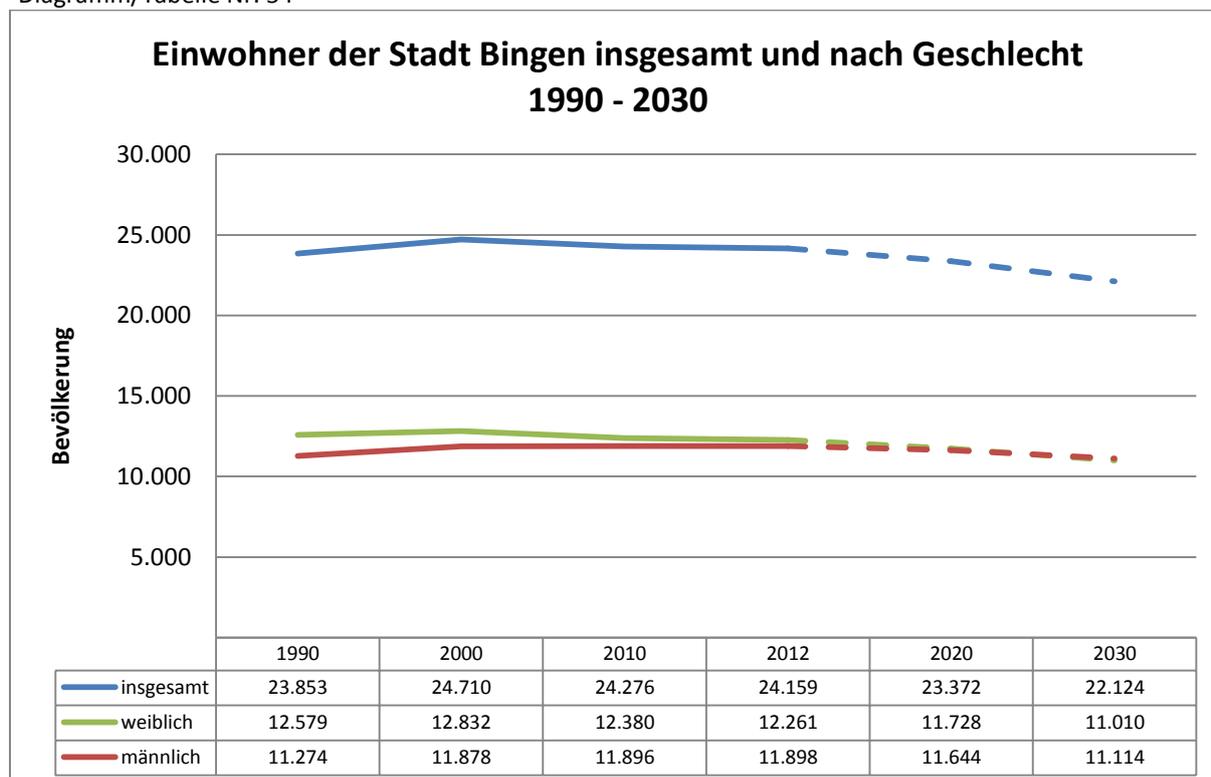
Die Fläche des Landkreises Mainz-Bingen wird lt. Statistischem Landesamt zu 61,6 % landwirtschaftlich genutzt. Der Flächenverbrauch für Industrieansiedlungen und Neubaugebiete ist entlang der Rhein-Schiene oder etwa in der Stadt Nieder-Olm groß und dürfte sicherlich schon in einigen Teilbereichen die Grenzen eines verträglichen Landschaftsverbrauchs überschritten haben. Der Anteil der **Siedlungs- und Verkehrsfläche beträgt im Landkreis Mainz-Bingen 18,6 % und ist höher** als im Durchschnitt der anderen rheinland-pfälzischen Landkreise mit 13,2 %.

In einigen ländlichen Bereichen des Landkreises besteht eventuell aufgrund der demografischen Entwicklung die Möglichkeit, wieder **Flächen aus der intensiven Nutzung herauszunehmen** und eine Renaturierung für die Belange des Naturschutzes und einen naturnahen Tourismus durchzuführen.

5. Einwohnerzahl und Altersstruktur in den Städten Bingen und Ingelheim, den Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen von 1990 bis 2012 und von 2010 (Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung) bis zum Jahr 2030

5.1 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Stadt Bingen 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 54



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 55

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: Stadt Bingen und Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
Stadt Bingen	23.853	24.159	+ 306	+ 1,28	22.124	- 2.035	- 8,40
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	487	+ 0,24

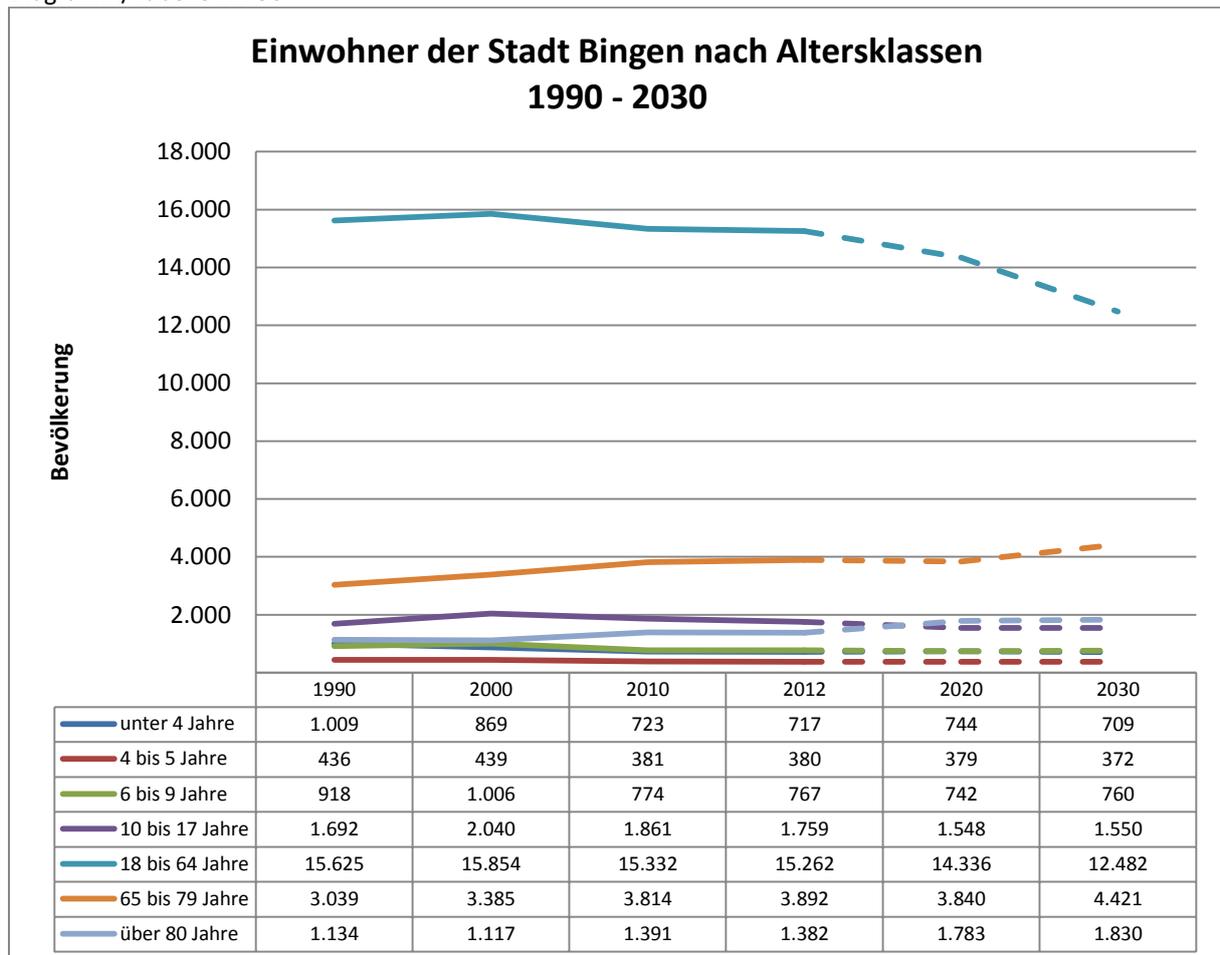
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

➤ **Höchster Bevölkerungsrückgang im Landkreis**

- Während im Landkreis Mainz-Bingen im Jahr **2012** gegenüber dem Jahr 1990 ein Bevölkerungszuwachs von 18,22 % zu verzeichnen war, betrug der Zuwachs der Bevölkerung während dieses Zeitraums in der **Stadt Bingen nur 1,28 %**.

- In der Stadt Bingen wird sich die Bevölkerung bis **2030** gegenüber dem Jahr 2012 um 2.035 Personen verringern (**- 8,4 %**). Dies ist im Vergleich mit der Stadt Ingelheim, den Verbandsgemeinden im Landkreis und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim **prozentual der höchste Bevölkerungsrückgang**. In der Stadt Ingelheim, die den zweithöchsten Bevölkerungsrückgang aufweist, vermindert sich zum Vergleich im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um 6,72 %. Im gesamten Landkreis wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 hingegen noch um 0,24 % und in der VG Bodenheim sogar um 6,53 % zunehmen.

Diagramm/Tabelle Nr. 56



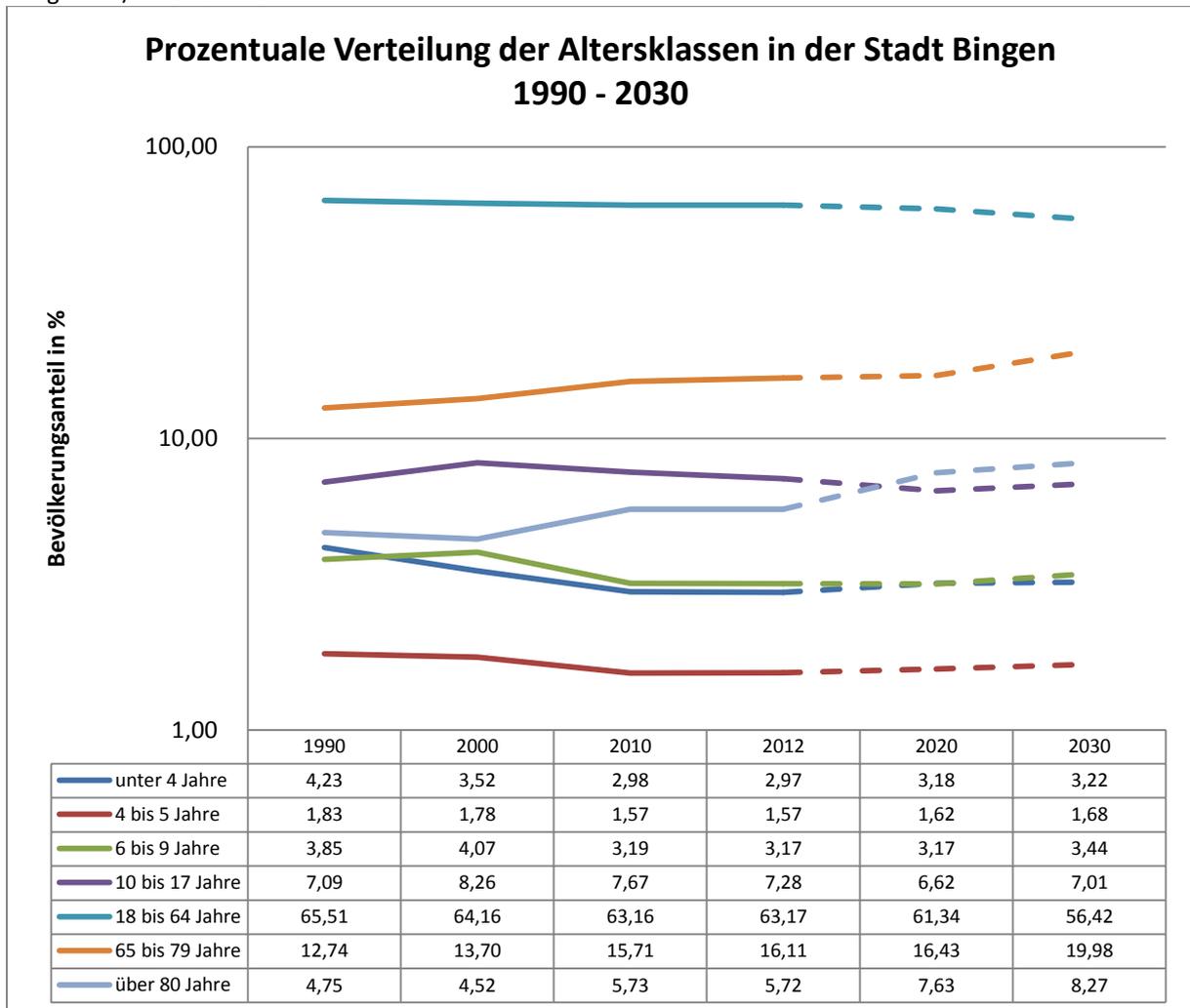
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

➤ **Höchster Rückgang bei der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung im Landkreis (Erwerbsbevölkerung)**

- Die Zahl der **18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) in der Stadt Bingen wird von 2012 bis zum Jahr **2030** um 2.780 Personen auf 12.482 Personen deutlich zurückgehen (**- 18,22 %**). Dies ist im Vergleich zur Stadt Ingelheim, zu den Verbandsgemeinden und zur verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis prozentual und absolut der **höchste Rückgang bei dieser Altersgruppe**. Im Landkreis wird die Zahl der 18 bis 64 Jahre alten Personen bis 2030 um 10,68 % zurückgehen.
- Von 2012 bis zum Jahr **2030** wird die Zahl der **über 80jährigen Bevölkerung** in der Stadt Bingen von 1.382 Personen um 448 Personen auf 1.830 Personen steigen (**+ 32,42 %**). Dies ist prozentual die niedrigste Steigerung bei dieser Altersklasse im Landkreis. Die absolute Zunahme um 448 Personen liegt nach der Stadt Ingelheim (+ 496 Personen) hingegen im Mittelfeld des Landkreises. Der **Anteil der über 80jährigen** Personen an der Gesamtbe-

völkerung liegt im Vergleich zur Stadt Ingelheim, den Verbandsgemeinden im Landkreis und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim mit **8,27 % an zweithöchster Stelle.**

Diagramm/Tabelle Nr. 57



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 58

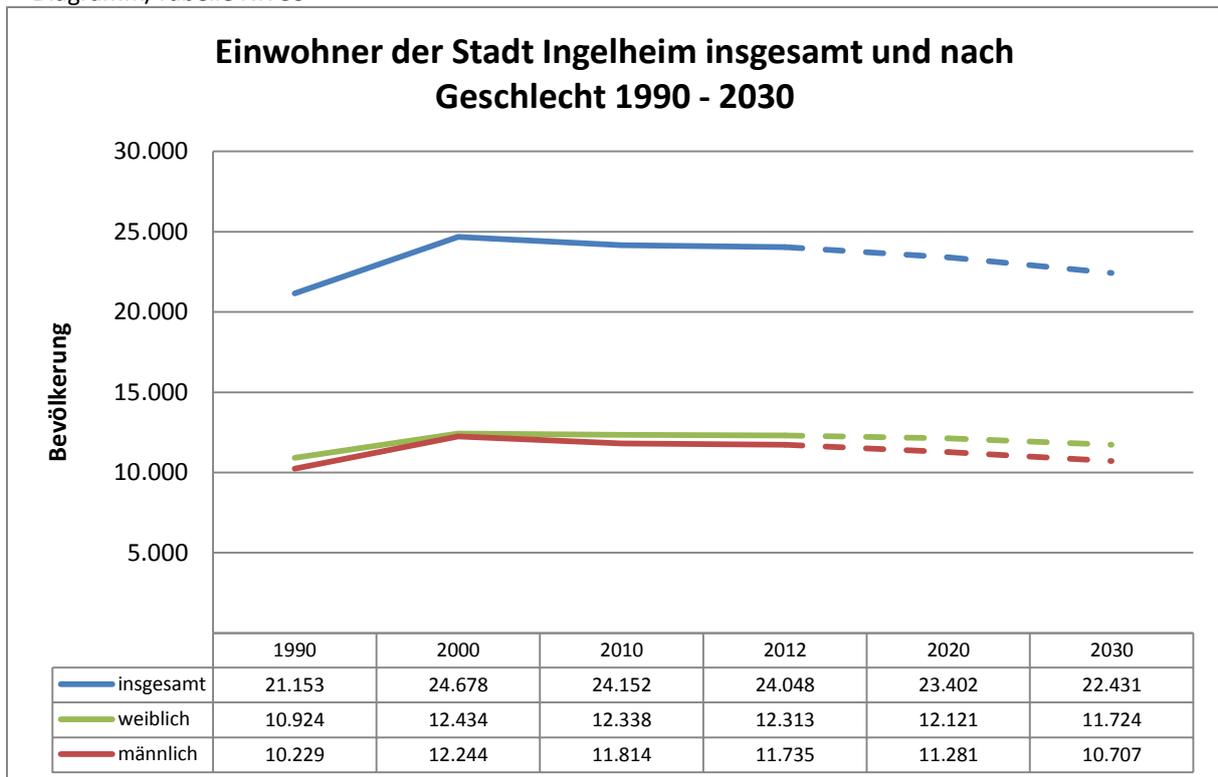
Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Stadt Bingen in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	Bingen	Diff.	Lk	Bingen	Diff.	Lk	Bingen	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,23	-0,34	3,39	2,97	-0,42	3,20	3,22	0,02
4 bis 5 Jahre	2,15	1,83	-0,32	1,81	1,57	-0,24	1,70	1,68	-0,02
6 bis 9 Jahre	4,43	3,85	-0,58	3,74	3,17	-0,57	3,52	3,44	-0,08
10 bis 17 Jahren	8,19	7,09	-1,10	8,53	7,28	-1,25	7,38	7,01	-0,37
18 bis 64 Jahre	67,04	65,51	-1,53	63,65	63,17	-0,48	56,72	56,42	-0,30
65 bis 79 Jahre	10,22	12,74	2,52	14,19	16,11	1,92	19,89	19,98	0,09
über 80 Jahre	3,41	4,75	1,34	4,69	5,72	1,03	7,60	8,27	0,67

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Betrag der Anteil der **Kinder unter 4 Jahren** im Jahr 1990 noch 4,23 % wird dieser in der Stadt Bingen im Jahr 2030 auf **3,22 % zurückgehen**. Im Vergleich hierzu beträgt dieser in der Stadt Ingelheim 3,18 % und im Durchschnitt des Landkreises 3,20 %.
- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** wird in der Stadt Bingen im Jahr **2030 28,25 %** betragen. In 2012 betrug dieser Anteil 21,83 %. In der Stadt Ingelheim liegt dieser Anteil im Jahr 2030 mit 26,76 % etwas niedriger. Im Landkreis beträgt der Anteil im Jahr 2030 27,49 %.

5.2 Einwohnerzahl und Altersstruktur der Stadt Ingelheim 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 59



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 60

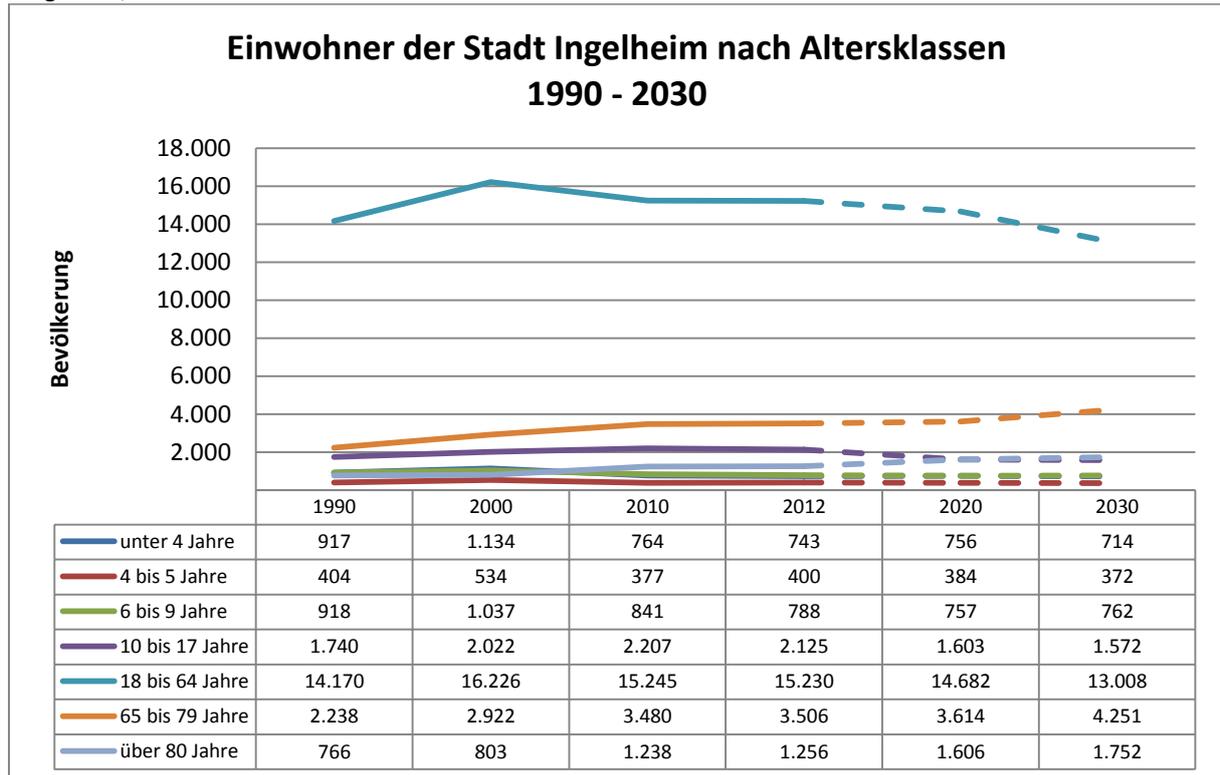
Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: Landkreis Mainz-Bingen und Stadt Ingelheim							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
Ingelheim	21.153	24.048	+ 2.895	+ 13,69	22.431	- 1.617	- 6,72
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

➤ **Zweithöchster Bevölkerungsrückgang im Landkreis**

- Die Zahl der Einwohner der Stadt Ingelheim wird von 2012 bis **2030 um 6,72 % zurückgehen**. Dies ist im Landkreis nach der Stadt Bingen (- 8,40 %) **prozentual der zweithöchste Bevölkerungsrückgang**. Im Landkreis ist hingegen noch ein Zuwachs von 0,24 % zu verzeichnen. In der VG Heidesheim wird es zum Vergleich im gleichen Zeitraum noch eine Bevölkerungszunahme um 4,16 % geben.

Diagramm/Tabelle Nr. 61

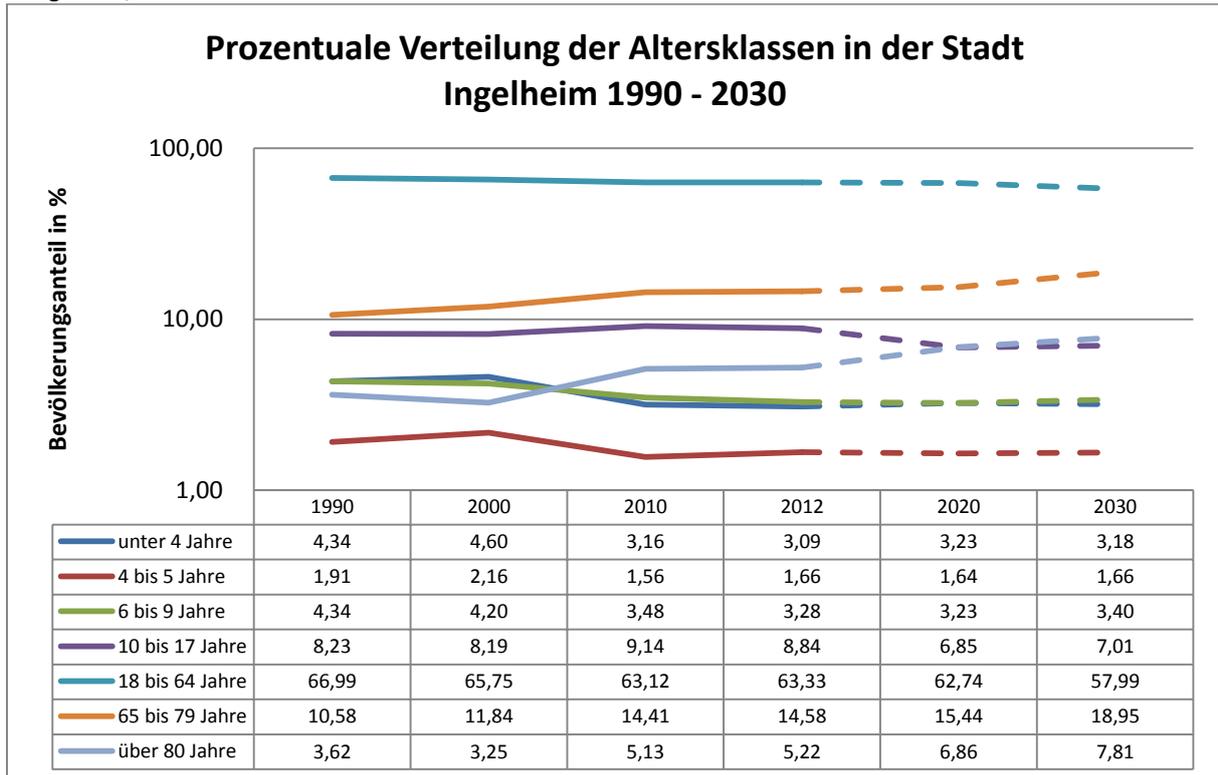


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

➤ **Starker Rückgang der Zahl der 18 bis 64 Jahren alten Einwohner (Erwerbspersonen)**

- Die Zahl der **18 bis 64 Jahre alten Personen** (Erwerbsbevölkerung) wird in der Stadt Ingelheim von 15.230 Personen im Jahr 2012 um 2.222 Personen auf 13.008 Personen im Jahr 2030 zurückgehen (**- 14,59 %**). Dies ist nach der Stadt Bingen prozentual und absolut der **zweithöchste Rückgang** der Anzahl der Personen in dieser Altersklasse im Landkreis.
- Bis zum Jahr 2030 wird die **über 80jährige Bevölkerung** Ingelheims von 1.256 Personen im Jahr 2012 um 496 Personen auf 1.752 Personen zunehmen (**+ 39,49 %**). Dies ist prozentual eine niedrigere Zunahme als im Landkreis (+ 62,50 %). Allerdings liegt der **Anteil** der 80jährigen und älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Ingelheims mit **7,81 % an dritthöchster Stelle** im Landkreis. Den höchsten Anteil hat mit 8,77 % die Verbandsgemeinde Nieder-Olm.

Diagramm/Tabelle Nr. 62



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Der **Anteil der Kinder unter 4 Jahren** an der Gesamtbevölkerung betrug im Jahr 1990 in der Stadt Ingelheim 4,34 %. Im Jahr **2030 beträgt dieser Anteil 3,18 %**.
- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** der Stadt Ingelheim beträgt im Jahr 2012 19,80 % und wird im Jahr **2030 auf 26,76 %** betragen. In der Stadt Bingen beträgt dieser Anteil 28,25 %. Im Landkreis ist der Anteil im Jahr 2030 27,49 %.

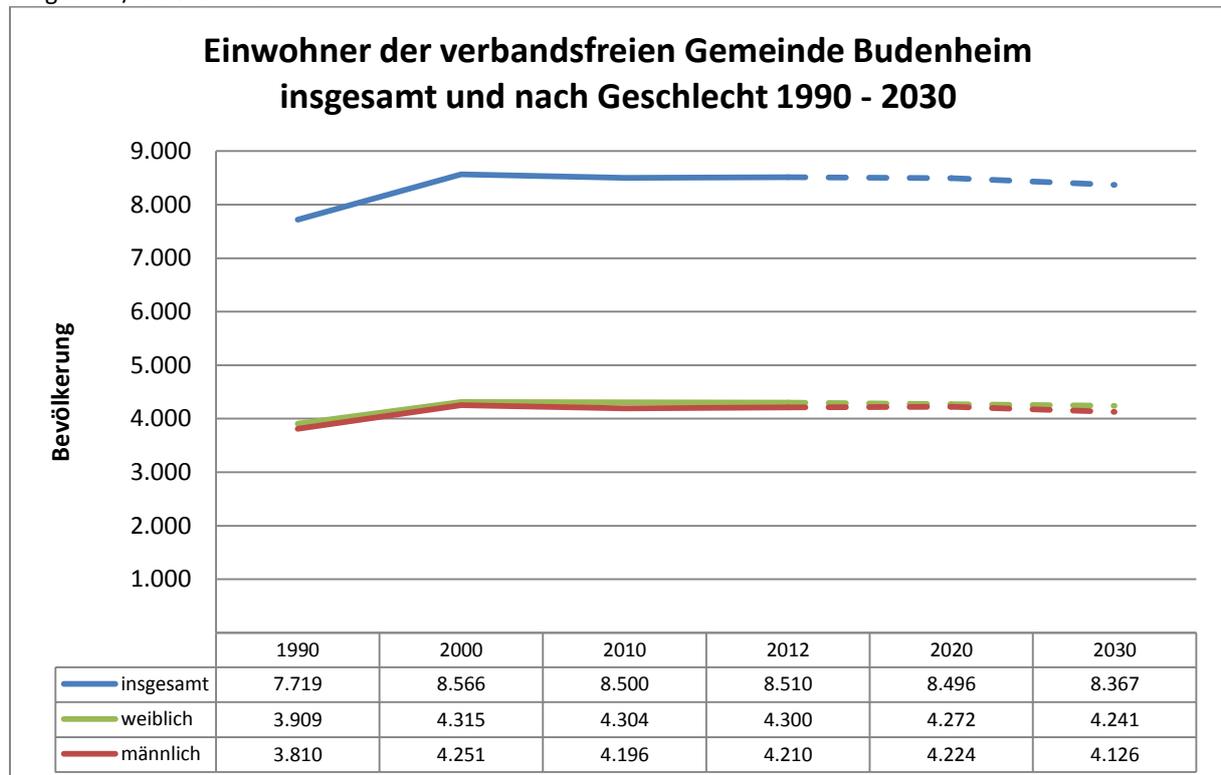
Diagramm/Tabelle Nr. 63

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Stadt Ingelheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	Ingelh.		Lk	Ingelh.	Diff.	Lk	Ingelh.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,34	-0,23	3,39	3,09	-0,30	3,20	3,18	-0,02
4 bis 5 Jahre	2,15	1,91	-0,24	1,81	1,66	-0,15	1,70	1,66	-0,04
6 bis 9 Jahre	4,43	4,34	-0,09	3,74	3,28	-0,46	3,52	3,40	-0,12
10 bis 17 Jahren	8,19	8,23	0,04	8,53	8,84	0,31	7,38	7,01	-0,37
18 bis 64 Jahre	67,04	66,99	-0,05	63,65	63,33	-0,32	56,72	57,99	1,27
65 bis 79 Jahre	10,22	10,58	0,36	14,19	14,58	0,39	19,89	18,95	-0,94
über 80 Jahre	3,41	3,62	0,21	4,69	5,22	0,53	7,60	7,81	0,21

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

5.3 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 64



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

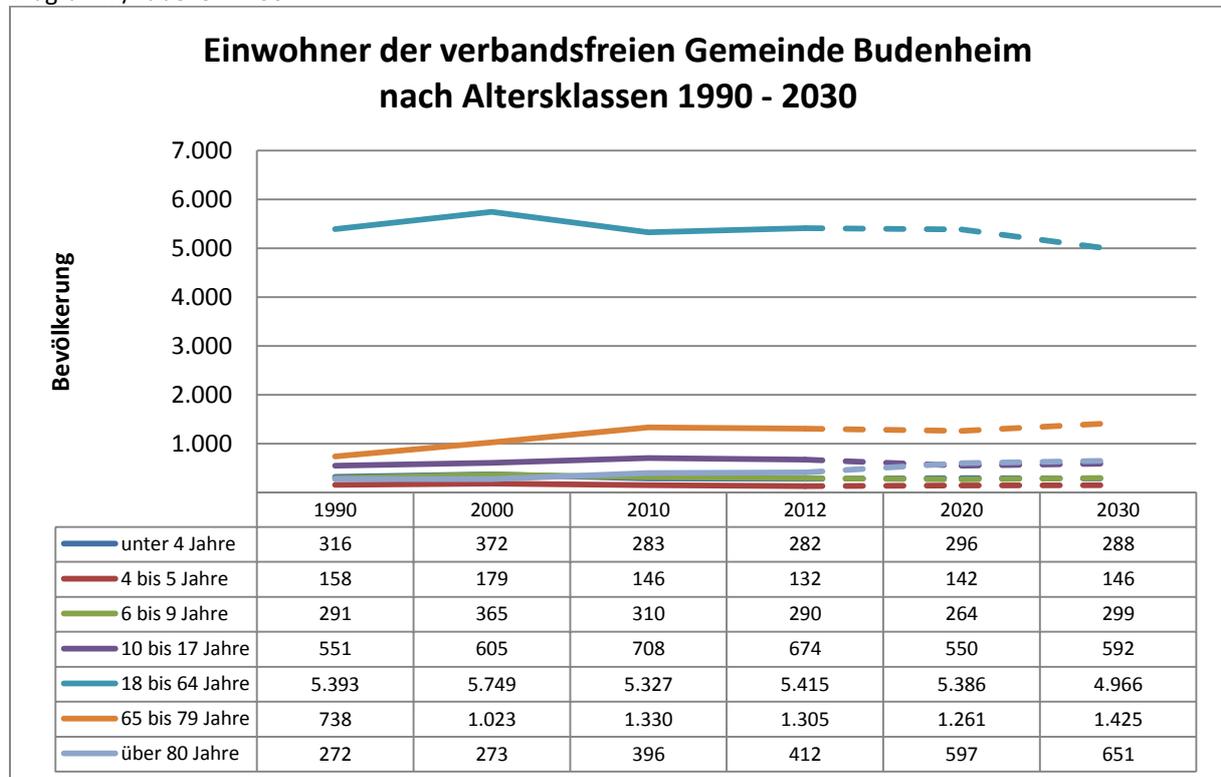
Diagramm/Tabelle Nr. 65

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: Verbandsfreie Gemeinde Budenheim/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
Budenheim	7.719	8.510	+ 791	+ 10,25	8.367	- 143	- 1,68
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die Zahl der Einwohner in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim wird im Jahr **2030 um 1,68 % geringer als im Jahr 2012** sein. Im Landkreis gibt es bis zum Jahr 2030 hingegen noch eine geringe Zunahme der Bevölkerung um 0,24 %.

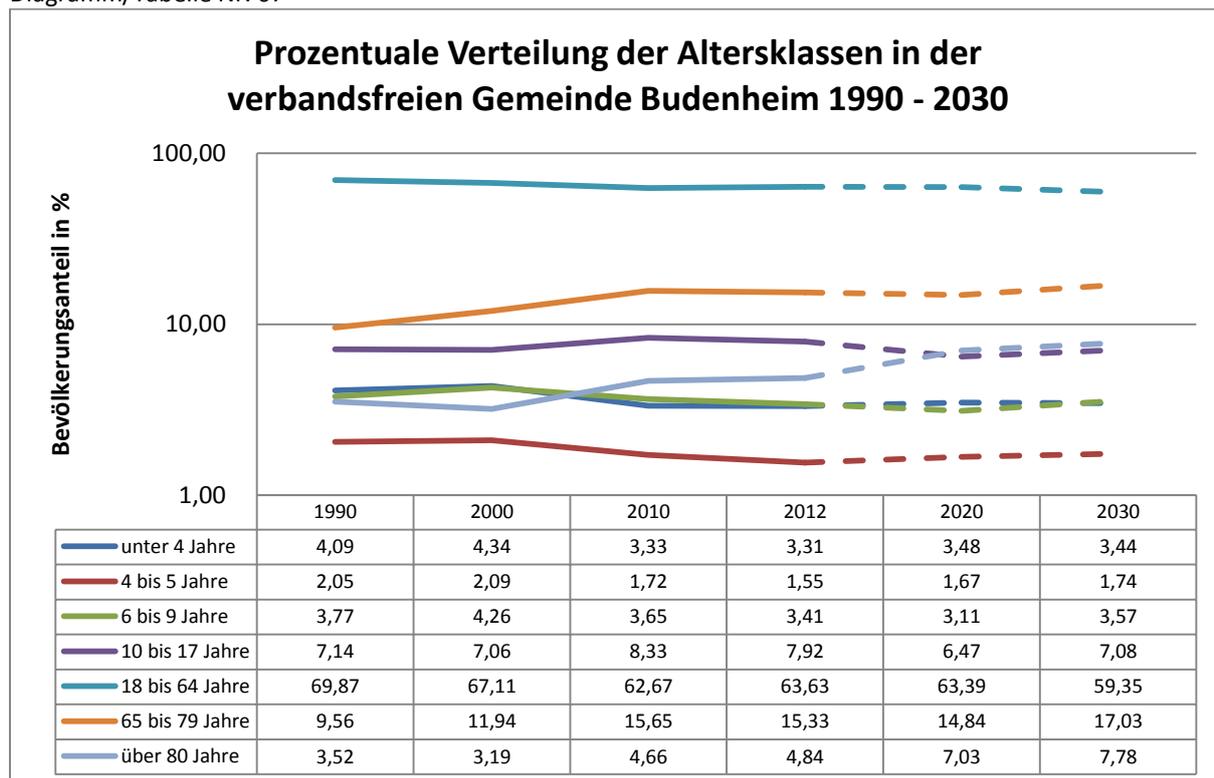
Diagramm/Tabelle Nr. 66



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Zahl der **Kinder unter 6 Jahren** bleibt im Jahr 2030 gegenüber 2012 weitgehend unverändert.
- Die Zahl der **über 80jährigen Personen** steigt von 2012 bis 2030 um 239 Personen. Dies ist eine **Steigerung um 58,01 %** (Landkreis: + 62,50 %).

Diagramm/Tabelle Nr. 67



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 68

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/verbandfreie Gemeinde Budenheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)

Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	Budenh.	Diff.	Lk	Budenh.	Diff.	Lk	Budenh.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,09	-0,48	3,39	3,31	-0,08	3,20	3,44	0,24
4 bis 5 Jahre	2,15	2,05	-0,10	1,81	1,55	-0,26	1,70	1,74	0,04
6 bis 9 Jahre	4,43	3,77	-0,66	3,74	3,41	-0,33	3,52	3,57	0,05
10 bis 17 Jahren	8,19	7,14	-1,05	8,53	7,92	-0,61	7,38	7,08	-0,30
18 bis 64 Jahre	67,04	69,87	2,83	63,65	63,63	-0,02	56,72	59,35	2,63
65 bis 79 Jahre	10,22	9,56	-0,66	14,19	15,33	1,14	19,89	17,03	-2,86
über 80 Jahre	3,41	3,52	0,11	4,69	4,84	0,15	7,60	7,78	0,18

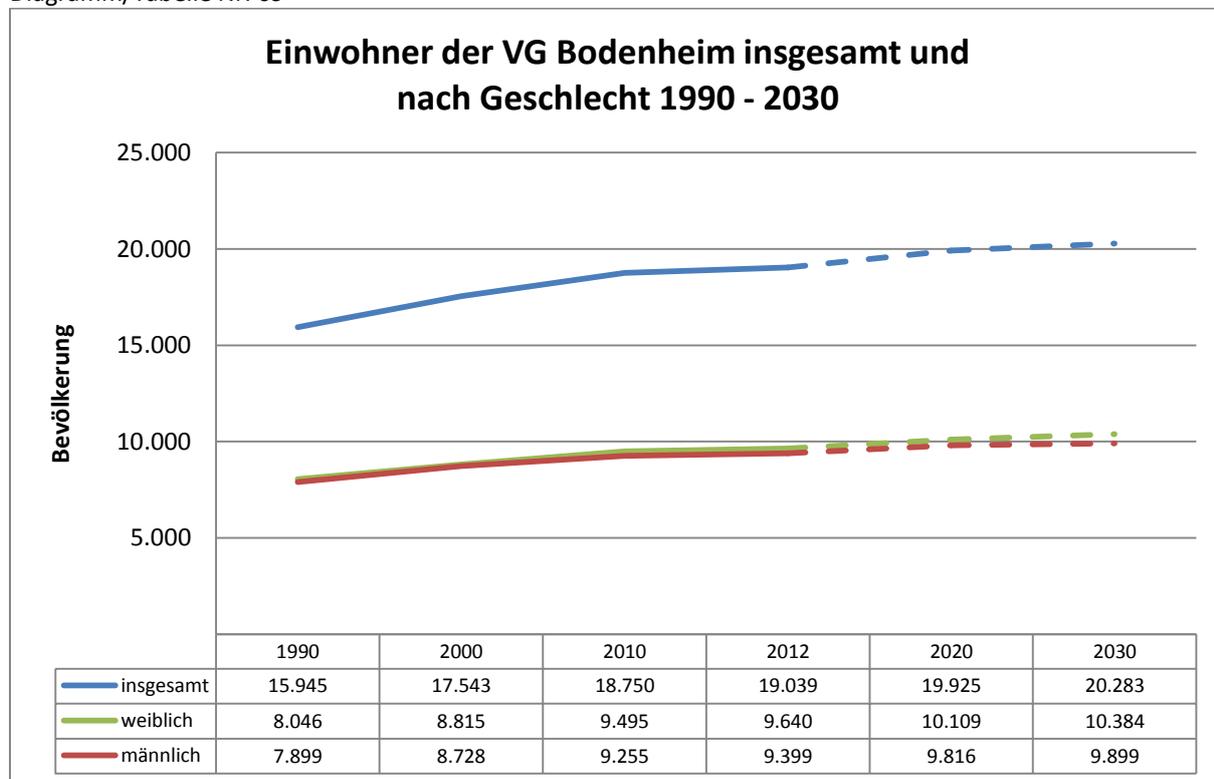
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2011 und eigene Berechnungen

- Der **Anteil der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) beträgt im Jahr 2030 in Budenheim **59,35 %**. **Dieser Anteil ist höher als im Landkreis** (56,72 %).
- Der **Anteil der über 65 Jahre und älteren** Bevölkerung beträgt in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Jahr **2030 24,81 %** und im Landkreis 27,49 %. In der Stadt Ingelheim wird der Anteil der über 65 Jahre und älteren Bevölkerung im Jahr 2030 zum Vergleich 26,76 % betragen.

- Der **Anteil der über 80jährigen** Bevölkerung wird mit **7,78 %** geringfügig über dem Anteil dieser Altersgruppe im Landkreis liegen.

5.4 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Bodenheim 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 69



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 70

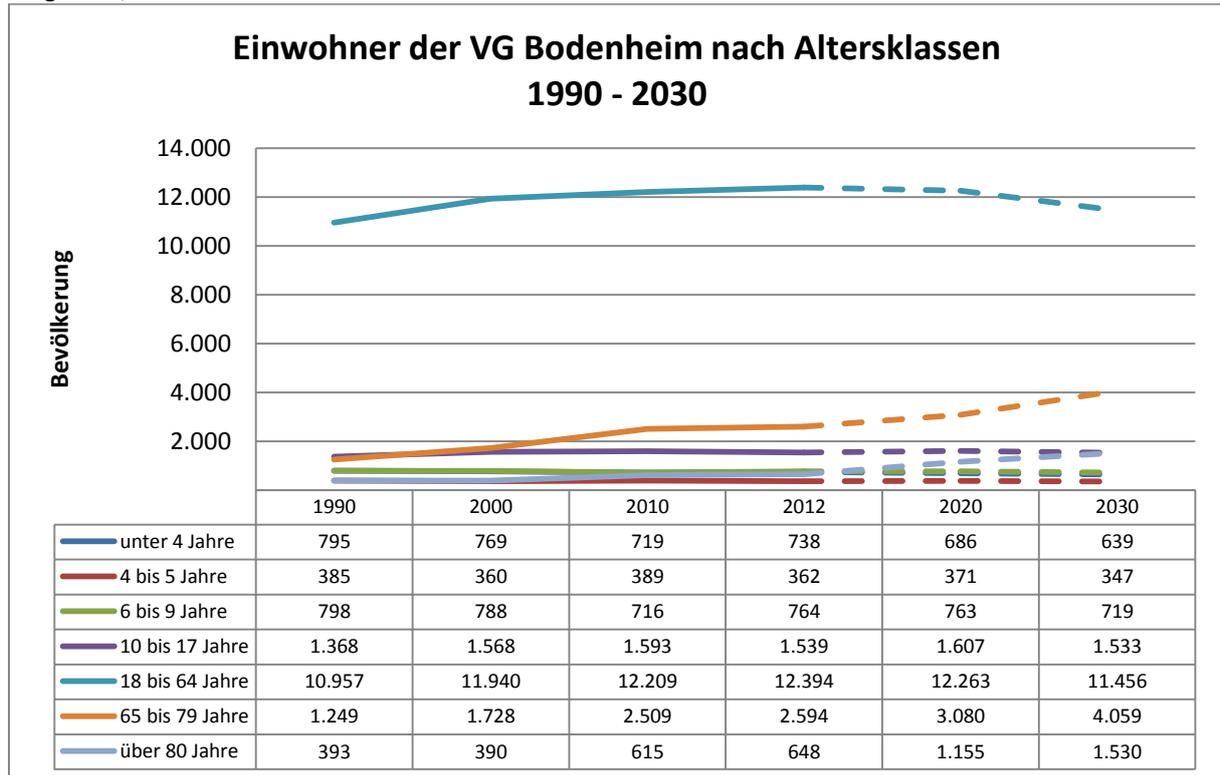
Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Bodenheim/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Bodenheim	15.945	19.039	+ 3.094	+ 19,4	20.283	+ 1.244	+ 6,53
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

➤ **Höchster Bevölkerungszuwachs bis 2030 im Landkreis**

- Die Verbandsgemeinde Bodenheim wird im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden im Landkreis und zur verbandsfreien Gemeinde Budenheim bis zum Jahr 2030 noch einen **deutlichen Bevölkerungszuwachs von 6,53 %** haben. Dies ist der **höchste Bevölkerungszuwachs** im Landkreis. Im Durchschnitt des Landkreises beträgt der Zuwachs lediglich 0,24 %.

Diagramm/Tabelle Nr. 71

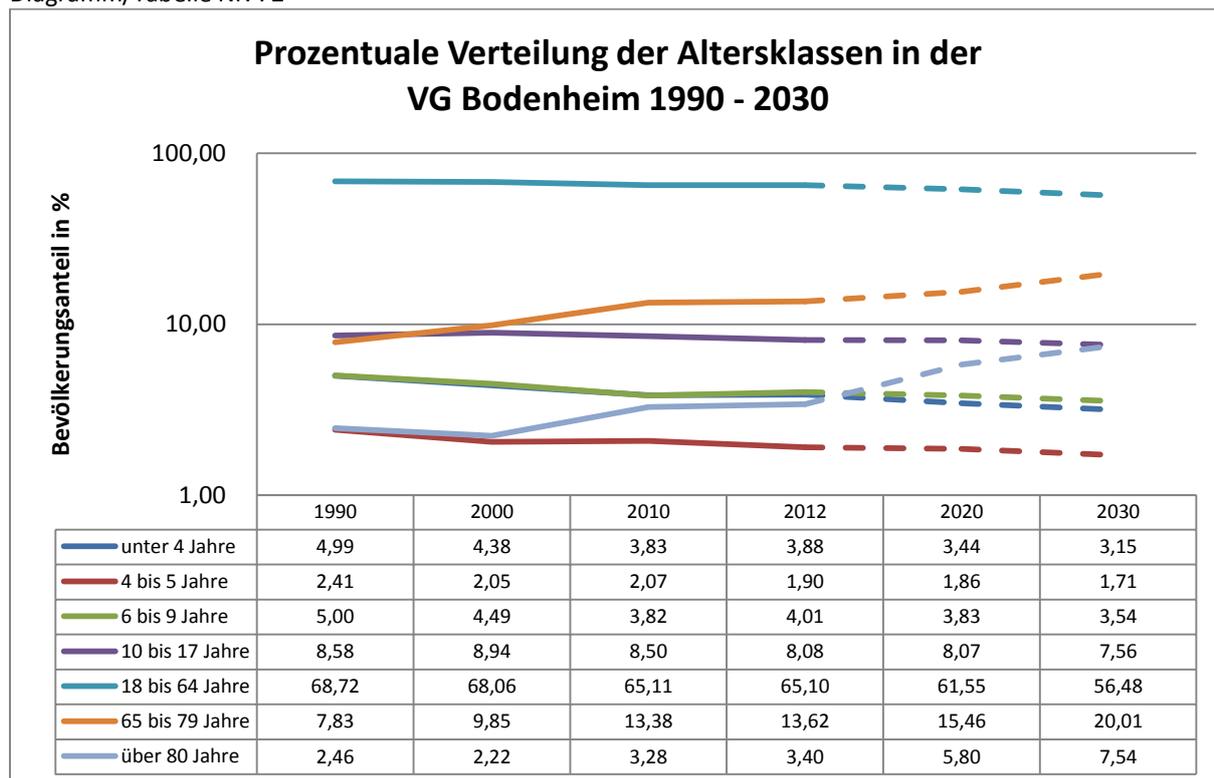


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

➤ **Prozentual die höchste Zunahme an über 80jährigen Personen im Landkreis**

- Die über **65 Jahre und ältere Bevölkerung** hat vom Jahr 2012 (3.242 Personen) bis 2030 eine Zunahme um 2.347 Personen auf 5.589 Personen. Dies ist eine **deutliche Steigerung um 72,39 %**.
- Bei der Altersklasse der **über 80jährigen Bewohner** hat die VG Bodenheim im Vergleich zu Bingen, Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis mit **136,11 % die höchste Zunahme**. Bei der absoluten Zunahme der Personen in dieser Altersgruppe nimmt die VG Bodenheim mit einer Steigerung von 882 über 80jährigen Personen nach der VG Nieder-Olm und der VG Nierstein-Oppenheim Platz drei ein. Der Anteil der über 80jährigen an der Gesamtbevölkerung liegt mit 7,54 % nur gering unterhalb des Wertes für den Landkreis (7,60 %).

Diagramm/Tabelle Nr. 72



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- *Die Altersstruktur der Bevölkerung in der VG Bodenheim wird sich im Jahr 2030 deutlich von der im Jahr 2012 unterscheiden.*

Diagramm/Tabelle Nr. 73

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Bodenheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG Bod.	Diff.	Lk	VG Bod.	Diff.	Lk	VG Bod.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,99	0,42	3,39	3,88	0,49	3,20	3,15	-0,05
4 bis 5 Jahre	2,15	2,41	0,26	1,81	1,90	0,09	1,70	1,71	0,01
6 bis 9 Jahre	4,43	5,00	0,57	3,74	4,01	0,27	3,52	3,54	0,02
10 bis 17 Jahren	8,19	8,58	0,39	8,53	8,08	-0,45	7,38	7,56	0,18
18 bis 64 Jahre	67,04	68,72	1,68	63,65	65,10	1,45	56,72	56,48	-0,06
65 bis 79 Jahre	10,22	7,83	-2,39	14,19	13,62	-0,57	19,89	20,01	0,12
über 80 Jahre	3,41	2,46	-0,95	4,69	3,40	-1,29	7,60	7,54	-0,06

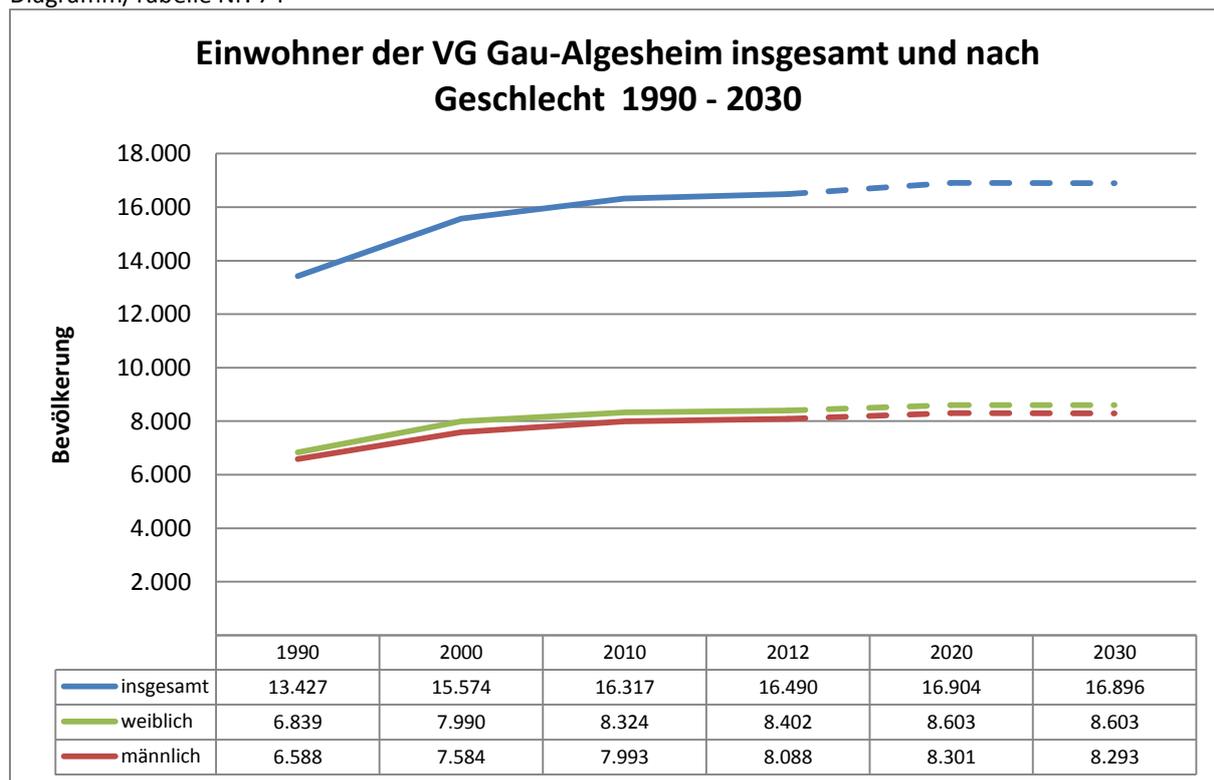
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Der **Anteil der Kinder unter 6 Jahren** wird von 7,40 % im Jahr 1990 auf 5,78 % im Jahr 2012 zurückgehen und wird im Jahr **2030 nur noch 4,86 %** betragen. Im Landkreis wird dieser Anteil im Jahr 2030 auf 4,90 % zurückgegangen sein.

- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren** Bevölkerung beträgt im Jahr 2012 17,02 % und wird im Jahr **2030 auf 27,55 %** gestiegen sein (Landkreis: 27,49 %).
- Der **Anteil der über 80jährigen Bevölkerung** steigt von 3,40 % in 2012 auf **7,54 % in 2030**.

5.5 Einwohnerzahl und Altersstruktur der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 74



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

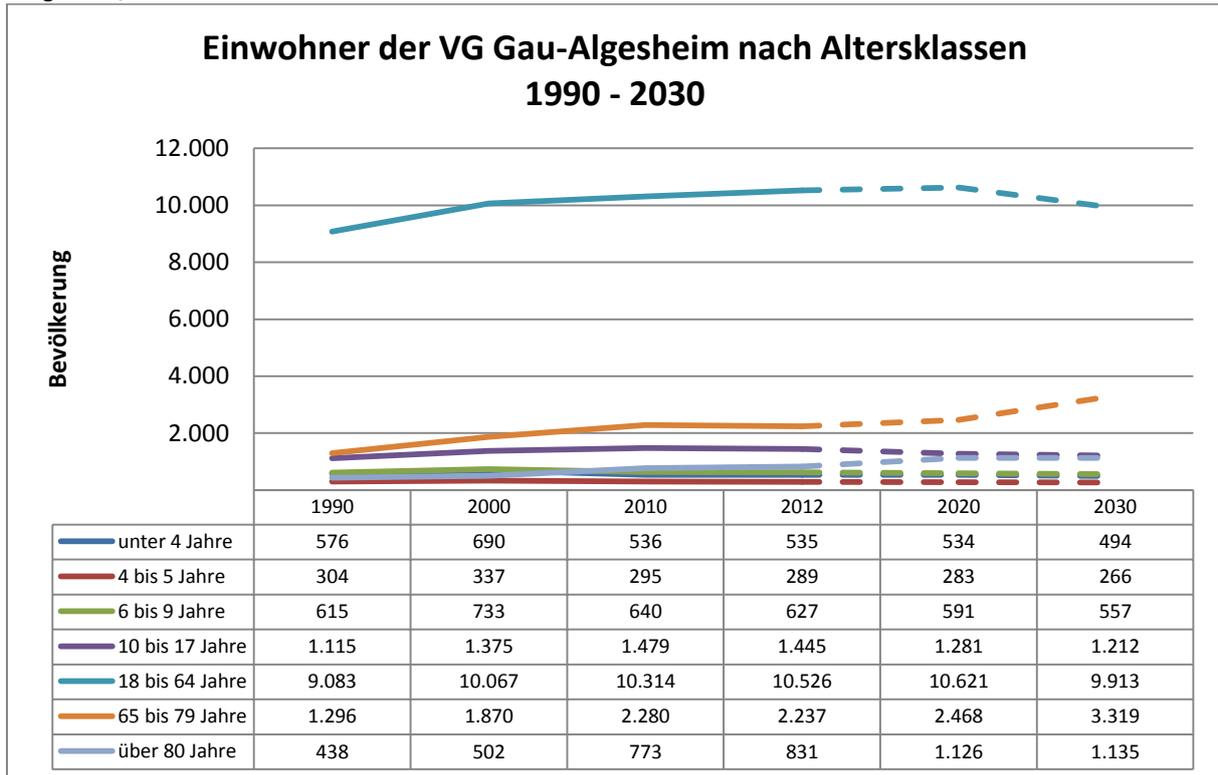
Diagramm/Tabelle Nr. 75

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Gau-Algesheim/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Gau-Alg.	13.427	16.490	+ 2.982	+ 22,21	16.896	+ 406	+ 2,46
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Der **Zuwachs** der Zahl der Einwohner in der VG Gau-Algesheim bis zum Jahr 2030 beträgt **2,46 %**. Die Zunahme der Einwohner im Landkreises 0,24 %.

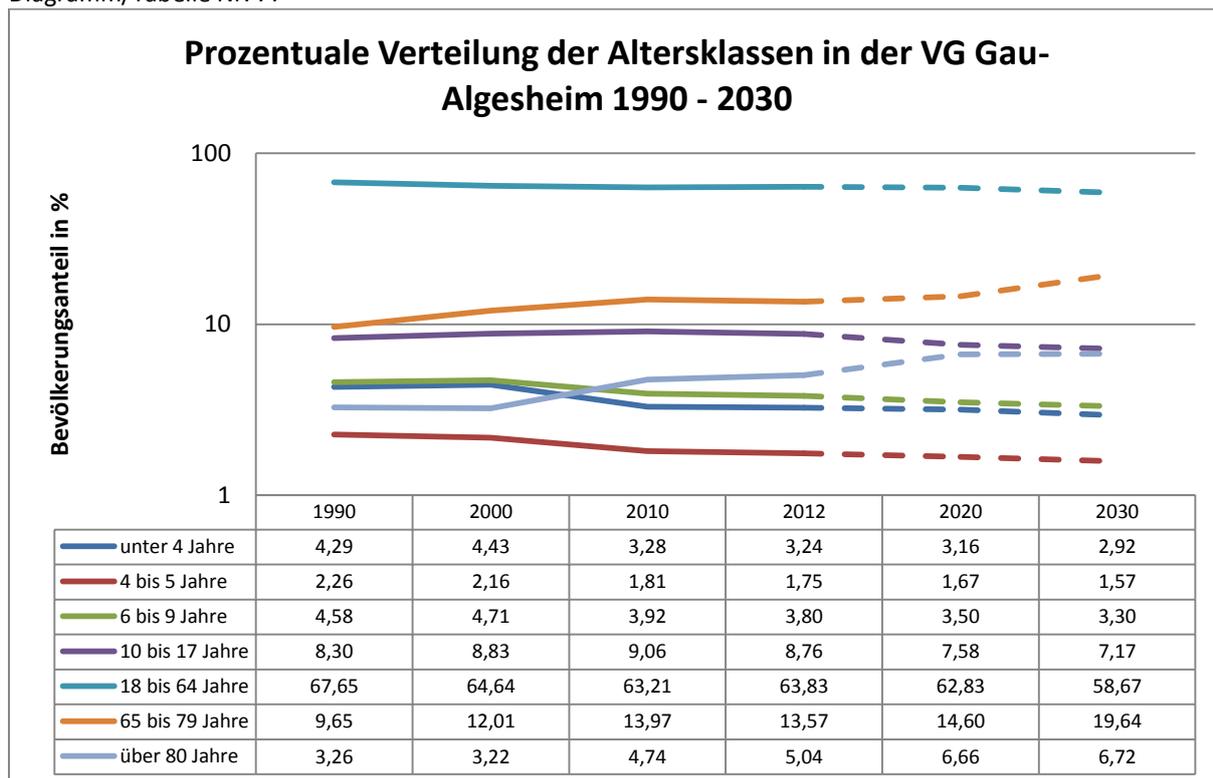
Diagramm/Tabelle Nr. 76



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Abnahme der Zahl der **18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) bis zum Jahr 2030 liegt im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden im Landkreis und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim **mit - 7,88 % im unteren Drittel**. Der Rückgang dieser Altersklasse beträgt im Durchschnitt des Landkreises 10,68 %.
- Die über **65 Jahre und ältere Bevölkerung** wird von 3.068 Personen im Jahr 2012 auf 4.454 Personen im **Jahr 2030** zunehmen. Dies ist eine Zunahme um 1.386 Personen **(+ 45,18 %)**.
- Die **über 80jährige Bevölkerung** der VG Gau-Algesheim wird von 831 Personen im Jahr 2012 um 304 Personen auf 1.135 Personen im Jahr 2030 oder um **36,58 % anwachsen**. Die Zunahme im Landkreis beträgt 62,50 % und ist somit deutlich höher.

Diagramm/Tabelle Nr. 77



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 78

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Gau-Algesheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)

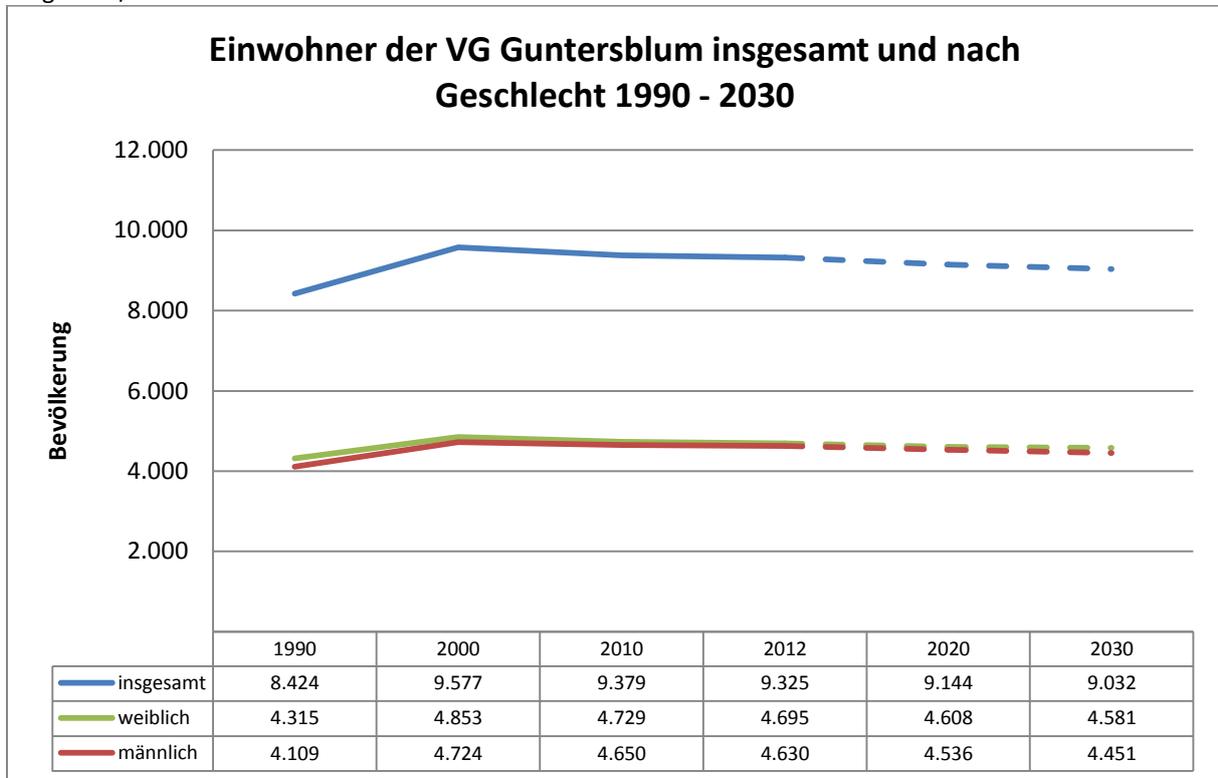
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG Gau-A.	Diff.	Lk	VG Gau-A.	Diff.	Lk	VG Gau-A.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,29	-0,28	3,39	3,24	-0,15	3,20	2,92	-0,28
4 bis 5 Jahre	2,15	2,26	0,11	1,81	1,75	-0,06	1,70	1,57	-0,13
6 bis 9 Jahre	4,43	4,58	0,15	3,74	3,80	0,06	3,52	3,30	-0,22
10 bis 17 Jahren	8,19	8,30	0,11	8,53	8,76	0,23	7,38	7,17	-0,21
18 bis 64 Jahre	67,04	67,65	0,61	63,65	63,83	0,18	56,72	58,67	1,95
65 bis 79 Jahre	10,22	9,65	-0,57	14,19	13,57	-0,62	19,89	19,64	0,25
über 80 Jahre	3,41	3,26	-0,15	4,69	5,04	0,35	7,60	6,72	-0,88

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Bei der Verteilung der Altersklassen besteht gegenüber der Verteilung der entsprechenden Altersklassen im Landkreis nur ein geringer Unterschied.

5.6 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Guntersblum 1990 - 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 79



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

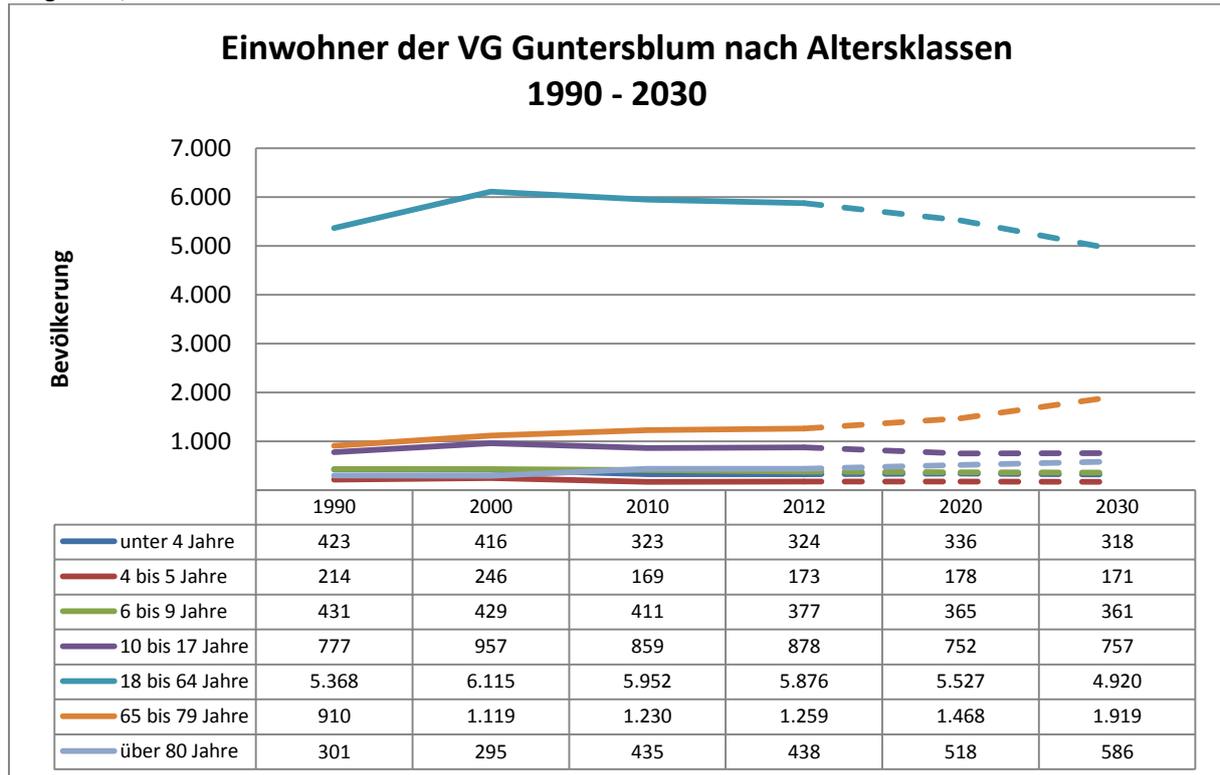
Diagramm/Tabelle Nr. 80

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Guntersblum/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Guntersbl.	8.424	9.325	+ 901	+ 10,70	9.032	- 293	- 3,14
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die Verbandsgemeinde Guntersblum hat von 2012 bis zum Jahr 2030 mit einem **Rückgang der Bevölkerung von 3,14 %** zu rechnen. Dies ist nach der Stadt Ingelheim, der Stadt Bingen und der VG Rhein-Nahe der **vierthöchste Bevölkerungsrückgang** im Landkreis. Der Landkreis hat hingegen noch einen Bevölkerungszuwachs von 0,24 %.

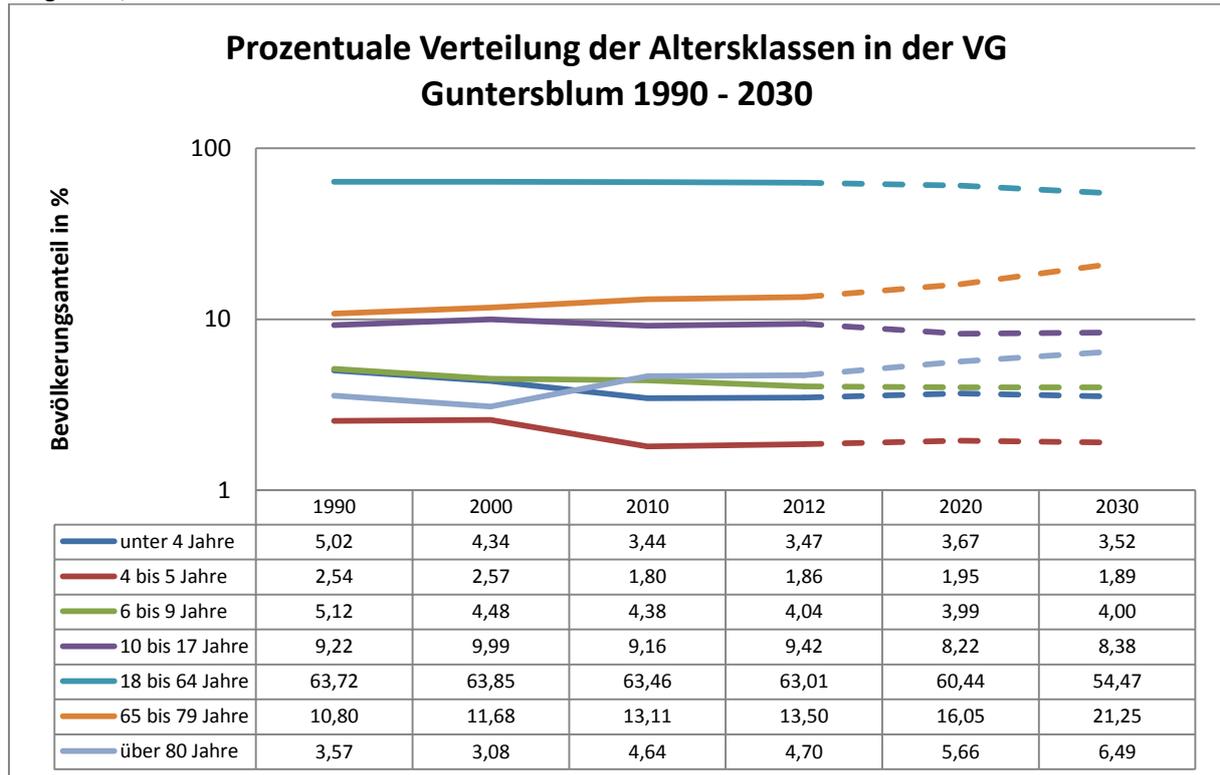
Diagramm/Tabelle Nr. 81



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Anzahl der Personen in der Altersklasse von **18 bis 64 Jahre** wird in der Verbandsgemeinde Guntersblum von 5.876 Personen im Jahr 2012 auf 4.920 Personen im Jahr 2030 zurückgehen. Dies ist eine Verringerung um 956 Personen (- 16,27 %). Prozentual ist dies nach der Stadt Bingen und der VG Rhein-Nahe der **dritthöchste Bevölkerungsrückgang** in dieser Altersklasse im Landkreis.
- Die Anzahl der **über 80jährigen Personen** wird von 438 Personen in 2012 um 148 Personen auf 586 Personen im Jahr 2030 ansteigen (+ 33,79 %). Dies ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim prozentual die **drittniedrigste Steigerung** der Anzahl der Personen in dieser Altersgruppe. Bei dem Anteil der über 80jährigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wird die VG Guntersblum mit einem **Anteil von 6,49 % den niedrigsten Wert aufweisen**.

Diagramm/Tabelle Nr. 82



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Der Anteil der **Kinder bis 5 Jahre** beträgt im Jahr 2030 **5,41 %**. Dies ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim der **höchste Wert**.
- Der Anteil der **18 bis 64 Jahre alten Einwohner** verringert sich von 63,01 % im Jahr 2012 auf **54,47 % im Jahr 2030**. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe wird im Landkreis auf 56,72% zurückgehen.
- Die **65 Jahre und ältere Bevölkerung** in der Verbandsgemeinde Guntersblum hatte im Jahr 2012 einen Anteil von 18,2 %. Dieser wird im Jahr 2030 auf **27,74 %** steigen (Landkreis: 27,49 %).

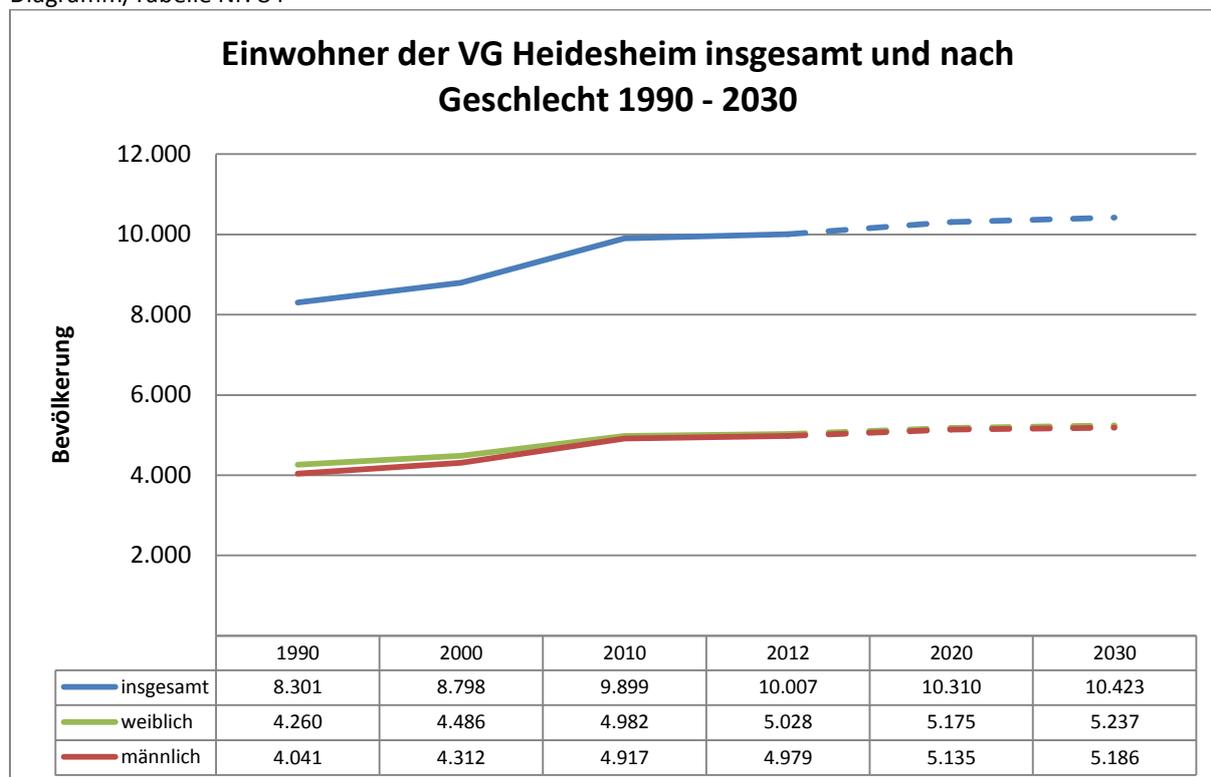
Diagramm/Tabelle Nr. 83

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Guntersblum in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG Gunt.	Diff.	Lk	VG Gunt.	Diff.	Lk	VG Gunt.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	5,02	0,45	3,39	3,47	0,08	3,20	3,52	0,32
4 bis 5 Jahre	2,15	2,54	0,39	1,81	1,86	0,05	1,70	1,89	0,19
6 bis 9 Jahre	4,43	5,12	0,69	3,74	4,04	0,30	3,52	4,00	0,48
10 bis 17 Jahren	8,19	9,22	1,03	8,53	9,42	0,89	7,38	8,38	1,00
18 bis 64 Jahre	67,04	63,72	-3,32	63,65	63,01	-0,64	56,72	54,47	-2,25
65 bis 79 Jahre	10,22	10,80	0,58	14,19	13,50	-0,69	19,89	21,25	1,36
über 80 Jahre	3,41	3,57	0,16	4,69	4,70	0,01	7,60	6,49	-1,11

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

5.7 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Heidesheim 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 84



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 85

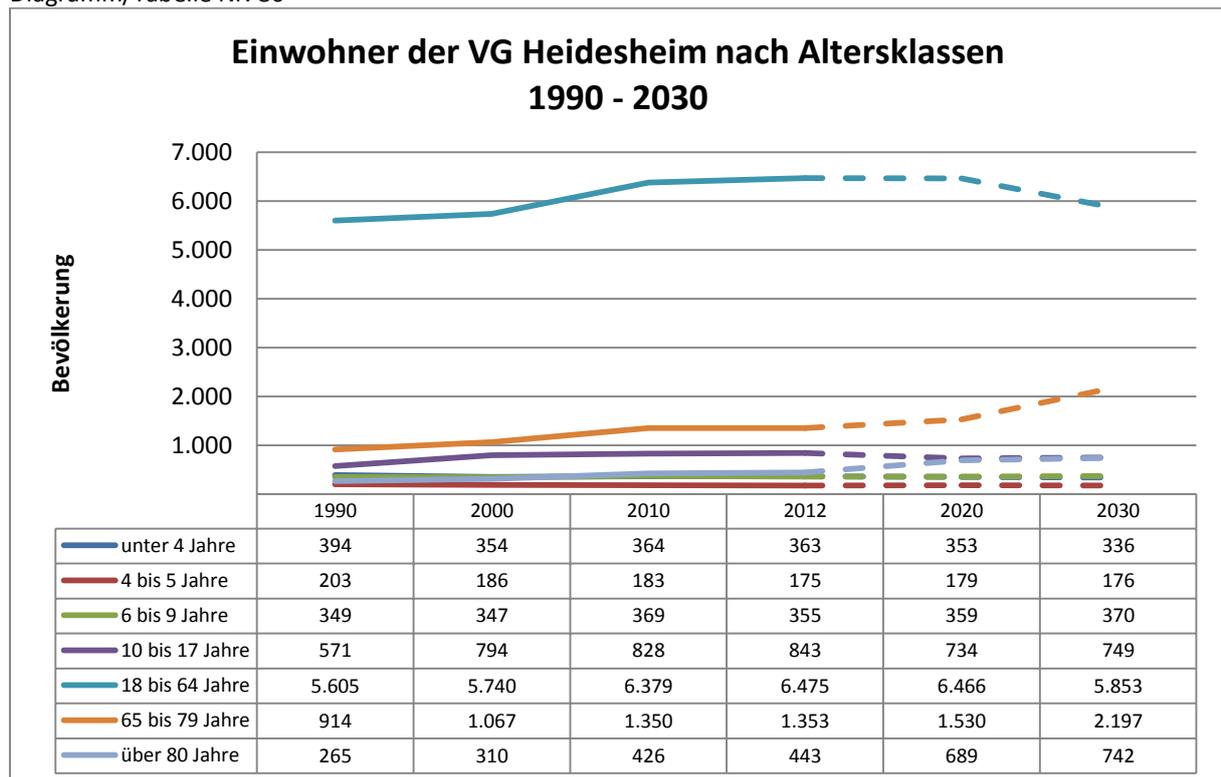
Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Heidesheim/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Heidesh.	8.301	10.007	+ 1.706	+ 20,55	10.423	+ 416	+ 4,16
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

➤ **Dritthöchster Bevölkerungszuwachs im Landkreis**

- Die Verbandsgemeinde Heidesheim wird von 2012 bis 2030 einen **Bevölkerungszuwachs von 4,16 %** haben. Im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim ist dies der **dritthöchste Bevölkerungszuwachs**.

Diagramm/Tabelle Nr. 86

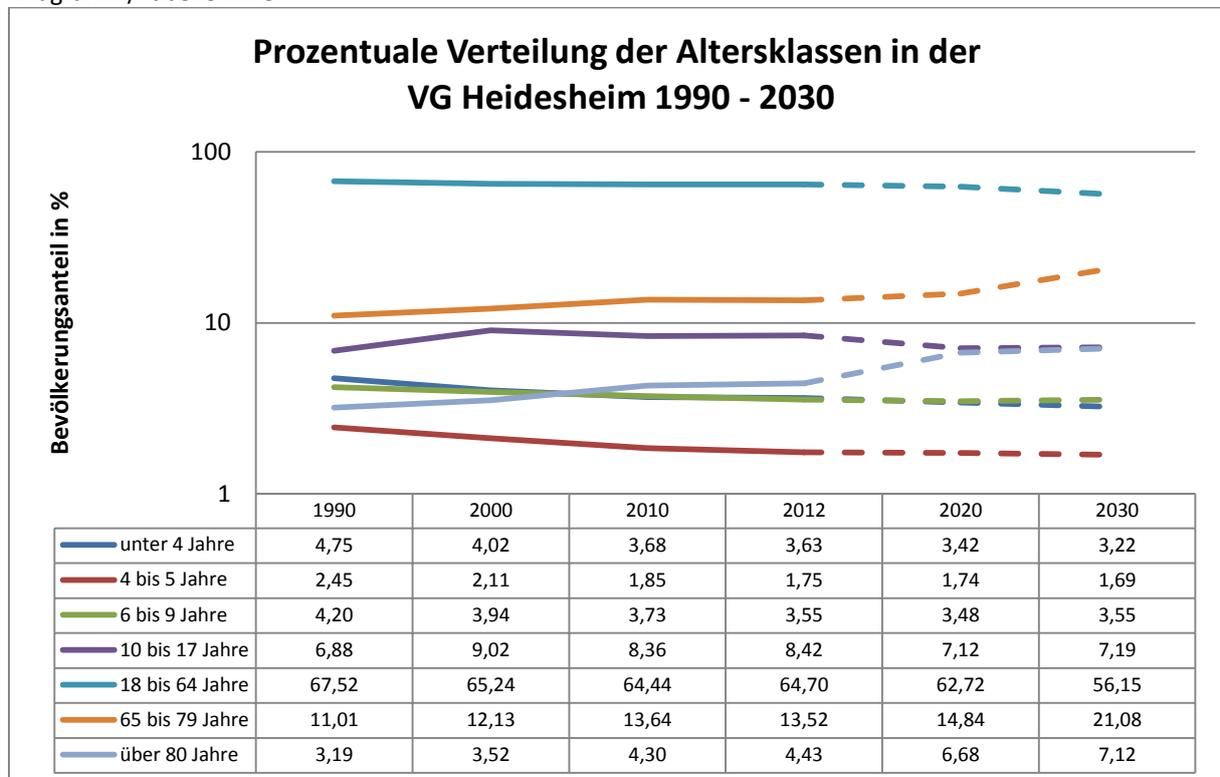


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Anzahl der **Kinder unter 6 Jahren** wird sich im Jahr 2030 (512 Kinder) gegenüber 2012 (538 Kinder) um 26 Kinder verringern (**- 4,83 %**).
- Die Bevölkerungsgruppe der **18- bis 64jährigen** Personen wird von 6.475 Personen im Jahr 2012 um 622 Personen auf 5.853 Personen im Jahr 2030 zurückgehen (**- 9,61 %**). Der Rückgang im Landkreis beträgt 10,68 %.

- Die Altersklasse der **über 80jährigen** Bevölkerung wird von 443 Personen im Jahr 2012 um 299 Personen auf 742 Personen im Jahr 2030 zunehmen (+ 67,49 %). Die Steigerung im Landkreis beträgt 62,50 %.

Diagramm/Tabelle Nr. 87



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** wird sich von 17,95 % im Jahr 2012 auf **28,2 % im Jahr 2030 steigern** und geringfügig über dem entsprechenden Wert für den Landkreis (27,49 %) liegen.

Diagramm/Tabelle Nr. 88

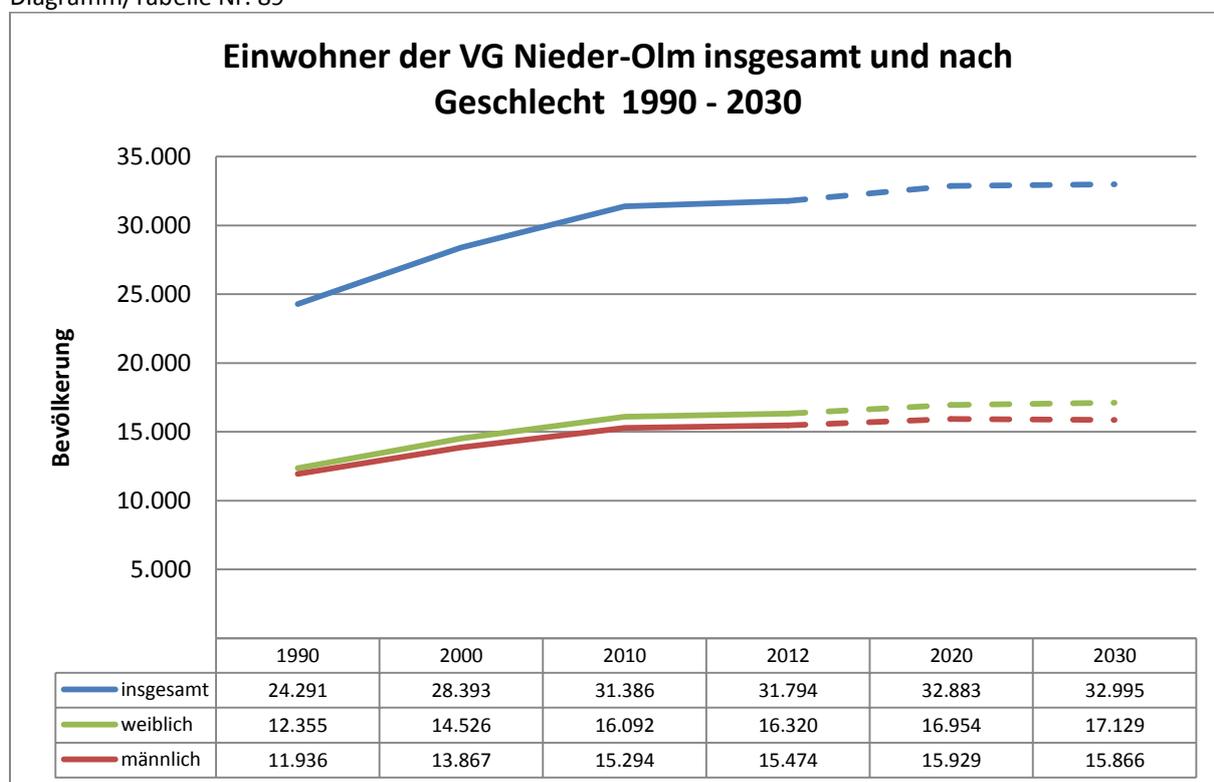
Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Heidesheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG Heidesh.	Diff.	Lk	VG Heidesh.	Diff.	Lk	VG Heidesh.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,75	0,18	3,39	3,63	0,24	3,20	3,22	0,02
4 bis 5 Jahre	2,15	2,45	0,30	1,81	1,75	-0,06	1,70	1,69	-0,01
6 bis 9 Jahre	4,43	4,20	-0,23	3,74	3,55	-0,19	3,52	3,55	0,03
10 bis 17 Jahren	8,19	6,88	-1,31	8,53	8,42	-0,11	7,38	7,19	-0,19
18 bis 64 Jahre	67,04	67,52	0,48	63,65	64,70	1,05	56,72	56,15	-0,57
65 bis 79 Jahre	10,22	11,01	0,79	14,19	13,52	-0,67	19,89	21,08	1,19
über 80 Jahre	3,41	3,19	-0,22	4,69	4,43	-0,26	7,60	7,12	-0,48

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die Anteile der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung der Verbandsgemeinde Heidesheim im Jahr 2030 unterscheiden sich nur geringfügig von den Anteilen der entsprechenden Altersklassen im Landkreis.

5.8 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm 1990 – 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 89



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

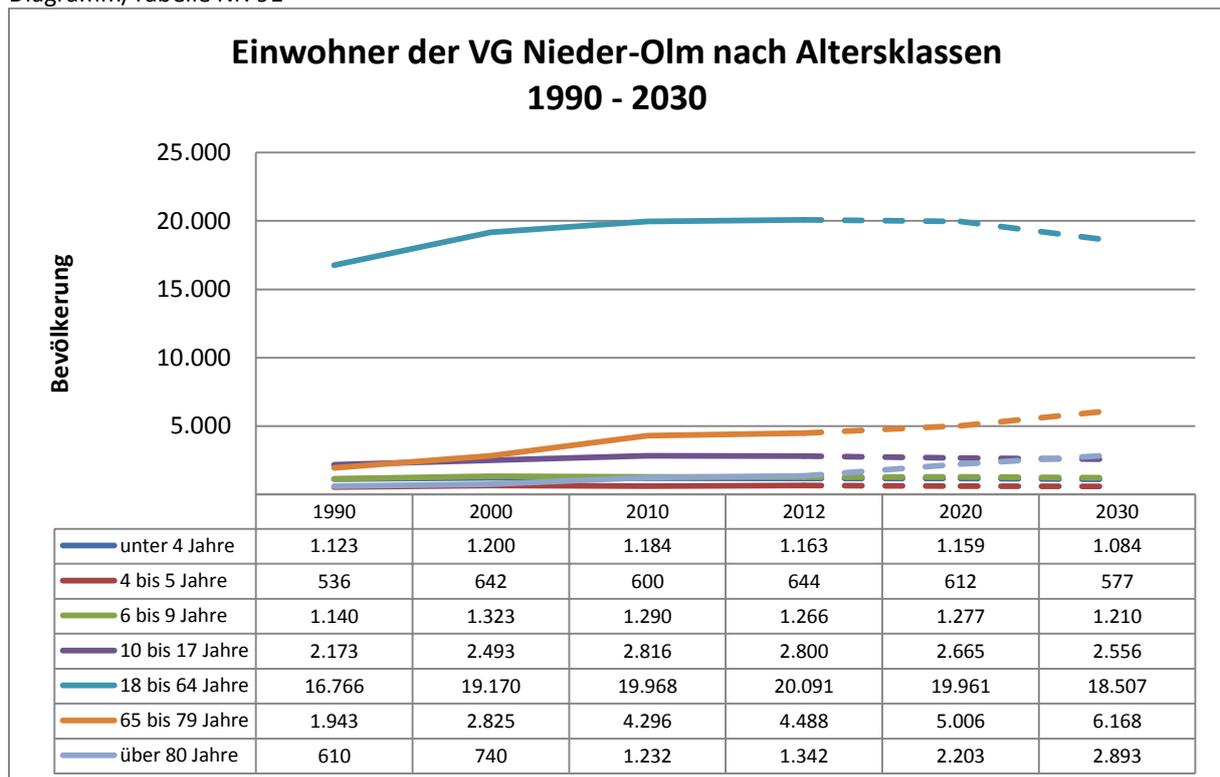
Diagramm/Tabelle Nr. 90

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Nieder-Olm/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Nieder-O.	24.291	31.794	+ 7.503	+ 30,89	32.995	+ 1.201	+ 3,77
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- In der VG Nieder-Olm wird die Einwohnerzahl von 31.794 Einwohnern im Jahr 2012 um 1.201 Personen auf 32.995 Einwohner im Jahr 2030 steigen. Mit einer **Zunahme von 3,78 %** ist diese Steigerung prozentual höher als die Bevölkerungszunahme im Landkreis (+ 0,24 %). Allerdings wird sich in der VG Nieder-Olm die **Altersstruktur** bis zum Jahr 2030 deutlich verändern.

Diagramm/Tabelle Nr. 91



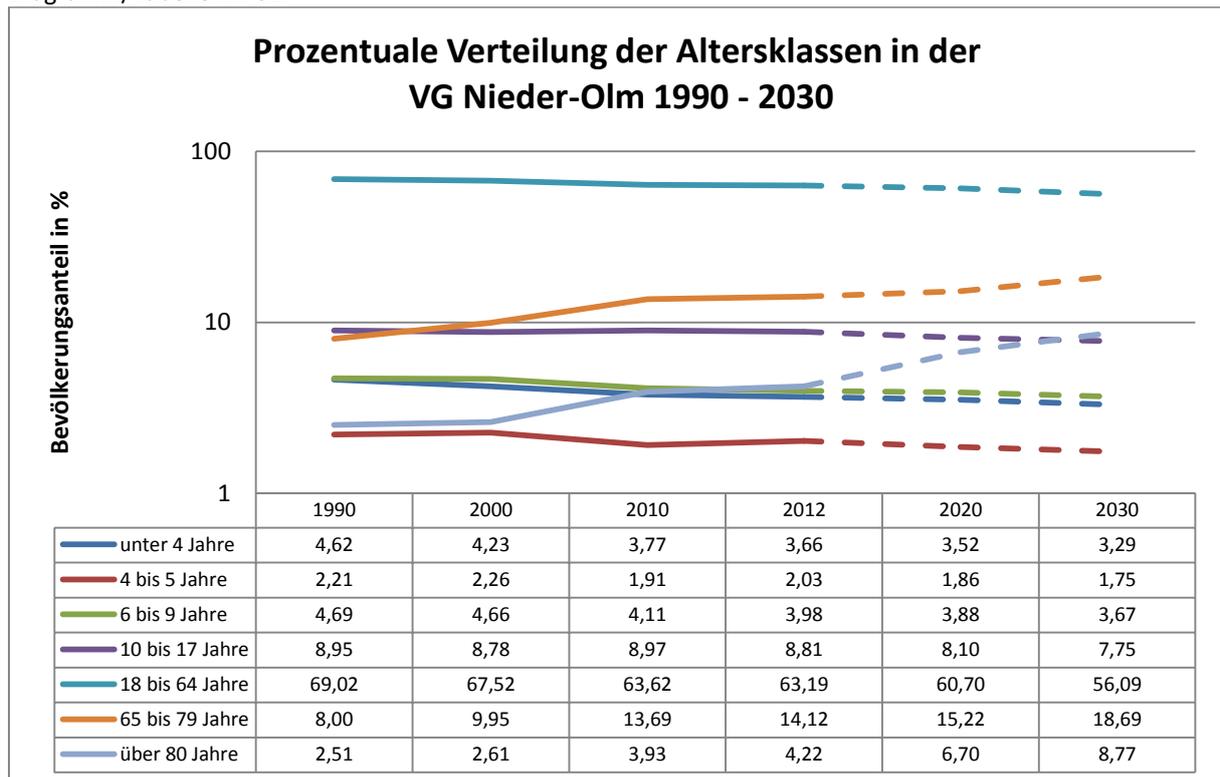
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Altersklasse der **18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) ist von 16.766 Personen im Jahr 1990 bis zum Jahr 2012 auf 20.091 Personen gewachsen. Von 2012 bis zum Jahr **2030** wird hingegen die Anzahl der Personen in dieser Altersgruppe um 1.584 Personen auf 18.507 Personen zurückgehen (**- 7,88 %**). Im Landkreis beträgt der Rückgang dieser Bevölkerungsgruppe 10,68 %.
- Die **65 Jahre und ältere** Bevölkerung wird von 5830 Personen im Jahr 2012 um 3.231 Personen auf 9061 Personen im Jahr **2030** wachsen (**+ 55,42 %**).

➤ **Höchste absolute Zunahme bei der über achtzigjährigen Bevölkerung im Landkreis**

- Bei der **über achtzigjährigen Bevölkerung** ist von 1.342 Personen im Jahr 2012 eine deutliche Steigerung um 1.551 Personen auf 2.893 Personen im Jahr **2030** zu verzeichnen (**+ 115,57 %**). Dies ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim **die zweithöchste prozentuale Steigerung**. Die **absolute Zunahme** der Anzahl der Personen in dieser Bevölkerungsgruppe um 1.551 Personen ist die **höchste im Landkreis**.

Diagramm/Tabelle Nr. 92



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- **Der Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** wird im Jahr 2012 18,34 % und im Jahr **2030 27,46 %** betragen.

Diagramm/Tabelle Nr. 93

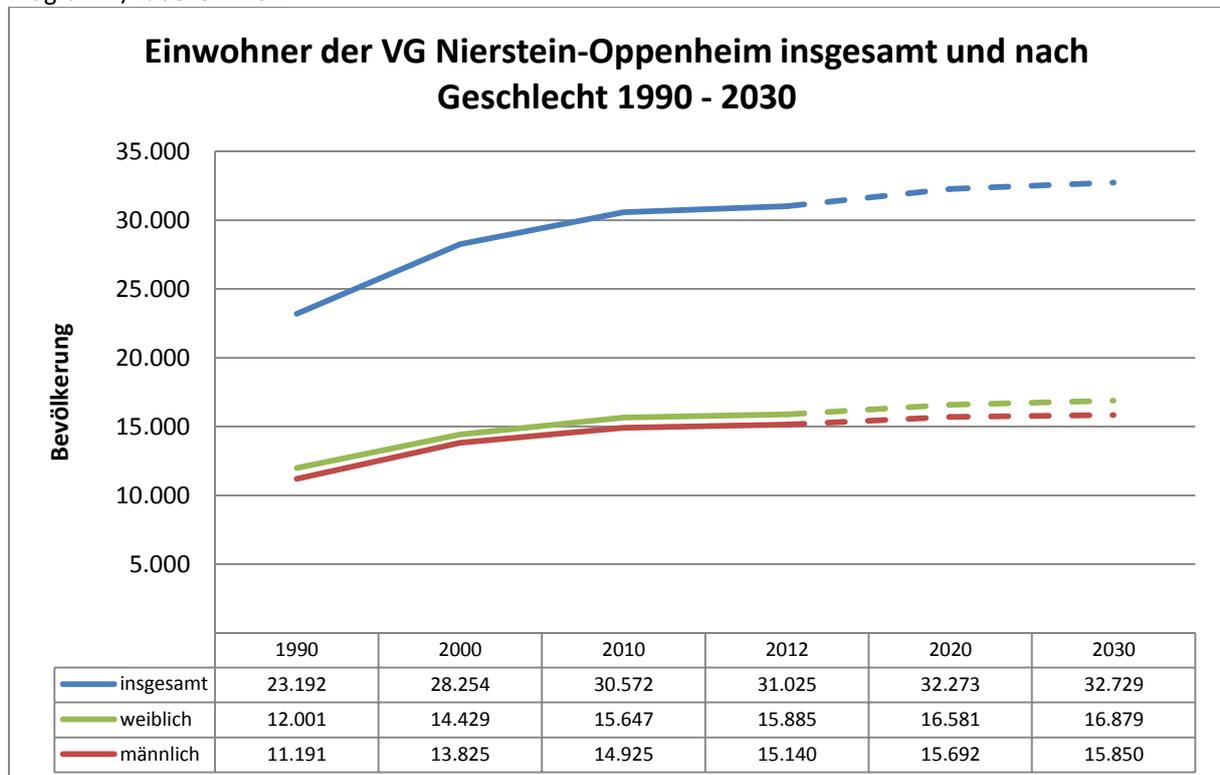
Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Nieder-Olm in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG N.-O.	Diff.	Lk	VG N.-O.	Diff.	Lk	VG N.-O.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,62	0,05	3,39	3,66	0,27	3,20	3,29	0,09
4 bis 5 Jahre	2,15	2,21	0,06	1,81	2,03	0,22	1,70	1,75	0,05
6 bis 9 Jahre	4,43	4,69	0,26	3,74	3,98	0,24	3,52	3,67	0,15
10 bis 17 Jahren	8,19	8,95	0,76	8,53	8,81	0,28	7,38	7,75	0,37
18 bis 64 Jahre	67,04	69,02	1,98	63,65	63,19	-0,46	56,72	56,09	-0,63
65 bis 79 Jahre	10,22	8,00	-2,22	14,19	14,12	-0,07	19,89	18,69	-1,20
über 80 Jahre	3,41	2,51	-0,90	4,69	4,22	-0,47	7,60	8,77	-1,17

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2011 und eigene Berechnungen

- Bei der prozentualen Verteilung der Altersklassen in der VG Nieder-Olm bestehen im Vergleich zur prozentualen Verteilung der entsprechenden Altersklassen im Landkreis keine wesentlichen Unterschiede.

5.9 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 1990 - 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 94



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

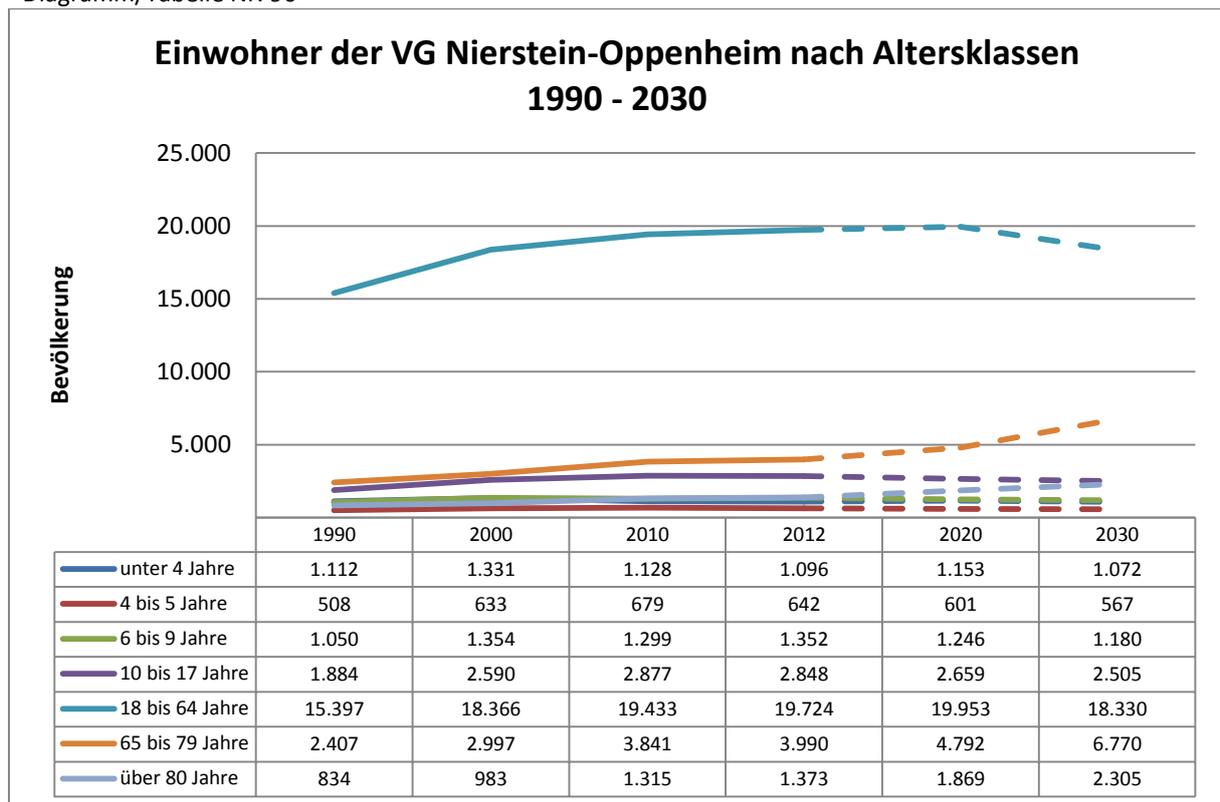
Diagramm/Tabelle Nr. 95

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Nierstein-Oppenheim/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Nierst.-O.	23.192	31.025	+ 7.833	+ 33,77	32.729	1.704	+ 5,49
Landkreis	172.197	203.568	31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim wird bis zum Jahr 2030 mit **5,49 % eine deutlich höhere Bevölkerungszunahme** als der Landkreis Mainz-Bingen mit 0,24 % haben. Nur in der Verbandsgemeinde Bodenheim ist die Bevölkerungszunahme bis zum Jahr 2030 noch höher (+ 6,53 %).
- **Die Altersstruktur der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim wird sich allerdings bis zum Jahr 2030 erheblich verändern.**

Diagramm/Tabelle Nr. 96

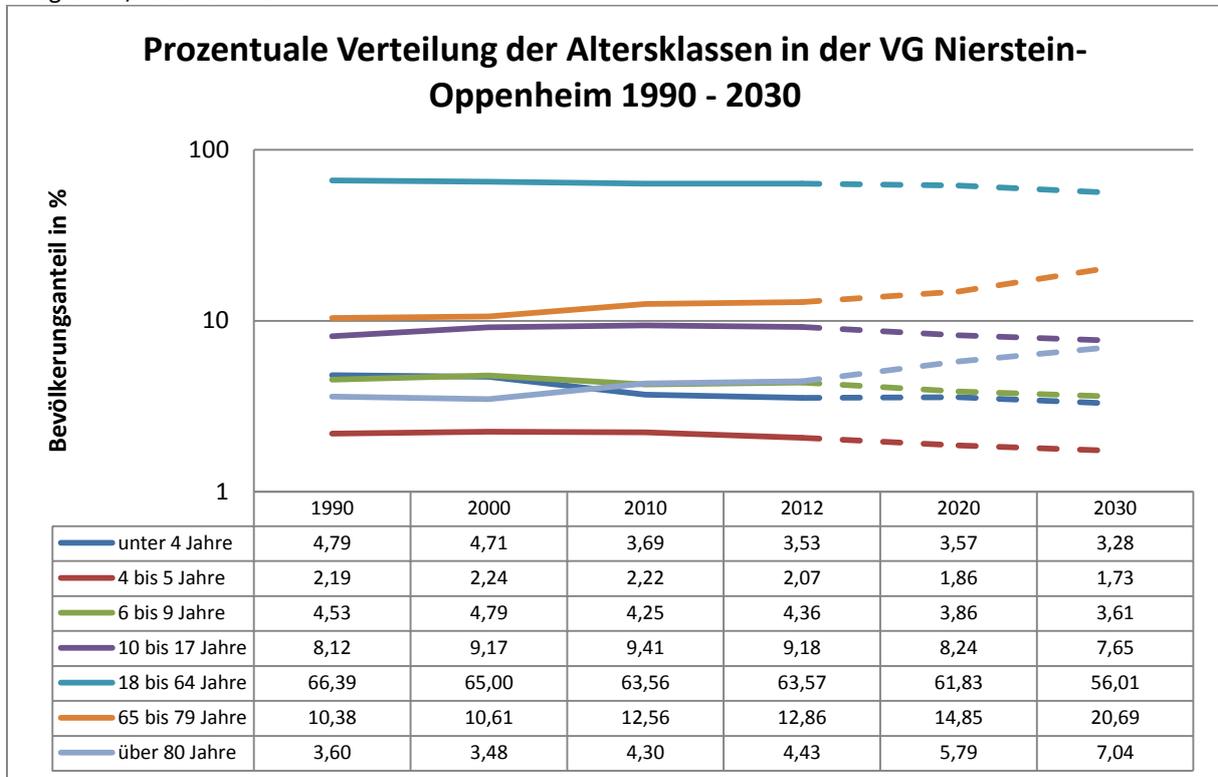


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die **65 Jahre und ältere Bevölkerung** wird von 5.363 Personen um 3.712 Personen auf 9.075 Personen im Jahr **2030 ansteigen (+ 69,12 %)**.
- **Deutliche Zunahme der über 80jährigen Bevölkerung in der VG Nierstein-Oppenheim**
- Die **über 80jährige** Bevölkerung wird von 1.373 Personen im Jahr 2012 um 932 Personen

auf 2.305 Personen im Jahr **2030 zunehmen (+ 67,88 %)**. Dies ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim **prozentual die dritthöchste Steigerung** (Steigerung im Landkreis insgesamt: + 62,50 %). Im Vergleich zu den v. g. Gebietskörperschaften ist die **absolute Steigerung** um 932 Personen sogar **die zweithöchste** im Landkreis.

Diagramm/Tabelle Nr. 97



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Betrag der **Anteil der Kinder unter 4 Jahren** im Jahr 2000 noch 4,71 % ist dieser im Jahr **2030 noch 3,28 %**.
- Der **Anteil der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) wird von 63,57 % im Jahr 2012 auf **56,01 % im Jahr 2030** zurückgehen.
- Der **Anteil der 65 Jahre und ältere Bevölkerung** betrug im Jahr 2012 17,29 %. Im Jahr **2030** beträgt dieser Anteil **27,73 %**.
- Der **Anteil der über achtzigjährige Bevölkerung** war im Jahr 2012 4,43 %. Im Jahr **2030** steigt dieser Anteil auf **7,04 %** (Landkreis: 7,60 %).

Diagramm/Tabelle Nr. 98

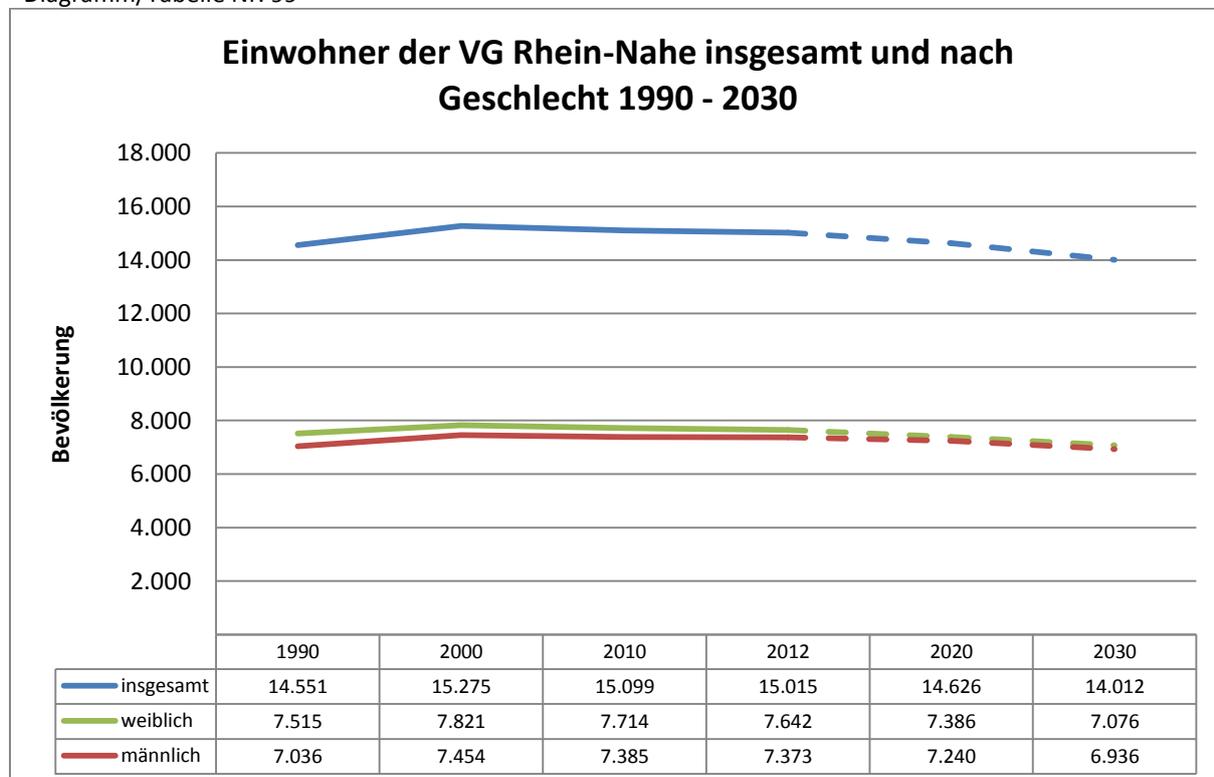
Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG N.-Op.	Diff.	Lk	VG N.-Op.	Diff.	Lk	VG N.-Op.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,79	0,22	3,39	3,53	0,14	3,20	3,28	0,08
4 bis 5 Jahre	2,15	2,19	0,04	1,81	2,07	0,26	1,70	1,73	0,03
6 bis 9 Jahre	4,43	4,53	0,10	3,74	4,36	0,62	3,52	3,61	0,09
10 bis 17 Jahren	8,19	8,12	-0,07	8,53	9,18	0,65	7,38	7,65	0,27
18 bis 64 Jahre	67,04	66,39	-0,65	63,65	63,57	-0,08	56,72	56,01	-0,71
65 bis 79 Jahre	10,22	10,38	0,16	14,19	12,86	-1,33	19,89	20,69	0,80
über 80 Jahre	3,41	3,60	0,19	4,69	4,43	-0,26	7,60	7,04	-0,56

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die prozentuale Verteilung der Altersklassen in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ist nahezu identisch mit der Verteilung der entsprechenden Altersklassen im Landkreis.

5.10 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe 1990 - 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 99



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

Diagramm/Tabelle Nr. 100

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Rhein-Nahe/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Rhein-N.	14.151	15.015	+ 864	+ 6,11	14.012	- 1.003	- 6,68
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

➤ **Starker Bevölkerungsrückgang in der mehr ländlich geprägten Verbandsgemeinde**

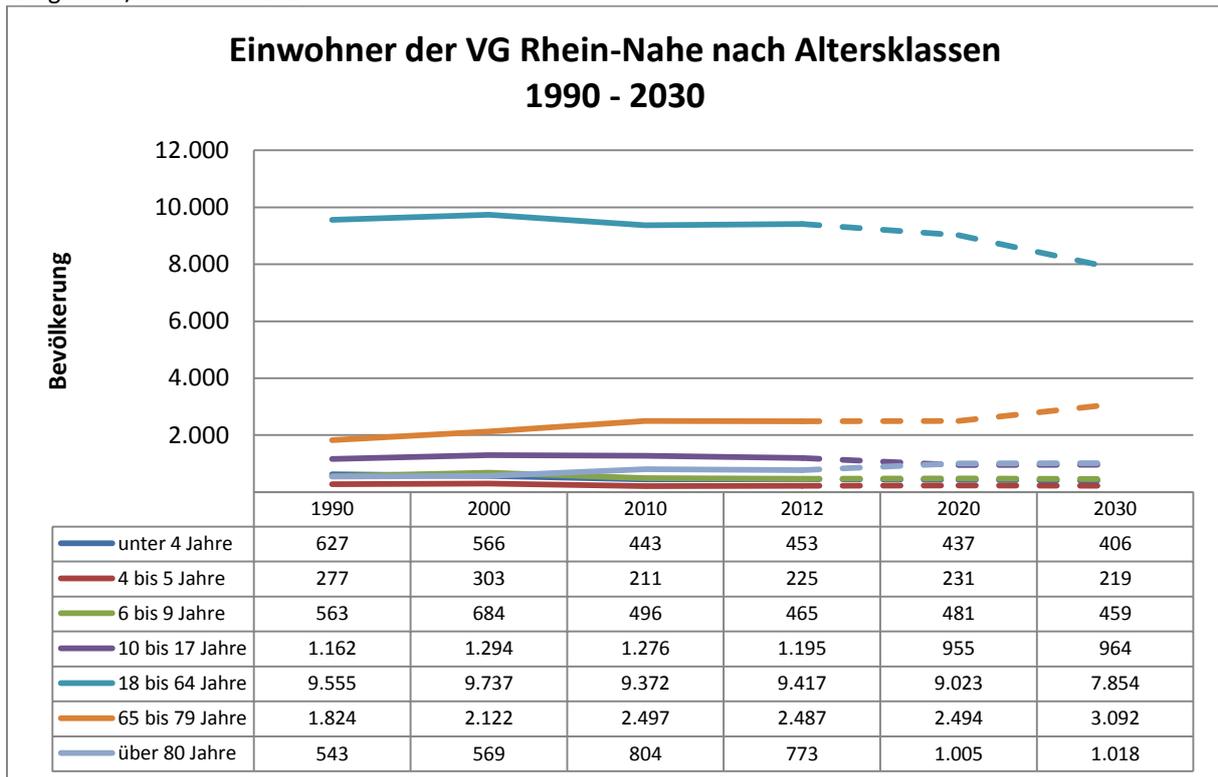
Die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe wird im Gegensatz zum Landkreis Mainz-Bingen, der bis zum Jahr 2030 noch einen Bevölkerungszuwachs von 0,24 % hat, bis **2030 einen starken Bevölkerungsrückgang von 6,68 %** erfahren. Dies ist nach der Stadt Bingen (- 8,40 %) und der Stadt Ingelheim (- 6,72 %) der **dritthöchste Bevölkerungsrückgang** im Landkreis.

➤ **Bis zum Jahr 2060 ist für die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe nochmals ein weiterer erheblicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten.**

Je weiter die Entfernung zum nächsten Oberzentrum, desto wahrscheinlicher ist ein Wegzug der jüngeren Bevölkerung (Fahrzeiten ab 40 Minuten gelten bereits als kritisch). Die nächstgelegenen Oberzentren der VG Rhein-Nahe sind die Städte Mainz und Koblenz.

Da nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz ab ca. 2030 bis etwa 2060 im Landkreis Mainz-Bingen ein zunehmender Bevölkerungsrückgang einsetzen wird, wird dies auch für die Verbandsgemeinde **Rhein-Nahe bis zum Jahr 2060 zu erwarten sein** (eine Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2060 liegt allerdings für die Verbandsgemeinden nicht vor). Der Bevölkerungsrückgang in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe wird im Zeitraum von 2030 bis 2060 voraussichtlich wiederum prozentual höher als im Durchschnitt des Landkreises sein. Dies wird entsprechende **negative Auswirkungen vor allem für die kleineren Gemeinden** in der Verbandsgemeinde haben.

Diagramm/Tabelle Nr. 101

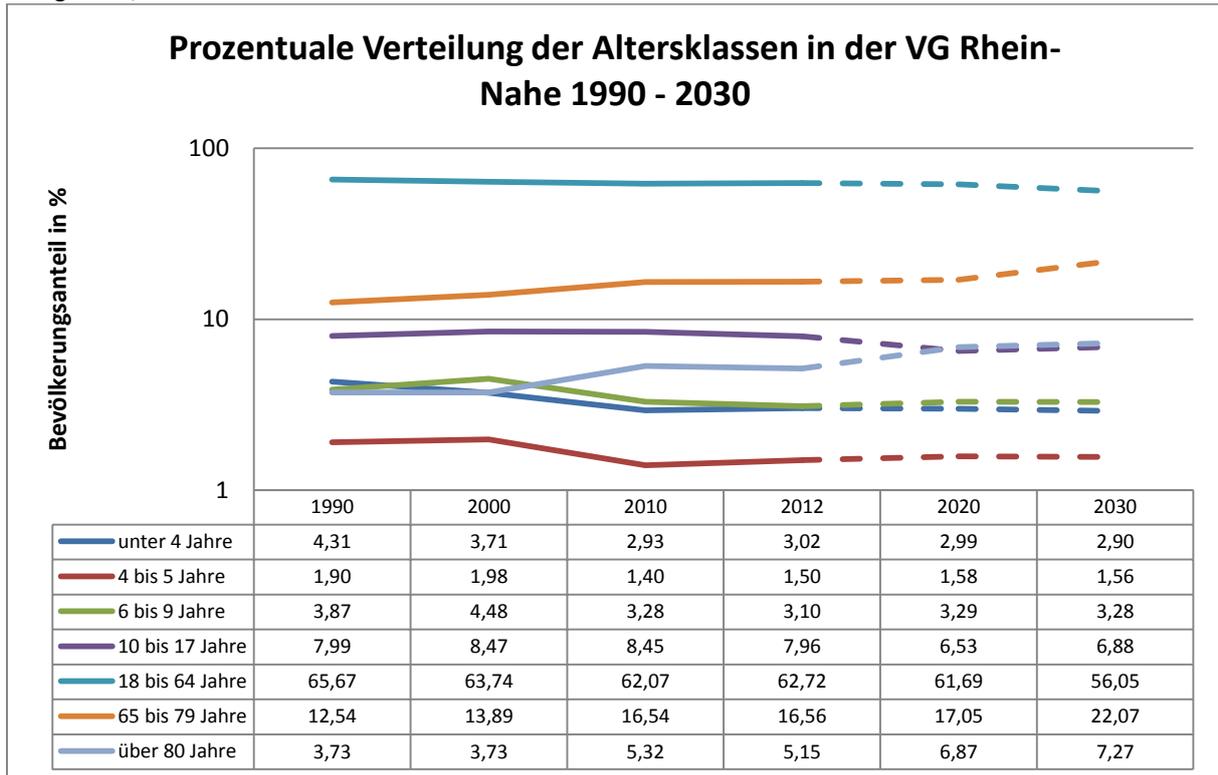


Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

➤ **Starker Rückgang der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung bis 2030 (Erwerbsbevölkerung)**

- Die Anzahl der Personen in der Altersklasse der **18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** (Erwerbsbevölkerung) wird von 2012 (9.417 Personen) um 1.563 Personen bis zum Jahr **2030** auf dann 7.854 Personen zurückgehen. Die prozentuale Verringerung beträgt **16,60 %** und ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden im Landkreis und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim - nach der Stadt Bingen (-18,22 %) - der **zweithöchste Rückgang** in dieser Altersklasse. Der Rückgang im Durchschnitt des Landkreises beläuft sich auf 10,68 %.
- Die Zahl der **65 Jahre und älteren Bevölkerung** wird von 3.260 Einwohnern im Jahr 2012 bis zum Jahr **2030** um 850 Personen auf 4.110 Personen zunehmen (**+ 26,07 %**). Im Durchschnitt des Landkreises nimmt die 65 Jahre und ältere Bevölkerung von 2012 bis 2030 um 45,96 % zu.
- Die **über 80jährige Bevölkerung** steigt von 773 Personen im Jahr 2012 um 245 Personen auf 1.018 Personen im Jahr **2030 (+ 31,69 %)**. Dies ist eine **niedrigere Steigerung als im Durchschnitt des Landkreises** (+ 62,5 %).

Diagramm/Tabelle Nr. 102



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Der **Anteil der Kinder bis 5 Jahre** an der Gesamtbevölkerung wird im Jahr 2030 in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe 4,46 % betragen. Dies ist im Vergleich zu den Städten Bingen und Ingelheim, den anderen Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim der **niedrigste Wert** (Durchschnitt Landkreis 2030: 4,9 %)
- Der **Anteil der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** wird von 62,72 % im Jahr 2012 auf **56,05 % im Jahr 2030** zurückgehen (Landkreis im Jahr 2030: 56,72 %)
- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** steigt von 21,71 % im Jahr 2012 auf 29,34 % im Jahr **2030**. Dies ist eine Steigerung auf nahezu ein **Drittel der Gesamtbevölkerung** (Landkreis im Jahr 2030: 27,49 %)
- Der **Anteil der 80jährigen und älteren Bevölkerung** beträgt im Jahr **2030 7,27 %** (Landkreis: 7,60 %)

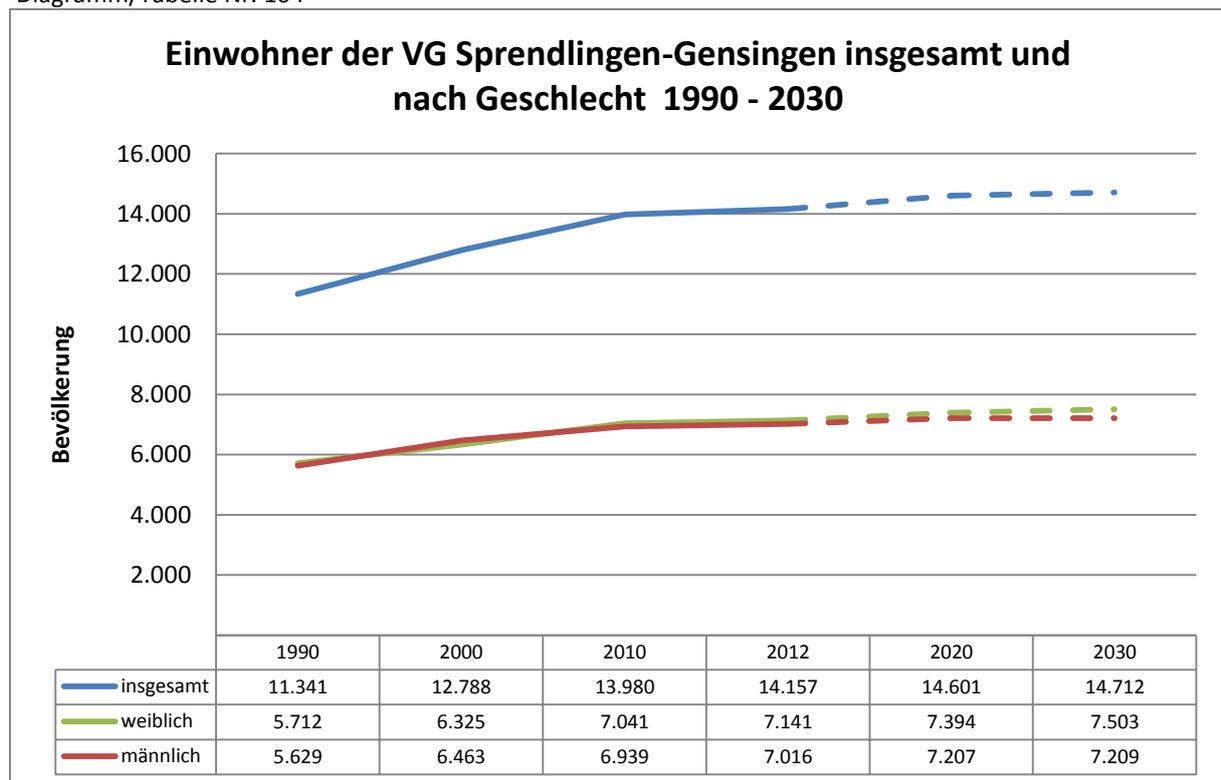
Diagramm/Tabelle Nr. 103

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Rhein-Nahe in den Jahren 1990/2012/2030 (in %)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG RN	Diff.	Lk	VG RN	Diff.	Lk	VG RN	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	4,31	-0,26	3,39	3,02	-0,37	3,20	2,90	-0,30
4 bis 5 Jahre	2,15	1,90	-0,25	1,81	1,50	-0,31	1,70	1,56	-0,14
6 bis 9 Jahre	4,43	3,87	-0,56	3,74	3,10	-0,64	3,52	3,28	-0,24
10 bis 17 Jahren	8,19	7,99	-0,20	8,53	7,96	-0,57	7,38	6,88	-0,50
18 bis 64 Jahre	67,04	65,67	-1,37	63,65	62,72	-0,93	56,72	56,05	-0,67
65 bis 79 Jahre	10,22	12,54	2,32	14,19	16,56	2,37	19,89	22,07	+2,18
über 80 Jahre	3,41	3,73	0,32	4,69	5,15	0,46	7,60	7,27	-0,33

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

5.11 Einwohnerzahl und Altersstruktur in der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen 1990 - 2030

Diagramm/Tabelle Nr. 104



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

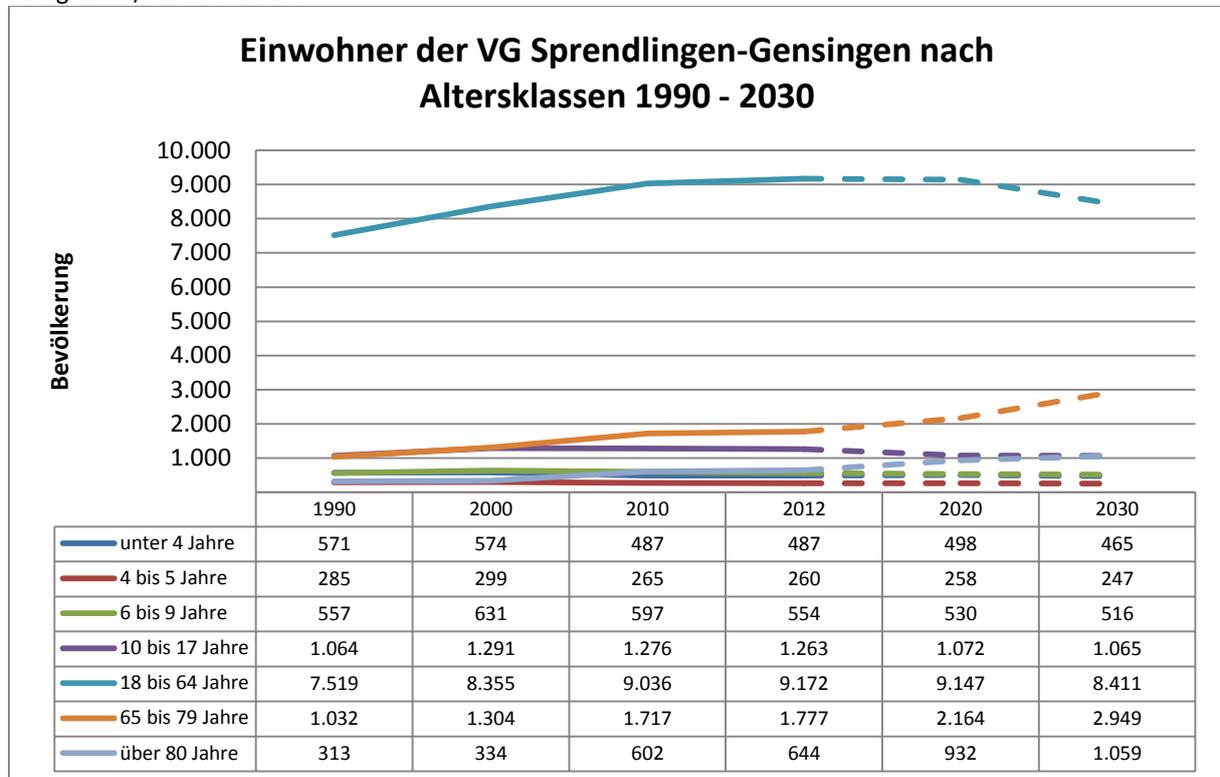
Diagramm/Tabelle Nr. 105

Vergleich der Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2030: VG Sprendlingen-Gensingen/Landkreis Mainz-Bingen							
Einwohner	1990	2012	2012 zu 1990 (absolut)	2012 zu 1990 (in %)	2030	2030 zu 2012 (absolut)	2030 zu 2012 (in %)
VG Sprendl.-G.	11.341	14.157	2.816	+ 24,83	14.712	+ 555	+ 3,92
Landkreis	172.197	203.568	+ 31.371	+ 18,22	204.055	+ 487	+ 0,24

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Die Zahl der Einwohner der Verbandsgemeinde Sprendlingen wird von 14.157 Einwohnern im Jahr 2012 um 555 Personen auf 14.712 Einwohner bis zum Jahr **2030 anwachsen (+ 3,92 %)**. Die Bevölkerungszunahme im Landkreis beträgt 0,24 %.

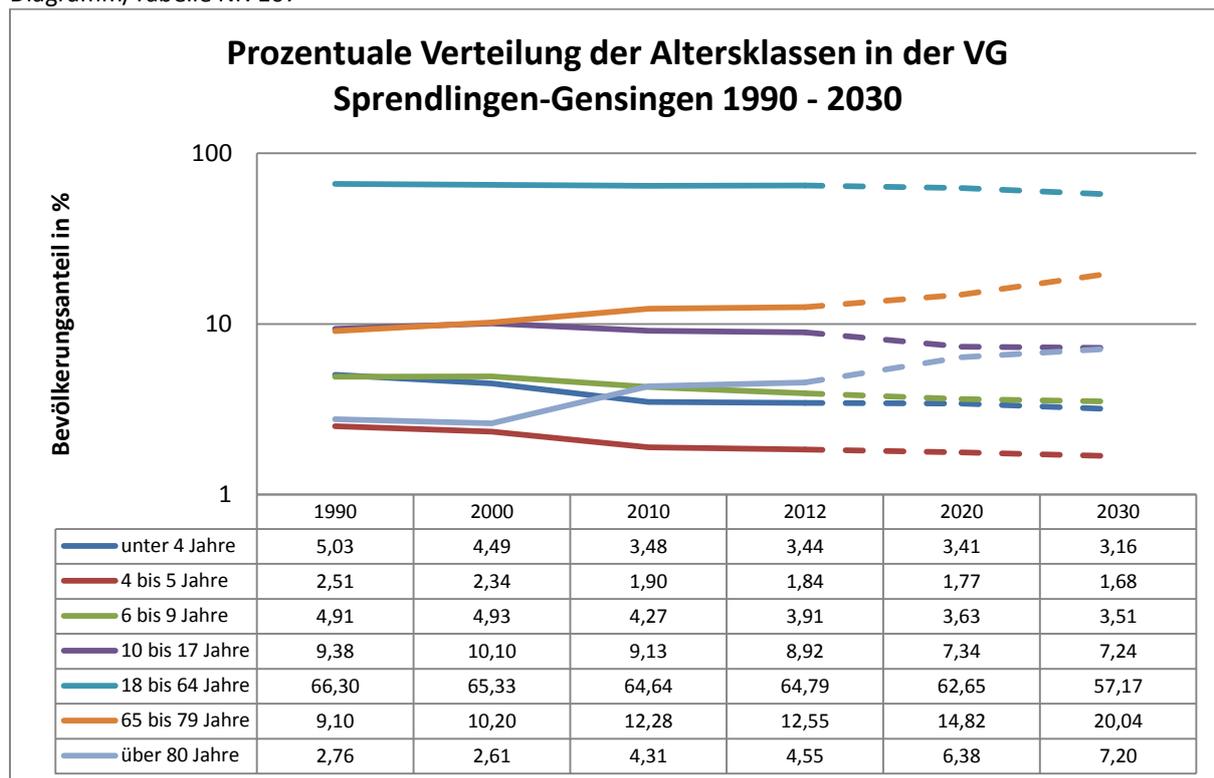
Diagramm/Tabelle Nr. 106



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die **65 Jahre und ältere Bevölkerung** wird sich von 2.421 Personen im Jahr 2012 um 1.587 Personen auf 4.008 Personen im Jahr **2030 erhöhen (+ 65,55 %)**.
- Die **über achtzigjährige Bevölkerung** steigt von 644 Personen im Jahr 2012 um 415 Personen auf 1.059 Personen im Jahr **2030 (+ 64,44 %)**. Die Steigerung im Landkreis beträgt 62,50 %.

Diagramm/Tabelle Nr. 107



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Der **Anteil der 18 bis 64 Jahre alten Bevölkerung** geht von 64,79 % im Jahr 2012 auf **57,17 % im Jahr 2030** zurück.
- Der **Anteil der 65 Jahre und älteren Bevölkerung** beträgt im Jahr 2012 17,1 % und im **Jahr 2030 27,24 %**.

Diagramm/Tabelle Nr. 108

Anteile der Altersklassen: Landkreis Mainz-Bingen/Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen in den Jahren 1990/2012/2030 (in%)									
Altersklasse	1990			2012			2030		
	(in %)			(in %)			(in %)		
	Lk	VG S.-G.	Diff.	Lk	VG S.-G.	Diff.	Lk	VG S.-G.	Diff.
unter 4 Jahre	4,57	5,03	0,46	3,39	3,44	0,05	3,20	3,16	-0,04
4 bis 5 Jahre	2,15	2,51	0,36	1,81	1,84	0,03	1,70	1,68	-0,02
6 bis 9 Jahre	4,43	4,91	0,48	3,74	3,91	0,17	3,52	3,51	-0,01
10 bis 17 Jahren	8,19	9,38	1,19	8,53	8,92	0,39	7,38	7,24	+0,14
18 bis 64 Jahre	67,04	66,30	-0,74	63,65	64,79	1,14	56,72	57,17	+0,45
65 bis 79 Jahre	10,22	9,10	-1,12	14,19	12,55	-1,64	19,89	20,04	+0,15
über 80 Jahre	3,41	2,76	-0,65	4,69	4,55	-0,14	7,60	7,20	-0,40

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

- Bezüglich der prozentualen Verteilung der Altersklassen gibt es in der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen keine wesentlichen Unterschiede zur Verteilung der entsprechenden Altersklassen im Landkreis.

6. Rangfolge der Städte Bingen und Ingelheim, der Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen bei wichtigen Faktoren der demografischen Entwicklung - 2012 bis 2030.

6.1 Zunahme/Rückgang der Zahl der Einwohner 2012 - 2030 in Prozent und absolut

Tabelle/Diagramm Nr. 109

Zunahme/Rückgang der Zahl der Einwohner 2012 – 2030 (in %)	
	Zunahme/Rückgang (+/- in %)
1. VG Bodenheim	+ 6,53
2. VG Nierstein-Oppenheim	+ 5,49
3. VG Heidesheim	+ 4,16
4. VG Sprendlingen-Gensingen	+ 3,92
5. VG Nieder-Olm	+ 3,78
6. VG Gau-Algesheim	+ 2,46
7. Lk Mainz-Bingen	+ 0,24
8. Verb'fr. Gem. Budenheim	- 1,68
9. VG Guntersblum	- 3,14
10. VG Rhein-Nahe	- 6,68
11. Stadt Ingelheim	- 6,72
12. Stadt Bingen	- 8,40

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

Tabelle/Diagramm Nr. 110

Zunahme/Rückgang der Zahl der Einwohner 2012 – 2030 (absolut)	
	Zunahme/Rückgang (+/- Anzahl Personen)
1. VG Nierstein-Oppenheim	+ 1.704
2. VG Bodenheim	+ 1.244
3. VG Nieder-Olm	+1.201
4. VG Sprendlingen-Gensingen	+ 555
5. VG Heidesheim	+ 416
6. VG Gau-Algesheim	+ 406
7. Verb'fr. Gem. Budenheim	- 143
8. VG Guntersblum	- 293
9. VG Rhein-Nahe	- 1.003
10. Stadt Ingelheim	- 1.617
11. Stadt Bingen	- 2.035

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

6.2 Rückgang der Zahl der 18 bis 64 Jahre alten Einwohner (Erwerbsbevölkerung) 2012 - 2030 in Prozent und absolut

Tabelle/Diagramm Nr. 111

Rückgang der Zahl der 18 bis 64 Jahren alten Einwohner (Erwerbsbevölkerung) 2012 – 2030 (in %)	
	Abnahme (in %)
1. Stadt Bingen	- 18,22
2. VG Rhein-Nahe	- 16,60
3. VG Guntersblum	- 16,27
4. Stadt Ingelheim	- 14,59
5. Lk Mainz-Bingen	- 10,68
6. VG Heidesheim	- 9,61
7. VG Sprendlingen-Gensingen	- 8,30
8. Verb'fr. Gem. Budenheim	- 8,29
9. VG Nieder-Olm	- 7,88
10. VG Bodenheim	- 7,57
11. VG Nierstein-Oppenheim	- 7,07
12. VG Gau-Algesheim	- 5,80

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

Tabelle/Diagramm Nr. 112

Rückgang der Zahl der 18 bis 64 Jahren alten Einwohner (Erwerbsbevölkerung) 2012 – 2030 (absolut)	
	Rückgang (Anzahl Personen)
1. Stadt Bingen	- 2.780
2. Stadt Ingelheim	- 2.222
3. VG Nieder-Olm	- 1.584
4. VG Rhein-Nahe	- 1.563
5. VG Nierstein-Oppenheim	- 1.394
6. VG Guntersblum	- 956
7. VG Bodenheim	- 938
8. VG Sprendlingen-Gensingen	- 761
9. VG Heidesheim	- 622
10. VG Gau-Algesheim	- 613
11. Verb'fr. Gem. Bodenheim	- 449

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

6.3 Zunahme der Zahl der über 80jährigen Einwohner 2012 - 2030 in Prozent und absolut

Tabelle/Diagramm Nr. 113

Zunahme der Zahl der über 80 jährigen Einwohner 2012 – 2030 (in %)	
	Zunahme (in %)
1. VG Bodenheim	+ 136,11
2. VG Nieder-Olm	+ 115,57
3. VG Nierstein-Oppenheim	+ 67,88
4. VG Heidesheim	+ 67,49
5. VG Sprendlingen-Gensingen	+ 64,44
6. Landkreis Mainz-Bingen	+ 62,50
7. Verb'fr. Gem. Bodenheim	+ 58,01
8. Stadt Ingelheim	+ 39,49
9. VG Gau-Algesheim	+ 36,58
10. VG Guntersblum	+ 33,79
11. Stadt Bingen	+ 32,42
12. VG Rhein-Nahe	+ 31,69

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

Tabelle/Diagramm Nr. 114

Zunahme der Zahl der über 80jährigen Einwohner 2012 – 2030 (absolut)	
	Zunahme (Anzahl Personen)
1. VG Nieder-Olm	+ 1.551
2. VG Nierstein-Oppenheim	+ 932
3. VG Bodenheim	+ 882
4. Stadt Ingelheim	+ 496
5. Stadt Bingen	+ 448
6. VG Sprendlingen-Gensingen	+ 415
7. VG Gau-Algesheim	+ 304
8. VG Heidesheim	+ 299
9. VG Rhein-Nahe	+ 245
10. Verb'fr. Gem. Budenheim	+ 239
11. VG Guntersblum	+ 148

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

6.4 Anteil an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 : Kinder bis 5 Jahre und über 80jährige Personen

Tabelle/Diagramm Nr. 115

Anteil der Kinder bis 5 Jahre an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 (in %)	
	Anteil (in %)
1. VG Guntersblum	5,41
2. Verb'fr. Gem. Budenheim	5,18
3. VG Nieder-Olm	5,04
4. VG Nierstein-Oppenheim	5,01
5. VG Heidesheim	4,91
6. Stadt Bingen	4,90
6. Lk Mainz-Bingen	4,90
7. VG Bodenheim	4,86
8. VG Stadt Ingelheim	4,84
8. VG Sprendlingen-Gensingen	4,84
9. VG Gau-Algesheim	4,49
10. VG Rhein-Nahe	4,46

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

Tabelle/Diagramm Nr. 116

Anteil der über 80jährigen Einwohner an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 (in %)	
	Anteil (in %)
1. VG Nieder-Olm	8,77
2. Stadt Bingen	8,27
3. Stadt Ingelheim	7,81
4. Verb'fr. Gem. Budenheim	7,78
5. Landkreis Mainz-Bingen	7,60
6. VG Bodenheim	7,54
7. VG Rhein-Nahe	7,27
8. VG Sprendlingen-Gensingen	7,20
9. VG Heidesheim	7,12
10. VG Nierstein-Oppenheim	7,04
11. VG Gau-Algesheim	6,72
12. VG Guntersblum	6,49

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012 und eigene Berechnungen

7. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des demografischen Wandels im Landkreis Mainz-Bingen

7.1 Anpassung des Kindertagesstätten-Bedarfsplans für den Landkreis Mainz-Bingen

Diagramm/Tabelle Nr. 117

Anzahl der Kinder im Landkreis Mainz-Bingen bis 5 Jahre 2010 – 2060/ Veränderung gegenüber 2010 (absolut und in Prozent)						
Jahr	2010	2020	2030	2040	2050	2060
Anzahl Kinder	10.649	10.576	9.990	9.112	8.565	8.027
Veränderung gegenüber 2010 (absol.)		- 73	- 659	- 1.537	- 2.084	- 2.622
Veränderung gegenüber 2010 (in %)		- 0,7	- 6,2	- 14,4	- 19,6	- 24,6

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Die Zahl der Kinder, die bis 5 Jahre alt sind, wird sich bis 2020 geringfügig um 0,7 % vermindern. Ab dem Jahr **2030 bis zum Jahr 2060** wird die Zahl der Kinder dieser Altersklasse dann **deutlich zurückgehen**.
- Der Rückgang der Zahl der Kinder unter 5 Jahren wird erhebliche Auswirkungen auf den Bedarf an Kinderkrippen und an Kindertagesstätten haben. Das bietet die Chance auf

Reduzierung der Gruppengrößen und flexiblere Lösungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

- Ggf. sind neue Modelle zur Kooperation zwischen den Kommunen erforderlich, um weiterhin eine wohnortnahe Betreuung zu ermöglichen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder gerecht werden.
- Die Bedeutung der Kindertagespflege als Ergänzung zur Kindertagesstätte wird weiter steigen.
- Der **Kindertagesstätten-Bedarfsplan** für den Landkreis ist entsprechend der demografischen Entwicklung **anzupassen**.

7.2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für den Landkreis Mainz-Bingen

Diagramm/Tabelle Nr. 118

Anzahl der Kinder/Jugendlichen im Landkreis Mainz-Bingen von 6 bis 17 Jahren 2010 – 2060/ Veränderung gegenüber 2010 (absolut und in Prozent)						
Jahr	2010	2020	2030	2040	2050	2060
Anzahl Kinder	25.523	22.808	22.239	20.826	19.145	17.995
Veränderung gegenüber 2010 (absol.)		- 2.715	- 3.284	- 4.697	- 6.378	- 7.528
Veränderung gegenüber 2010 (in %)		- 10,6	- 12,9	- 18,4	- 25,0	-29,5

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bad Ems, Juli 2012

- Bei der Altersklasse der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren handelt es sich um **Kinder, die noch schulpflichtig sind oder um Jugendliche, die in der Regel noch eine Schule besuchen**.
- Die Zahl der Kinder/Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren wird bereits bis zum **Jahr 2020 um ca. 10 % zurückgehen. Bis 2030 um 12,9 %**.
- Der prognostizierte Rückgang bis zum Jahr **2040** beträgt **fast 20 %**.
- Bis zum Jahr **2060** wird sich die Zahl der Kinder/Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren **fast 30 %** vermindern.
- Der **Schulentwicklungsplan** für den Landkreis Mainz-Bingen ist entsprechend der demografischen Entwicklung **anzupassen**.
- Voraussichtlich wird sich in den kommenden Jahrzehnten die Unterrichtsgestaltung verändern: Z. B. kleinere, bzw. zusammengelegte Klassen, um auch im eher ländlich geprägten Bereich eine wohnortnahe Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

7.3 Anpassungsmaßnahmen an den Rückgang der 18 bis unter 64 Jahre alten Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung)

Die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Arbeitskräften, insbesondere von Fachkräften, wird angesichts der demografischen Entwicklung eine große Herausforderung für die Unternehmen, das Handwerk, die ambulanten Pflegedienste, die Altenheime und Krankenhäuser, die Verwaltungen, für soziale und erzieherische Einrichtungen, wie etwa Kindertagesstätten und die Landwirtschaft im Landkreis Mainz-Bingen sein.

Ferner wird sich das Durchschnittsalter der Belegschaften in den kommenden Jahren erhöhen. Auch bereits ältere Arbeitnehmer/innen werden daher in Zukunft gebraucht. Dazu bedarf es auch einer **umfassenden beruflichen Weiterbildung**.

Auf die Integration jüngerer Menschen ohne Beschäftigung wie auch Langzeitarbeitsloser ist verstärkt das Augenmerk zu richten. Teilzeitmodelle sind auszuweiten, um auch vermehrt Frauen in der Familienphase Angebote zur Wiedereingliederung in den Beruf zu ermöglichen. Ein weiterer **Zuzug** von Arbeitskräften, vor allem von Fachkräften, aus Ländern in und außerhalb der EU wird erforderlich sein.

7.3.1 Verbesserung der schulischen Abschlüsse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Angesichts der demografischen Entwicklung, insbesondere in Hinblick auf den zukünftigen Fachkräftemangel, sollten mehr Schüler/innen mit Migrationshintergrund im Landkreis als bisher die **Fachhochschul- und die Allgemeine Hochschulreife erlangen können**. Hier besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Ebenso bedarf es einer besonderen Förderung von Schülern/innen mit Migrationshintergrund, die **keinen Hauptschulabschluss erreichen** (siehe Punkt 3.11.3 „Schulabschlüsse der im Jahr 2012 Schulentlassenen ohne/mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz und im Landkreis Mainz-Bingen“).

Förderprogramme, insbesondere in der Vorschulerziehung, schulbegleitende Maßnahmen und die schulische Nachqualifizierung müssen ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Hier besteht **dringender Handlungsbedarf**. Zur Suche nach Lösungsmöglichkeiten und deren Umsetzung sollte es eine verstärkte Vernetzung von Schulen und Weiterbildungsträgern geben.

7.3.2 Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

- Um Frauen und Männern in der Familienphase eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, bedarf es auch mit Blick auf den Wiedereinstieg in den Beruf bzw. in ein berufliches Engagement neben der Erziehungszeit gezielter Unterstützung. Dazu gehören flexible familiengerechte Modelle in der Teilzeitbeschäftigung, bzw. Telearbeitsplätze, die Möglichkeit zur Aufstockung der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse bis zu Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse sowie gezielte Fort- und Weiterbildungsangebote.
- Kinderbetreuungsangebote sollten weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut **werden. Flexible Lösungen für Eltern**, die im gewerblichen Bereich oder im Dienstleistungssektor im Schichtbetrieb arbeiten, sollen unterstützt werden (z.B. Kooperation mit der Kindertagespflege).

- Ein wichtige Maßnahme aufgrund der demografischen Entwicklung und der hiermit verbundenen Zunahme der Zahl der pflege- und unterstützungsbedürftigen Personen ist die Bereitstellung von Beratungsangeboten und vor allem von psychischen und zeitlichen Entlastungsmöglichkeiten für **Beschäftigte mit unterstützungs- und pflegebedürftigen Angehörigen** durch den Arbeitgeber. Im Landkreis hat die Fa. Boehringer Ingelheim entsprechende Angebote für ihre Mitarbeiter/innen bereits realisiert. Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen könnte sich ebenfalls in diesem Bereich engagieren und für die öffentlichen Arbeitgeber somit eine Vorreiterfunktion wahrnehmen.

7.3.3 Erhöhung der Lebensarbeitszeit – Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zur Abschwächung des zukünftigen Fachkräftemangels ist eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit nicht vermeidbar – im Gegenteil: Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren werden immer unverzichtbarer. Im Jahr 2012 ist bereits das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Männer (incl. der Erwerbsminderungsrenten) auf 61,2 Jahre angestiegen (2011: 60,8 Jahre). Das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Frauen von 60,8 Jahren im Jahr 2011 stieg in 2012 auf 61,0 Jahre. Bei den Altersrenten - ohne Erwerbsminderungsrenten - ist das durchschnittliche Zugangsalter binnen eines Jahres von 63,5 im Jahr 2011 auf 64,0 Jahre im Jahr 2012 gestiegen.

Viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möchten oder müssen auch über das Renteneintrittsalter hinaus erwerbstätig sein. Auch ihre Erfahrung und Arbeitskraft ist aufgrund des demografischen Wandels wertvoll. Die Schaffung von **Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer/innen über 55 Jahre** bedarf daher eines besonderen Augenmerks.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter könnte durch **Anreize** für Arbeitnehmer/innen, die ihre berufliche Tätigkeit über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus ausdehnen, weiter erhöht werden. Dies muss ihnen aber auch aus gesundheitlichen Gründen möglich sein. Insofern werden Maßnahmen zur allgemeinen **Gesundheitsprävention** und zur **betrieblichen Gesundheitsförderung** an Bedeutung gewinnen.

7.3.4 Anwerbung von Arbeitskräften, insbesondere von Fachkräften in strukturschwachen Regionen Deutschlands und dem europäischen/ außereuropäischen Ausland

Dem Rückgang der 18 bis unter 64 Jahre alten Bevölkerung – dies ist die Altersgruppe, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht - sollte entgegen gesteuert werden, um diese unvermeidliche Entwicklung zumindest abzuschwächen. Es wird von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein, dass auch in Zukunft noch im ausreichenden Umfang Arbeitskräfte - **vor allem qualifizierte Arbeitskräfte** – im Landkreis zur Verfügung stehen. Diese könnten z. B. in strukturschwachen Regionen Deutschlands, in Ländern der Europäischen Union mit hohen Arbeitslosenquoten und im außereuropäischen Ausland **angeworben werden**.

Ab dem 01.07.2013 ist eine neue **Beschäftigungsverordnung in Kraft getreten**. Deutschland öffnet weiter seinen Arbeitsmarkt für Nicht-EU-Bürger. Es wurde eine Liste mit insgesamt 18 Berufsgruppen mit einem großen Mangel an Fachkräften aufgestellt. Neben Tätigkeiten wie Alten- und Krankenpfleger sind auch technische Berufe wie z. B. Mechatroniker, Industrie-Automatisierungs- und Kältetechniker in der Liste enthalten.

Ein Zuzug von Arbeitskräften wird ein für Arbeitnehmer/innen mit mittleren Einkommen noch **bezahlbares Wohnungsangebot im Landkreis** erfordern. Es ist aber zu befürchten, dass die Immobilienpreise in einigen Regionen des Landkreises Mainz-Bingen weiter erheblich ansteigen werden.

7.3.5 Erhöhung der Zahl der „Einpendler“ in den Landkreis Mainz-Bingen durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Auspendler aus dem Landkreis deutlich höher ist als die Zahl der Einpendler, zeigt sich Handlungsbedarf für eine verbesserte Infrastruktur, vor allem im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur. Um dem zukünftigen Fachkräftemangel entgegen zu wirken, könnte die Zahl der „Einpendler“ in den Landkreis Mainz-Bingen insbesondere durch einen Ausbau und einer qualitativen Verbesserung des ÖPNV, positiv beeinflusst werden.

- Positive Wirkung hätte etwa der Neubau der „**Hunsrückquerbahn**“ mit Ergänzung durch ein Netz von „**Park and Ride-Parkplätzen**“ entlang der Strecke.
- Ebenso ist die Kapazitätsgrenze entlang der **Bahnstrecke Saarbrücken – Frankfurt** („Nahestrecke“) - ebenfalls eine wichtige Bahnverbindung für Berufspendler in den Landkreis und in das Rhein-Main-Gebiet - zu den Hauptverkehrszeiten schon heute erreicht.
- Der **dreigleisige Ausbau der Strecke Mainz – Gau-Algesheim – Bingen** ist notwendig zur dringend benötigten Kapazitätssteigerung im Abschnitt Mainz – Bingen. Vorgesehene Maßnahme: Durchgehend dreigleisiger Ausbau der Strecke zwischen Bingen und Mainz sowie Maßnahmen zur konfliktfreien Ausfädelung der Nahestrecke im Bereich Ingelheim/Gau-Algesheim, beispielsweise durch einen mehrgleisigen Ausbau.

7.4 Anpassung der Infrastruktur im Landkreis an die Zunahme der Zahl der über 80-jährigen Bevölkerung

Die starke Zunahme der über 65 Jahre und älteren Bevölkerung, insbesondere der Zahl der über 80jährigen Personen, wird eine altengerechte Anpassung der kommunalen Infrastruktur erforderlich machen.

Der demografische Wandel wird Auswirkungen auf die **Siedlungsstruktur und die Wohnungsbauaktivitäten** haben. Insbesondere wird der zukünftige Bedarf an seniorengerechten Wohnungen, bzw. die entsprechende Umwandlung des vorhandenen Wohnbestandes, stark zunehmen. Darüber hinaus werden alternative Wohnformen für Seniorinnen und Senioren stärker - etwa in Form von Mehrgenerationenwohnprojekten - nachgefragt werden. Dies wird erhebliche bauliche Investitionen erforderlich machen.

Die Betreuung und Unterstützung der **zunehmenden Zahl dementiell veränderter Personen** stellt eine besonders große Herausforderung dar.

Ebenso wird der Bedarf an **Pflegefachkräften** und an Hilfskräften, die grundpflegerische, unterstützungs- und hauswirtschaftliche Leistungen erbringen, deutlich zunehmen. Bereits heute können schon nicht mehr im ausreichenden Umfang Pflegefachkräfte für die Altenhilfe im Landkreis gefunden werden.

7.4.1 Schaffung von seniorenrechtlichem Wohnraum und barrierefreien/ barriereverminderten öffentlichen Flächen/Sicherstellung der Mobilität und der Nahversorgung mit Lebensmitteln

Die demografische Entwicklung wird in vielen Bereichen eine **Anpassung der Infrastruktur** in den Städten und Gemeinden erforderlich machen.

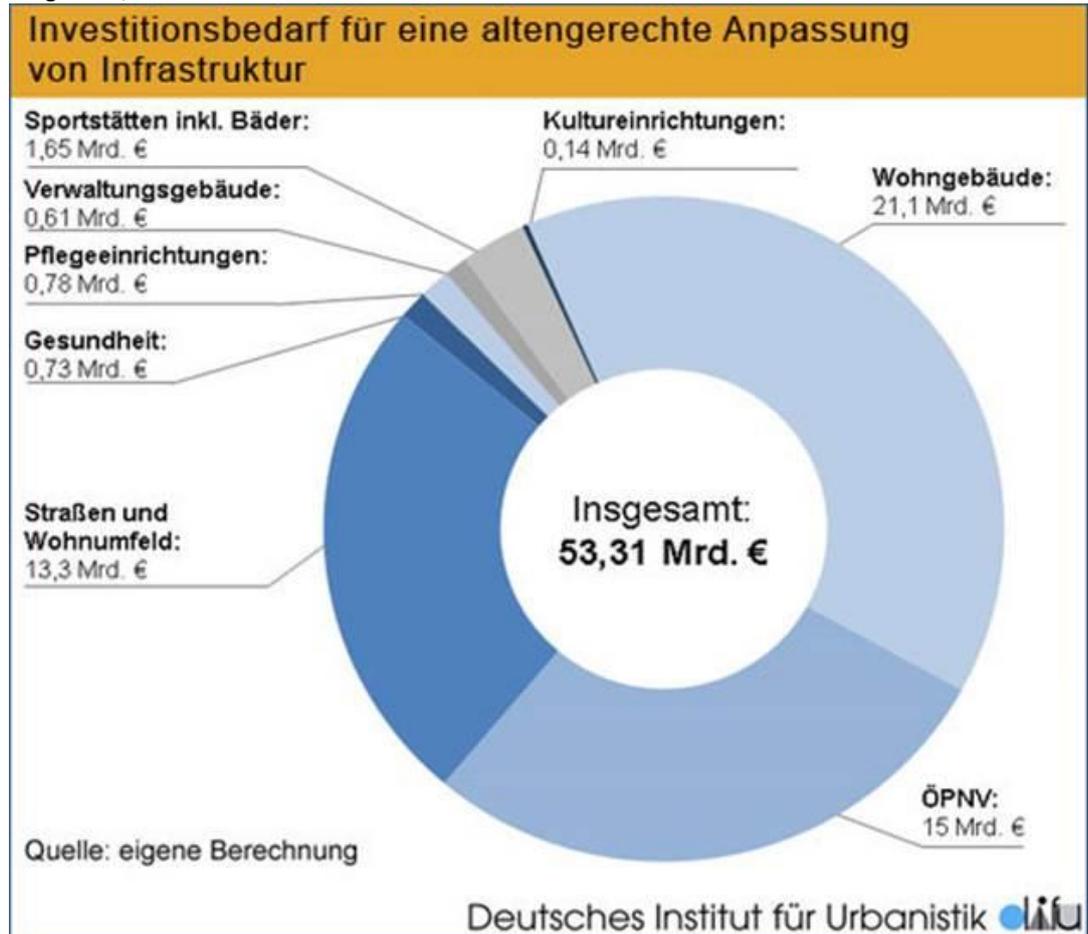
Das **Deutsche Institut für Urbanistik (Difu)** hat Ende 2012 eine Studie zum Umfang der notwendigen Investitionen und der hiermit verbundenen Kosten vorgelegt. Insgesamt wurden 400 Städte und Gemeinden befragt.

Laut der Umfrage sind bisher nur **63 Prozent der Zugänge des öffentlichen Personennahverkehrs barrierefrei, bei Straßen und Wohnumfeld 50 Prozent und bei den Gebäuden 20 Prozent**. Als Hauptgrund für den Nachholbedarf nannten die Kommunalvertreter fehlende finanzielle Mittel.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass **bis zum Jahr 2030 gut 53 Mrd. Euro investiert werden müssen**, um Barrierefreiheit und damit eine altengerechte Infrastruktur zu schaffen. Mit der Studie liegen erstmals konkrete Zahlen für diesen Bereich vor.

Der Investitionsbedarf bei Wohngebäuden, dem öffentlichen Personennahverkehr sowie bei Straßen und dem Wohnumfeld ist mit insgesamt rund 50 Mrd. Euro am höchsten. Die restlichen knapp vier Mrd. Euro werden für Sportstätten und Bäder, Pflegeeinrichtungen, Gesundheit, Verwaltungsgebäude sowie Kultureinrichtungen benötigt. Die Schätzungen beziehen sich auf die baulich-technischen Anpassungsmaßnahmen zur Barrierefreiheit.

Diagramm/Tabelle Nr. 119



Folgender Handlungsbedarf ergibt sich für den Landkreis Mainz-Bingen:

- Bau von **seniengerechten Wohnungen** bzw. **Umwandlung** vorhandenen Wohnbestandes (Näheres siehe Anhang Nr. 1 „Wohnen im Alter“).

Im Landkreis Mainz-Bingen gab es nach den Ergebnissen des Zensus 2011 im Mai 2011 60.452 Gebäude mit 99.996 Wohnungen.

Nach der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Wohnen im Alter“ aus dem Jahr 2011 beträgt der Bedarf an barrierearmen/barrierereduzierten Wohnungen in den kommenden Jahren bundesweit ca. 2,5 Mio. Wohneinheiten. Diese Berechnung wurde vom Autor der Studie „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts Hannover vom Juni 2013, Matthias Günther auf der Basis der Zahl der zukünftigen 65 Jahre und älteren Personen und der derzeitigen und der zu erwartenden Zahl der Pflegebedürftigen im Landkreis Mainz-Bingen bis zum Jahr 2035 auf den Landkreis „heruntergebrochen“.

Wie der Autor der Studie des Pestel-Instituts mitteilte, beträgt der Bedarf an altengerechten Wohnungen im Landkreis Mainz-Bingen im Jahr 2035 nach seiner Schätzung - bei dann voraussichtlich ca. 6.600 Pflegebedürftigen Personen im Landkreis - **ca. 5.000 Wohneinheiten** (rund 5 % des heutigen Wohnungsbestandes). Dies würde **Investitionen in Höhe von 77,4 Mio. €** erfordern. Wobei Kosten für eine barrierearme, bzw. barrierereduzierte Ausgestaltung in Höhe von 15.000,00 € pro Wohneinheit angenommen

werden (wobei nur Wohnungen mit einfachen und mittleren Barrieren in die Kostenschätzung einbezogen wurden).

- **Barrierefreier oder barrieregeminderter** Ausbau von Wegen, Plätzen, öffentlichen Gebäuden und Bahnhöfen (z. B. Einbau von Aufzügen) auch in Hinblick auf barrierefreie touristische Angebote im Landkreis.

- Verbesserung der **Mobilität im Alter**

Etwa durch den Einsatz von ehrenamtlich betriebenen „Bürgerbussen“ (Kleinbussen), Sammel-Taxen und der Anpassung der kommunalen Verkehrsbetriebe an die Bedürfnisse älterer Menschen, z. B. durch den Einsatz moderner behindertengerechter Niederflurbusse.

Es wird zu prüfen sein, welche neuen Bedienungsformen im ÖPNV kommen bereits heute zur Anwendung und welche Zukunftschancen diesen beizumessen ist.

- Augenmerk sollte auch auf eine ausreichende Anzahl behindertengerechter **öffentlicher Toilettenanlagen**, besonders in größeren Gemeinden und Städten gelegt werden.

Gerade für ältere Menschen ist wegen eventueller gesundheitlicher Probleme oder der Nebenwirkungen bestimmter Medikamente die gute Erreichbarkeit einer Toilette wichtig. Dies sollte auch im Zusammenhang mit touristischen Angeboten für Seniorinnen und Senioren Berücksichtigung finden.

- Eine ausreichende „**Nahversorgung**“ mit **Lebensmitteln** und den Dingen des täglichen Bedarfs im ländlichen Bereich und in kleineren Gemeinden sollte z. B. durch „Dorfläden“ und den Einsatz von Mobilien Verkaufsfahrzeugen sichergestellt werden.

Der aktuelle Bedarf ist zu ermitteln: Wo bestehen Versorgungslücken? Wie kann eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu vertretbaren Preisen künftig gesichert werden?

- Das Filialnetz der Sparkassen und Volksbanken wird zunehmend ausgedünnt. Daher sollte in kleineren und ländlichen Gemeinden ein Einsatz von **Mobilien Sparkassenfilialen** erfolgen. Zumindest sollte auch in kleinen Gemeinden ein **Geldautomat erhalten bleiben**.

7.4.2 Ausbau der ambulanten und teilstationären pflegerischen Versorgung/ Gewinnung von Altenpflegepersonal/Entlastung pflegender Angehöriger

Die vorhandenen Versorgungsstrukturen entsprechen noch nicht den Anforderungen einer alternden Gesellschaft.

- **Ausbau der ambulanten und teilstationären** und Bereitstellung einer dem tatsächlichen Bedarf entsprechenden stationären **pflegerischen Versorgung** - insbesondere in Hinblick auf die zukünftig zunehmende Zahl dementer Personen. Schaffung z. B. von Tagespflegestätten, geronto-psychiatrischen Tageskliniken und von Wohngemeinschaften für dementiell veränderte Personen – was in der Fortschreibung des Pflegestrukturplanes für den Landkreis Mainz-Bingen zu berücksichtigen ist.

- **Gewinnung von Pflegepersonal** für die Altenpflegeheime und die ambulante Pflege durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber auch durch die Anwerbung von Pflegekräften in europäischen Ländern, ggf. auch mittelfristig durch Anwerbung von Altenpflegepersonal im außereuropäischen Ausland.
- **Hilfe für pflegende Angehörige.** Nach der im Januar 2013 vom Statistischen Bundesamt vorgestellten Pflegestatistik 2011 werden ca. **70 % der 2,5 Mio. Pflegebedürftigen (Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes) von Angehörigen zu Hause gepflegt.** 1,18 Mio. (47 %) der zu Hause Gepflegten erhielten ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, dass sie in der Regel allein durch Angehörige gepflegt und dabei nicht von professionellen Pflegediensten unterstützt werden.

Weitere 576 000 Pflegebedürftige (23 %) lebten ebenfalls in Privathaushalten, bei denen die Pflege jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste erfolgte. In Pflegeheimen vollstationär betreut wurden insgesamt 743 000 Pflegebedürftige (30 %).

Die **Mehrheit (65 %) der Pflegebedürftigen war weiblich.** Insgesamt 83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, mehr als ein Drittel (36 %) war über 85 Jahre alt.

Die Pflege im häuslichen Bereich wird überwiegend von Frauen geleistet.

Die Möglichkeit der **Vereinbarkeit einer beruflichen Tätigkeit mit der Pflege von Angehörigen** wird angesichts der demografischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung gewinnen. Dies setzt entsprechende Unterstützungsangebote und Verständnis von Seiten der Arbeitgeber voraus.

Angebote zur Entlastung pflegender Angehöriger sollten verbessert werden, um einer Überforderung entgegenzuwirken.

Hierzu zählen:

- **Flächendeckende Beratungsangebote** zu allen pflegerischen Fragen und über Entlastungsmöglichkeiten durch die örtlichen „Pflegestützpunkte“
- Unterstützung bei der Beschaffung von **Pflegehilfsmitteln** (z. B. Badewannenlifter)
- Unterstützung von **Gruppen pflegender Angehöriger**
- Angebote von **Basiskursen über „Pflege“**
- Entlastung durch **Tagespflegestätten**
- Ausbau der **„Verhinderungspflege“** bei Krankheit oder auch bei Urlaub der pflegenden Angehörigen.

Ferner sollten:

- **generell Unterstützungsangebote zur Alltagsbewältigung** und des Einsatzes von **Haushaltshilfen** für unterstützungs- und pflegebedürftige Personen ausgebaut werden und
- **Gruppen von ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Pflege** (z. B. von Helferkreisen) stärker unterstützt werden.

7.4.3 Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung

Die alternde Bevölkerung des Landkreises erfordert außer an pflegerischen auch einen steigenden Bedarf an medizinischen Leistungen. In ländlichen und kleineren Gemeinden zeichnet sich aber bereits jetzt eine schwierige Nachbesetzung von Allgemeinarztpraxen und ein drohender Ärztemangel ab. Dies kann dazu führen, dass für immobile Hochbetagte die Wege zu einer Arztpraxis immer weiter werden. Es stellt sich daher die Frage, wie zukünftig eine allgemeinmedizinische Grundversorgung wohnortnah aufrechterhalten werden kann.

- **Positionspapier des Deutschen Landkreistages: Medizinische Versorgung im ländlichen Raum (Auszug)**

„...Die derzeitige Planung für die ambulante ärztliche Versorgung führt zu dem Ergebnis, dass bereits bei der Versorgungsplanung eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Arztversorgung in einzelnen Regionen, insbesondere auch im Vergleich des großstädtischen zum ländlichen Raum besteht...

Die Kassenärztlichen Vereinigungen müssen die Versorgungsplanung kleinräumig, möglichst gemeindescharf vornehmen. Die **Landkreise sind an der Versorgungsplanung wie an der Umsetzung in geeigneter Weise zu beteiligen.**

Zudem ist die tatsächliche Versorgung in einer Vielzahl ländlich und kleinstädtisch geprägter Räume schon jetzt deutlich geringer als die ohnehin schwache Planung vorsieht. Es gelingt den Kassenärztlichen Vereinigungen immer schlechter, im Rahmen ihres Sicherstellungsauftrags tatsächlich die nötigen Haus- und Fachärzte auf die zur Verfügung stehenden Sitze zu locken. Finanzielle Anreize hierzu sind bislang nur von sehr begrenztem Erfolg gewesen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen müssen ihrem Auftrag zur Sicherung einer gleichmäßigen medizinischen Versorgung nachkommen. Gelingt dies weiterhin nicht, müssen die **ordnungspolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden**, insbesondere der bisherige Vorrang der Freiberuflichkeit des Arztes in Einzelniederlassung ist zu hinterfragen...

Zusätzlich müssen ambulante medizinische Leistungen näher an den Menschen gebracht werden, z. B. über Außensprechstunden niedergelassener Ärzte oder auch von Krankenhausärzten. Ebenso sind Modelle einer Unterstützung durch **mobile Krankenschwestern o. ä., ggf. mit erweiterten Ermächtigungen, weiter auszubauen und ggf. als Regelangebot für ländliche Regionen** vorzusehen. Auch muss die Berücksichtigung von Wegezeiten und Fahrtkosten in der Abrechnungspraxis verbessert werden...

Eine dringend notwendige Folgerung ist auch insgesamt die weitere Verbesserung der Kooperation zwischen stationären und ambulanten Leistungsanbietern mit dem Ziel der Durchlässigkeit. Es muss auf kommunaler Ebene die Zusammenarbeit in jeder geeigneten Form ermöglicht und unterstützt werden können, bspw. durch **gemeinsame Versorgungskonferenzen auf Landkreisebene...**“

- **Erhalt der hausärztlichen Versorgung in kleineren und ländlichen Gemeinden des Landkreises Mainz-Bingen**

Mehr als die **Hälfte der Patientinnen und Patienten in Hausarztpraxen ist über 65 Jahre alt.** Die Behandlung geriatrischer Patientinnen und Patienten erfordert entsprechende Fortbildungsangebote für die Allgemeinmediziner und das Praxispersonal.

Lt. Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz beträgt das **mittlere Alter der Hausärzte im Landkreis Mainz-Bingen 54 Jahre**. Davon sind **über 28 % über 59 Jahre alt**. Besonders hoch ist der Anteil der Hausärzte im Alter von mehr als 59 Jahren in den Verbandsgemeinden **Guntersblum (50%)** und **Nieder-Olm (44%)**

Wie viele Arztpraxen in den kommenden zehn Jahren aus Altersgründen im Landkreis aufgegeben werden und ob noch im ausreichenden Umfang Nachfolger gefunden werden, kann nach Darlegung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz nur geschätzt werden, da der Zeitpunkt des Ausscheidens je Arzt individuell ist. Es ist davon auszugehen, dass etwa **50% bis 55% der derzeit tätigen Hausärzte innerhalb der nächsten zehn Jahre in den Ruhestand gehen**. Wie hoch der Anteil derer sein wird, die möglicherweise keinen Nachfolger für Ihre Praxis finden werden, lässt sich nicht valide schätzen.

Jährlich geben rund 3,8 % der Hausärzte in Rheinland-Pfalz ihre Arztpraxis auf. Während seit 2006 bis 2011 rund 500 Hausärzte in Rheinland-Pfalz ihre Tätigkeit aufgaben, wurde im selben Zeitraum nur 239 „neuen“ Ärzten die Anerkennung zum Facharzt für Allgemeinmedizin in RLP erteilt (Quelle: Versorgungsatlas 2012 der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz). Konnten bisher frei werdende Praxen in der Regel noch durch niederlassungswillige Ärzte besetzt werden, wird die ungenügende Zahl der jährlich ausgebildeten Allgemeinmediziner zukünftig zu einem wachsenden Problem bei der Wiederbesetzung führen. Vor allem in kleineren und ländlichen Gemeinden werden ältere Allgemeinmediziner in Zukunft immer mehr Probleme haben, einen Nachfolger zu finden.

Um die Ausübung des Berufes flexibler zu gestalten, könnten beispielsweise Kooperationsformen etwa in Form von überörtlichen Gemeinschaftspraxen realisiert werden. Solche Kooperationen ermöglichen besser geregelte Arbeitszeiten und eine Teilzeitbeschäftigung, zumal der weibliche Anteil der Medizinstudenten in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Inzwischen sind 70 % der Absolventen Frauen.

Auch finden sich für Allgemeinarztpraxen kaum noch Assistenzärzte. Der Deutsche Hausärzterverband hat daher eine Qualifizierungsoffensive für Medizinische Fachangestellte zur Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis (VERAH) gestartet. Arzhelferinnen sollen nach dieser Qualifizierung Aufgaben der Ärzte mit übernehmen (Quelle: www.verah.de)

- **Errichtung von geriatrischen Schwerpunktpraxen**

Der geriatrische Patient ist gekennzeichnet durch eine Multimorbidität und ein höheres Lebensalter (überwiegend 70 Jahre und älter). Typische Syndrome sind:

- Immobilität
- Sturzneigung und Schwindel
- kognitive Defizite
- Inkontinenz
- Wundliegen
- Fehl- und Mangelernährung
- Störungen im Flüssigkeits- und Elektrolythaushalt
- Depression, Angststörung
- chronische Schmerzen
- herabgesetzte körperliche Belastbarkeit/Gebrechlichkeit
- starke Sehbehinderung/ausgeprägte Schwerhörigkeit

Die ambulante Versorgung geriatrischer Patienten obliegt den Hausärztinnen und Haus-

Ärzten. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit noch keine geriatrischen Schwerpunktpraxen. Fachärztliche geriatrische Schwerpunktpraxen wären die zweite Stufe der ambulanten Versorgungsstruktur. Angesichts der demografischen Entwicklung würde deren Etablierung die bedarfsgerechte Versorgung der geriatrischen Patientinnen und Patienten deutlich verbessern.

In Rheinland-Pfalz gab es Ende 2009 ca. 100 Ärztinnen und Ärzte, die eine abgeschlossene Weiterbildung zur Geriaterin bzw. zum Geriater absolviert haben (Quelle: Landesärztekammer).

- **Erhalt eines ausreichenden Fachärzteangebotes im Landkreis**

Wie die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz auf Anfrage mitgeteilt hat, beträgt das **mittlere Alter der Fachärzte im Landkreis Mainz-Bingen 51 Jahre**. Hiervon sind ca. **11 % über 59 Jahre alt**.

Der Anteil der Gruppe der 59 Jahre und älteren in Rheinland-Pfalz niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten stieg von 2005 bis 2011 von 13,7 auf 22,1 %. Die Gruppe der **55 Jahre und älteren von 31,6 auf 41,5 %**. Ca. 4 % der niedergelassenen Ärzte in Rheinland-Pfalz geben jährlich ihre Praxis auf. Bis zum 01.10.2008 betrug die Altersgrenze für niedergelassene Ärzte 68 Jahre. Diese Altersgrenze ist inzwischen aufgehoben worden. Wobei der überwiegende Teil der Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz nach wie vor dem 69. Lebensjahr die Arztpraxis aufgibt (Quelle: Versorgungsatlas 2012 der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz).

In den Städten Bingen und Ingelheim und in den größeren Verbandsgemeinden des Landkreises sollte auch in Zukunft ein ausreichendes Angebot an Fachärzten vorhanden sein. Eine große Zahl niedergelassener Fachärzte in der Stadt Mainz ist angesichts der eingeschränkten Mobilität einer zunehmenden Zahl von hochbetagten und von pflege- und unterstützungsbedürftigen Menschen keine Alternative für eine ausreichende fachärztliche Versorgung im Landkreis.

Es wird zu klären sein, in welchen fachmedizinischen Bereichen zukünftig eine Unterversorgung gegeben ist. Aufgrund der Zunahme der Altenbevölkerung wird z. B. der Bedarf an Urologen ansteigen. Zur Zeit sind im Landkreis Mainz-Bingen 5 Urologen niedergelassen. Auch werden voraussichtlich aufgrund einer zunehmenden Zahl von Notfalleinsätzen zukünftig mehr „Notärzte“ benötigt. Darüber hinaus scheint es beispielsweise bereits jetzt im Bereich der Stadt Ingelheim einen Engpass bei der augenärztlichen und hautärztlichen Versorgung zu geben, wie eine Befragung der Geschäftsstelle des Seniorenbeirates des Landkreises von ambulanten Einrichtungen der Altenhilfe, Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren und von einzelnen Seniorinnen und Senioren ergab.

- Insbesondere wegen der Zunahme der Zahl der Hochbetagten wird mit einer Zunahme von Notfall-Einsätzen zu rechnen sein. Es werden zukünftig mehr **Notfallmediziner und Rettungsassistenten/innen** benötigt.

7.4.4 Schaffung von geriatrischen Fachabteilungen in den Krankenhäusern in Bingen und Ingelheim

In Rheinland-Pfalz besteht im Vergleich zu anderen Bundesländern noch ein Defizit im Bereich der ambulanten und stationären geriatrischen Versorgung (siehe Geriatriekonzept

des Landes Rheinland-Pfalz). Der **Landeskrankenhausplan 2010 weist bis zum Jahr 2016 einen Fehlbedarf von 380 Betten im Bereich der Geriatrie** für Rheinland-Pfalz aus. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Bedarf in den kommenden Jahrzehnten noch erheblich zunehmen.

Es sollte daher die Notwendigkeit für den Aufbau eines spezifischen Versorgungsangebotes für ältere Menschen in Form von „Hauptfachabteilungen Geriatrie“ in Kliniken in Ballungsregionen (in fünf rheinland-pfälzischen Oberzentren) und die regionalisierte Bedarfsdeckung in der Fläche durch die Ausweisung von Standorten von **Allgemeinkrankenhäusern mit geriatrischer Kompetenz** geprüft werden. erfolgen. Die Mindestgröße einer Fachabteilung sollte 25 Betten nicht unterschreiten.

Bei der Standortauswahl geeigneter Allgemeinkrankenhäuser sind die zu versorgende Einwohnerzahl, die geographische Lage sowie die Verkehrsinfrastruktur von Bedeutung.

7.4.5 Unterstützung von Nachbarschaftshilfen und sonstigen ehrenamtlichen Aktivitäten von oder für Seniorinnen/Senioren

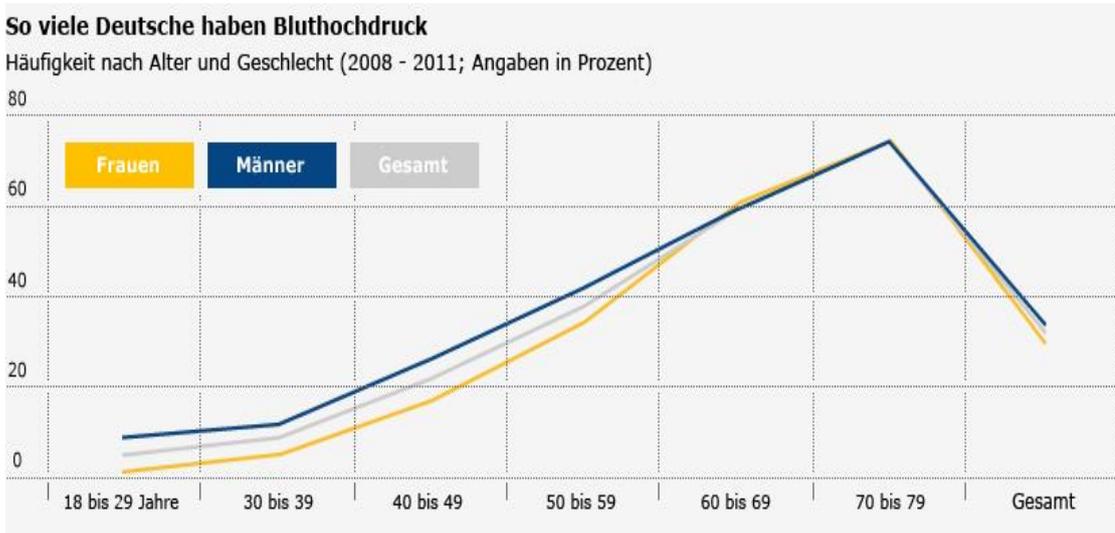
- Unterstützung von **Nachbarschaftshilfen**, Organisationen der Seniorenselbsthilfe und von Senioren-Genossenschaften. Hier könnten auch z. B. Personen eingesetzt werden, die zu ihrer Rente noch einen Zuverdienst benötigen und/oder im Alter noch eine sinnvolle Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich suchen.
- **Ehrenamtliche Aktivitäten** von oder für Seniorinnen und Senioren sollten vor Ort durch die Verbandsgemeinden (z. B. durch „Seniorenbüros“ oder „Seniorenbeauftragte“) koordiniert, angeleitet und ggf. initiiert werden.
- Der Bundes-Freiwilligendienstes für Seniorinnen und Senioren könnte **nach Ablauf von zwei Jahren ggf. durch die kommunalen Gebietskörperschaften verlängert werden**, wenn Seniorinnen und Senioren **für die Gemeinschaft wichtige gemeinnützige Aufgaben** wahrnehmen - etwa den Einsatz einer Senioren-Genossenschaft koordinieren. Der Bundes-Freiwilligendienst wird in der Regel vom Bund für ein Jahr genehmigt und kann auf Antrag nochmals um ein weiteres Jahr verlängert werden. Danach ist er beendet.

7.4.6 Verbesserung der präventiven Angebote und der Gesundheitsförderung/Ergebnisse der Studie des Robert-Koch-Instituts zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland

Drei Jahre lang, von Herbst 2008 bis Herbst 2011, haben Ärzte und Wissenschaftler des Berliner Robert Koch-Instituts Tausende Deutsche befragt und medizinisch untersucht. Die im **Mai 2013 vorgestellte "Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland" (DEGS1)** ist die umfassendste Untersuchung über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten der 18- bis 79-Jährigen seit 1998.

- **Volkskrankheit „Bluthochdruck“**

Diagramm/Tabelle Nr. 120



Quelle: „Studie zur Gesundheit Erwachsener“ (DEGS1), Robert-Koch-Institut, Berlin, Mai 2013 – wiedergegeben nach „spiegel-online“ vom 27.05.2013

Beinahe die Hälfte der Erwachsenen hat einen Blutdruck, der nicht im optimalen Bereich liegt. Als Bluthochdruck gelten obere Werte über 140mmHg, als optimal solche unter 120 mmHg, bei den unteren Werten beginnt der Bluthochdruck bei 90 mmHg, der optimale Bereich liegt unterhalb von 80 mmHg.

Die Möglichkeit zur Vorbeugung von Bluthochdruck ist hoch, so die Verfasser der Studie. Etwa durch eine Reduktion von Salz in Lebensmitteln und eine bessere Information der Bevölkerung. Durch eine Verbesserung der Blutdruckwerte lassen sich Schlaganfall, Herzinfarkt oder koronare Herzerkrankungen reduzieren.

- **Herzinfarkt/Schlaganfall**

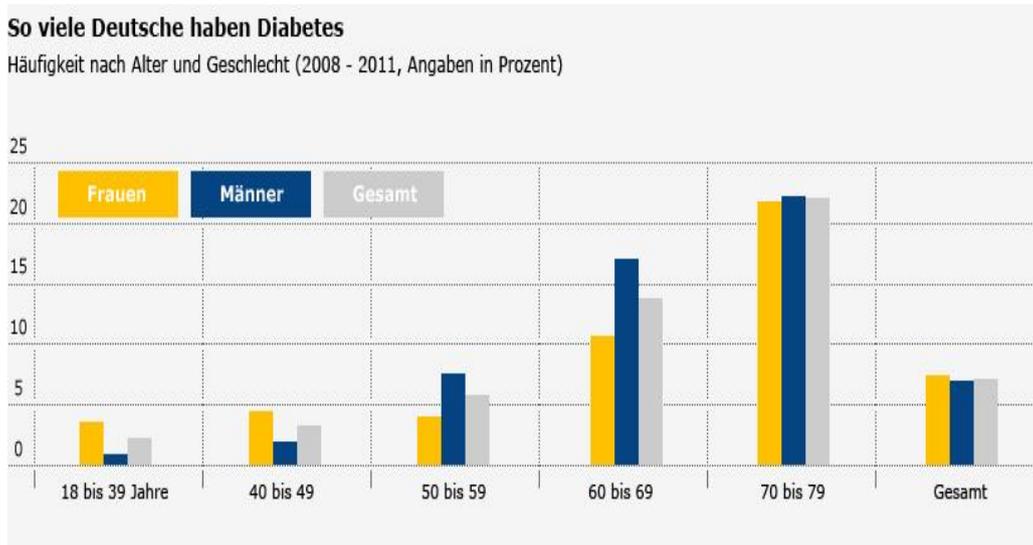
Der Herzinfarkt ist in Deutschland nach wie vor Todesursache Nummer eins. **Ca. 5 Prozent der Deutschen zwischen 40 und 79 Jahren erleiden einen Infarkt.** Bei den Männern dieser Altersgruppe sind dies sogar 12 %. Zwar sterben zunehmend immer weniger direkt an einem Infarkt, dafür steigt jedoch in Folge die Zahl der Menschen mit einer Herzschwäche.

Die Zahl der 40 –79jährigen Deutschen, die einen **Schlaganfall erleiden, beträgt knapp 3 % Prozent.**

- **Volkskrankheit „Diabetes“**

Rund 7 Prozent der deutschen Erwachsenen zwischen 18 und 79 Jahren sind **Diabetiker**, insgesamt ca. 4,6 Millionen Menschen. Betroffen sind **vor allem ältere Menschen: 22 Prozent der 70- bis 79-Jährigen sind zuckerkrank.** In der Gruppe der unter 50-Jährigen sind es dagegen weniger als 5 Prozent. Die Häufigkeit von Diabeteserkrankungen hat in den **letzten zehn Jahren deutlich zugenommen**: Laut vorherigen Bundesgesundheitsurvey von 1998 (BGS98) waren früher nur 5 Prozent der deutschen Erwachsenen zuckerkrank. Schuld an der Zunahme ist vor allem der Typ-2-Diabetes: Übergewicht und mangelnde Bewegung nehmen in der Bevölkerung zu - damit auch das Risiko für die Zuckerkrankheit.

Diagramm/Tabelle Nr. 121



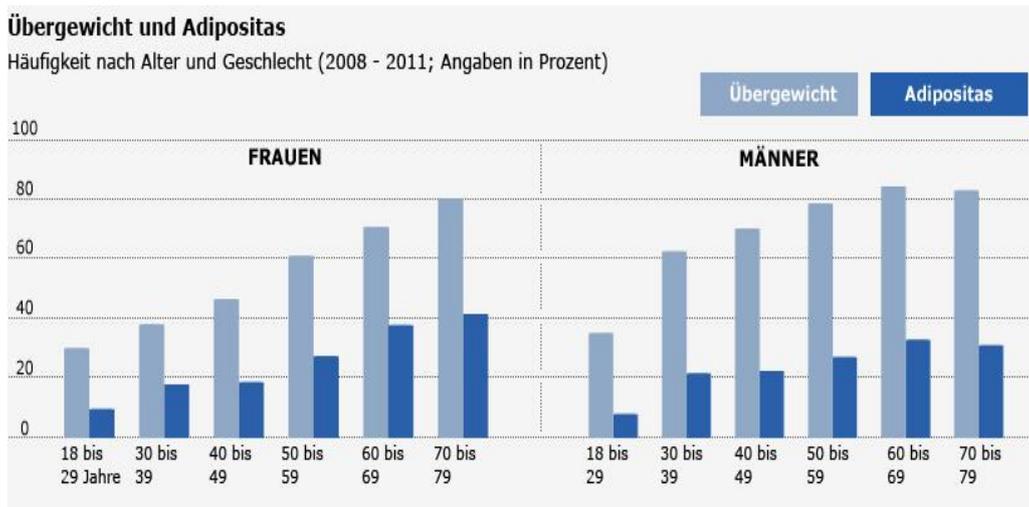
Quelle: Studie zur Gesundheit Erwachsener“ (DEGS1), Robert-Koch-Institut, Berlin, Mai 2013 – wiedergegeben nach „spiegel-online“ vom 27.05.2013

Diabetiker haben ein **erhöhtes Risiko für zahlreiche Krankheiten**, wie z. B. verstopfte Herzgefäße, Schlaganfälle, Nierenversagen, Erblindung und Fußamputationen. Wer an Diabetes erkrankt ist, hat aber gute Chancen, seine Gesundheit vor weiteren schweren Folgeerkrankungen zu bewahren. Dies gilt insbesondere für Menschen, deren Insulin- und Blutzuckerstoffwechsel noch nicht völlig aus den Fugen geraten ist. Körperliche Bewegung im Alltag, Sport, eine ausgewogene Ernährung und Abnehmen bei Übergewicht sind die beste Vorsorge.

- **Übergewicht/Starkes Übergewicht (Adipositas)**

In der Altersgruppe der 18- bis 79-Jährigen sind mehr als zwei Drittel der Männer (67 Prozent) und mehr als die Hälfte der Frauen (53 Prozent) übergewichtig. **Bei den 70 – 79jährigen hat nur noch ein Sechstel ein normales Gewicht.** Zwar stagniert die Zahl der Übergewichtigen im Vergleich zum Bundesgesundheitsurvey von 1998 auf hohem Niveau, aber die Zahl der Menschen mit einem extremem Übergewicht haben vor allem in den jüngeren Altersgruppen der 14 bis 17jährigen (siehe Kinder- und Jugendsurvey) und der 18 bis 29jährigen stark zugenommen. Nach dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) haben bei den 14- bis 17-Jährigen mehr als 8 Prozent extremes Übergewicht.

Diagramm/Tabelle Nr. 122



Quelle: „Studie zur Gesundheit Erwachsener“ (DEGS1), Robert-Koch-Institut, Berlin Mai 2013 – wiedergegeben nach „spiegel-online“ vom 27.05.2013

- **Mehr körperliche Bewegung erforderlich**

Die deutschen Erwachsenen sind seit den Neunzigerjahren sportlich aktiver geworden. Dieser Trend macht sich vor allem bei den höheren Altersgruppen deutlich bemerkbar. So stieg im Vergleich mit dem Bundes-Gesundheitssurvey von 1998 der **Anteil der 70- bis 79-jährigen Männer und Frauen, die mindestens eine Stunde pro Woche sportlich aktiv sind, jeweils von unter 20 auf über 40 Prozent**. Trotz der fraglos positiven Entwicklung gibt es nach den Verfassern der Studie weiteren Verbesserungsbedarf. So ist derzeit nur ein begrenzter Teil der Erwachsenen – jeder vierte Mann und jede sechste Frau – **zweieinhalb Stunden oder mehr pro Woche körperlich mit mäßiger Anstrengung aktiv**. Dies gilt nach internationalen Studien als Richtwert, um das Risiko chronischer Krankheiten auf Dauer mindern und die Lebenserwartung steigern zu können. Entscheidend ist es dabei nicht, einen spezifischen Sport zu betreiben. Vielmehr komme es darauf an, im Alltag regelmäßig ins Schwitzen oder außer Atem zu geraten – zum Beispiel beim Fahrradfahren zur Arbeit, beim Erledigen von Einkäufen, bei Haus- und Gartenarbeiten oder beim Spielen mit Kindern.

- **Ausbau der Angebote zur Gesundheitsförderung und für sportliche Aktivitäten**

Eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten und ein Mehr an körperlicher Bewegung sollte bereits im Kindesalter – etwa im Rahmen der Vorschulerziehung - beginnen. Es muss verhindert werden, dass chronische Erkrankungen bereits im mittleren Lebensalter auftreten und eventuell zu beruflichen Einschränkungen und möglicherweise sogar zu einer frühen Berufsunfähigkeit führen. Wird hier nicht stärker gegengesteuert, ist in den kommenden Jahrzehnten mit einem massiven Anstieg der Gesundheitsausgaben und sozialer Folgekosten zu rechnen. In Hinblick auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird dabei der betrieblichen Gesundheitsförderung eine besondere Bedeutung zukommen.

Angebote der **Gesundheitsförderung** und eines **Bewegungstrainings sollten aber auch für Ältere** und bereits hochbetagte Personen von den Krankenkassen, der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung RLP, den Volkshochschulen und den örtlichen Turn- und Sportvereine mit dem Ziel der Vermeidung von chronischen

Erkrankungen und der Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustand von Seniorinnen und Senioren **verstärkt angeboten werden.**

Auch besteht Aufklärungs- und Informationsbedarf hinsichtlich der Wirkungen (Wechselwirkungen) bei der Einnahme von Arzneimitteln und Nahrungsergänzungsmitteln. Nach der Studie des Robert-Koch-Instituts nimmt die „typische Frau um die 60“ ca. 4 Arzneimittel oder Nahrungsergänzungsmittel zu sich, bei dem typischen 60jährigen Mann sind dies 3 Arzneimittel oder Nahrungsergänzungsmittel.

Quelle: „Studie zur Gesundheit Erwachsener“ (DEGS1), Robert-Koch-Institut, Berlin, Mai 2013; Homepage des Robert-Koch-Instituts und Bericht in „spiegel-online“ vom 27.05.2013 über die Ergebnisse der Studie

7.4.7 Ausbau von Informations-, Freizeit-, und Kulturangeboten und der Begegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren

Unterstützend wirkt der Ausbau von **Kultur- Informations- und Freizeitangeboten und Begegnungsmöglichkeiten** für Seniorinnen und Senioren zur **Vermeidung der Isolation** von älteren Menschen und zur Information über **Themen, die für die ältere Generation von besonderer Relevanz** und für Seniorinnen und Senioren von Interesse sind., etwa Informationsangebote über eine gesunde Lebensführung im Alter, Unterstützungsangebote für Seniorinnen und Senioren oder über rechtliche Themen.

7.4.8 Unterstützung der Kommunen durch die Kreisverwaltung bei der Schaffung von Infrastrukturmaßnahmen zur Gestaltung der demografischen Entwicklung

Die demografische Entwicklung erfordert in den nächsten Jahren erhebliche private und kommunale Investitionen für den Ausbau einer seniorengerechten Infrastruktur, siehe die Ausführungen des Deutschen Instituts für Urbanistik an vorheriger Stelle. Darüber hinaus sind im Landkreis Mainz-Bingen besondere Maßnahmen und Initiativen notwendig, um den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere an qualifizierten Arbeitskräften, sicherzustellen.

Um diese wichtige Aufgaben voran zu bringen und die Anpassungsmaßnahmen an die demografische Entwicklung zu koordinieren, sollte die Kreisverwaltung gezielte Unterstützung anbieten.

- Aufzeigen, der sich aus dem demografischen Wandel ergebenden Handlungsnotwendigkeiten
- Information der Öffentlichkeit über die erforderlichen Anpassungsprozesse
- Erfassung des Bedarfs an notwendigen Maßnahmen (z. B. nach altengerechten Wohnungen, des örtlichen Bedarfs an Einrichtungen der Nahversorgung usw.).
- Auswertung neuer Bedienungsformen im ÖPNV und Prüfung, ob diese zum Einsatz kommen können. Aufzeigen von Möglichkeiten zur Verbesserung der Mobilität von Seniorinnen und Senioren.
- Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen des demografischen Anpassungsprozesses – auch innerhalb der Verwaltung

- Beratung von Ortsbürgermeistern/innen und kommunalen Gremien vor Ort in Fragen der demografischen Entwicklung, auch in Hinblick auf eine seniorengerechte Gestaltung öffentlicher Plätze, Wege und Einrichtungen.
- Moderation und Beratung von Prozessen der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung von Anpassungsmaßnahmen
- Beratung von Seniorinnen und Senioren über Möglichkeiten der altengerechten Umgestaltung vorhandenen Wohnraums und Information über Fördermöglichkeiten
- Zusammenarbeit in allen Fragen des demografischen Anpassungsprozesses, der Dorferneuerung, der Regionalplanung, der Bauleitplanung und der Wohnungsbauförderung mit den Mitarbeitern/innen der Bauabteilung der Kreisverwaltung
- Mitwirkung an der Pflegestrukturplanung des Landkreises
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung bei der Entwicklung von Konzepten und der Durchführung von Initiativen zur Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften, insbesondere von Fachkräften.
- In Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunen - Entwicklung eines Anreizsystems für einen Zuzug junger Familien in den Landkreis

7.5 Maßnahmen aufgrund der zukünftig zunehmenden Altersarmut

Nach einer Berechnung des Pestel-Instituts, Hannover ist **ein Viertel der aktuellen Erwerbspersonen von Altersarmut im Sinne von Grundsicherungsbezug bedroht**. Empfänger von SGB II Leistungen habe ihre „Vermögenslosigkeit“ bereits nachweisen müssen, so dass deren unmittelbarer Übergang in den Grundsicherungsbezug mit Erreichen des 65. Lebensjahres eine hohe Wahrscheinlichkeit hat.

Insgesamt ist nach Auffassung des Pestel-Instituts zu befürchten, dass sich der Anteil an Seniorinnen und Senioren, die ergänzende **Grundsicherungsleistungen zur Absicherung des Lebensunterhaltes** benötigten, von **gegenwärtig rund 3 % innerhalb der kommenden 20 Jahre auf über 25 % ansteigt**.

Quelle: Studie „Wohnen 65plus“, Pestel-Institut, Hannover, Juni 2013

Es bedarf umfassender vorbeugender und unterstützender Maßnahmen, um der Altersarmut entgegenzuwirken.

8. Anpassung der Abteilungen der Kreisverwaltung und kommunalen Gesellschaften, Zweckverbände und Volkshochschulen im Landkreis Mainz-Bingen an die demografische Entwicklung

- **Allgemeiner Rückgang der Fallzahlen**

Eine abnehmende Bevölkerung des Landkreises wird zu einem Rückgang der Fallzahlen in der **Leistungsverwaltung** und somit mittel- bis längerfristig zu einem verminderten Personalbedarf führen.

- **Anpassung der Bedarfsplanungen für den Landkreis Mainz-Bingen**

Die Bedarfsplanungen des Landkreises Mainz-Bingen, wie z. B. die Pflegestruktur-, die Kindertagesstättenbedarfs-, der Schulentwicklungsplan, die Verkehrs-, Personal-, Bauleitplanung oder der Sportstättenleitplan sind **entsprechend der demografischen Entwicklung anzupassen**.

Folgende Abteilungen der Kreisverwaltung werden im besonderen Maße von der zukünftigen demografischen Entwicklung betroffen sein:

- **Schulabteilung**

Die Schulabteilung ist zuständig für die **Fortschreibung des Schulentwicklungsplans** für den Landkreis Mainz-Bingen. Dieser ist entsprechend der demografischen Entwicklung anzupassen.

Es wird in Zukunft nicht auszuschließen sein, dass **Schulklassen kleiner oder auch zusammengeschlossen werden**.

Das Bildungsangebot und vor allem dessen Qualität sind für den Erhalt der wirtschaftlichen Leistungskraft des Landkreises von großer Bedeutung.

Der Landkreis kann mit dazu beitragen, dass **Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund durch Intensivierung von Förderprogrammen** Sprach- und Bildungsdefizite ausgleichen können. Auch sollten benachteiligte Kinder, Jugendliche und Heranwachsende aus einem **bildungsfernen Milieu ohne Migrationshintergrund** besser als bisher unterstützt und gefördert werden. Dies wird in Zukunft eine zunehmend wichtigere Aufgabe für die Kreisvolkshochschule und andere Bildungsträger im Landkreis werden.

- **Abt. 32 Eingliederungshilfe/Bafög-Amt**

Aufgrund des medizinischen Fortschritts hat die Lebenserwartung behinderter Menschen deutlich zugenommen. Dies erfordert **im Alter spezielle Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für Behinderte**.

Die Anzahl der Studenten die „Ausland-Bafög“ erhalten wird in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung zurückgehen. Diese Aufgabe wird von der Kreisverwaltung als „Auftragsverwaltung“ für den Bund wahrgenommen.

- **Abt. 33 „Soziales/Kostencontrolling“**

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer **zunehmenden Zahl von hochbetagten unterstützungs- und pflegebedürftigen Personen** zu rechnen. Steigende Fallzahlen führen zu einer Steigerung der Ausgaben in der ambulanten, teilstationären und in der stationären Altenhilfe. Daher wird die Zahl der Mitarbeiter/innen in der Abt. 33 in den kommenden Jahren verstärkt werden müssen.

Aus Gründen der Kostenbegrenzung in der Pflegeversicherung wird in Zukunft nicht damit zu rechnen sein, dass die Leistungen der Pflegeversicherung wesentlich erhöht werden. Ferner ist in der personalintensiven stationären Altenhilfe mit Kostensteigerungen zu rechnen, d. h.

immer mehr Pflegebedürftige werden bei steigenden Heimkosten ergänzend auf Leistungen der „Hilfe zur Pflege“ angewiesen sein.

Die regelmäßig fortzuschreibende **Pflegestrukturplanung für den Landkreis Mainz-Bingen** sollte innovative Vorschläge für eine Verbesserung der ambulanten und teilstationären Versorgung von Pflege- und Unterstützungsbedürftigen, insbesondere für dementiell veränderte Personen, entwickeln.

Zur Zeit ist eine Zunahme des Bedarfs an **Kurzzeitpflegeplätzen** feststellbar. Auch ist zu erwarten, dass der Bedarf an **Tagespflegeplätzen** zunehmen wird. „Altengerechtes Wohnen“ und die Gestaltung eines „altengerechtes Wohnumfeldes“ wird an Bedeutung gewinnen. Die hausärztliche Versorgung muss als wichtiger Eckstein der Versorgung im häuslichen Bereich auch in kleineren Gemeinden sichergestellt werden.

Angesichts des Mangels an Pflegefachkräften wird die Gewinnung von qualifiziertem Pflegepersonal eine immer größer werdende Herausforderung sein. Es ist mit Aufgabe der Abt. 33, die Träger der Altenhilfe bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Angesichts einer in den kommenden Jahren zunehmenden „**Altersarmut**“ wird die Zahl von Personen, die „Grundsicherung für Ältere“ erhalten, deutlich zunehmen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe wird mittelfristig mehr Verwaltungspersonal erforderlich.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das **ehrenamtliche Engagement** werden erheblich sein. Ehrenamtliche Aktivitäten von oder für Seniorinnen und Senioren sind stärker durch die Abt. 33 zu unterstützen. Es ist zu befürchten, dass bisher ehrenamtlich wahrgenommene Aufgaben, nicht nur im sozialen Bereich, verstärkt wieder von den Kommunen selbst wahrgenommen werden müssen.

- **Jugendamt**

Der **Kindertagesstättenbedarfsplan** für den Landkreis Mainz-Bingen ist entsprechend der **demografischen Entwicklung anzupassen**.

Die **Fallzahlen im Bereich der Jugendhilfe** werden voraussichtlich mittelfristig stagnieren.

Es sind vermehrt **familienstärkende Maßnahmen** - für alle Generationen - erforderlich.

- **Personalabteilung**

Für die Kreisverwaltung wird es schwieriger werden, noch im ausreichenden Umfang **qualifizierte Mitarbeiter/innen zu finden**. Daher ist eine längerfristige **Personalplanung** erforderlich. Ebenso wird der **Wettbewerb um geeignete Auszubildende** und Anwärter für die Beamtenlaufbahn erheblich zu nehmen. Es wird zukünftig entscheidend sein, wie attraktiv der Öffentliche Dienst generell und die Kreisverwaltung als Arbeitgeber und Ausbildungsstätte noch sein werden. Fachkräfte aus handwerklichen und technischen Berufen wird man zu der heute noch üblichen Eingruppierung dieser Berufsgruppe im Öffentlichen Dienst zukünftig nicht mehr finden. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe bereits jetzt abzusehen. Für Mediziner im öffentlichen Gesundheitswesen gilt dies schon heute.

Die Kreisverwaltung sollte auch vermehrt **Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden** und beschäftigen. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Kreisbevölkerung beträgt zu Zeit 15,4 %.

Die Kreisverwaltung wird sich um ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen, mehr für **„Quereinsteiger“ öffnen** und stärker von den bisherigen Laufbahnregelungen lösen müssen.

Die **Beschäftigung älterer Arbeitnehmer** und eine auf dieses Ziel ausgerichtete **betriebliche Gesundheitsförderung** werden zunehmend an Bedeutung gewinnen.

- **Jobcenter Mainz-Bingen**

Aus der Gruppe der Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Alleinerziehenden ist durch eine verbesserte Qualifizierungsstrategie (z. B. auch durch Unterstützungs- und Kinderbetreuungsangebote des Landkreises für Alleinerziehende) sicherlich noch ein zusätzliches **Arbeitskräftepotenzial zu erschließen**. Es sollte auch älteren Arbeitslosen oder Berufsrückkehrerinnen nochmals ermöglicht werden, eine weitere oder eine erste Berufsausbildung zu absolvieren. Angesichts eines in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmend späteren Renteneintrittsalters liegen eventuell noch einige Berufsjahre vor älteren Auszubildenden.

In Anlehnung an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmodelle, wie sie etwa in den Niederlanden oder Dänemark praktiziert werden und die konsequent den Grundsatz des „Forderns und Förderns“ umsetzen, ist insbesondere verstärkt ein Abgleiten von **benachteiligten Jugendlichen und Heranwachsenden in die Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern**.

Wie Heinrich Alt, stellvertretender Leiter der Bundesagentur für Arbeit und zuständig für den Bereich der Grundsicherung („Hartz IV“), in einem Zeitungsinterview mitteilte, wird es **2025 in Deutschland rund drei Millionen Menschen weniger auf dem Arbeitsmarkt** als heute geben. Damit stiegen die Chancen von Alleinerziehenden, Ungelernten, Migranten oder Älteren. Heinrich Alt sieht kurz- und mittelfristig für rund eine **halbe Million "Hartz-IV-Empfänger" gute bis sehr gute Chancen** am Arbeitsmarkt.

Trotz aller Bemühungen wird es eine Gruppe von Langzeitarbeitslosen geben, die durchaus motiviert ist, aber etwa aus gesundheitlichen Gründen (z. B. wg. einer chronischen Erkrankung) oder sonstigen Einschränkungen (wie etwa einer starken Lernbehinderung) nicht in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden kann. Dieser Personenkreis sollte aber nicht dauerhaft auf den Bezug staatlicher Transferleistungen verwiesen werden, zumal die gesellschaftlichen Folgekosten (z. B. hohe Gesundheitsausgaben) und die negativen sozialen Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit, vor allem auf die Familien der Langzeitarbeitslosen, erheblich sind.

Durch Schaffung von **längerfristigen oder dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten** für einen Teil der Langzeitarbeitslosen in einem **zweiten Arbeitsmarkt**, wie dies ebenfalls von Heinrich Alt gefordert wird, könnten Aufgaben in gesellschaftlich sinnvollen und sozialen Bereichen, wie etwa die Unterstützung von hochbetagten und zu Hause lebenden Personen in Alltagsangelegenheiten, wahrgenommen werden. Diesen Langzeitarbeitslosen würde durch die Beschäftigung in einem zweiten Arbeitsmarkt wieder eine Integration in das Arbeitsleben und eine berufliche Perspektive ermöglicht.

- **Gesundheitsamt**

Das Gesundheitsamt, insbesondere der **Sozialpsychiatrische Dienst**, wird sich auf eine zunehmende Zahl dementiell veränderter Personen einstellen müssen. Ebenso wird die **Betreuungsbehörde** aufgrund der demografischen Entwicklung mit einer größeren Anzahl an rechtlichen Betreuungen rechnen müssen.

Es wird mit Aufgabe des Gesundheitsamtes sein, eine Antwort darauf zu finden, wie zukünftig eine ausreichende hausärztliche Versorgung in den ländlichen und kleineren Gemeinden des Landkreises sichergestellt werden kann.

- **Wirtschaftsförderung des Landkreises - eventuelle Ergänzung um eine „Wissenschaftsförderung“**

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises wird sich verstärkt mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie in Zukunft noch im ausreichenden Umfang **Fachkräfte** für die Unternehmen im Landkreis gefunden werden können. Damit qualifizierte Arbeitskräfte in den Landkreis ziehen, werden nicht nur attraktive Arbeitsplätze, sondern ebenso ein gutes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bezahlbarer Wohnraum, gute Bildungs- Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot erforderlich sein.

Es wird mit Aufgabe der Wirtschaftsförderung werden, gemeinsam mit der Ausländerbehörde ein Konzept für die **Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften**, insbesondere von qualifizierten Arbeitskräften, zu entwickeln und dieses umzusetzen.

Schneidet der Landkreis Mainz-Bingen bei bundesweiten Vergleichen („Rankings“) von Landkreisen durch Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitute in vielen Bereichen immer sehr gut bis gut ab, trifft dies **nicht auf Forschung- und Wissenschaft zu**.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landkreises und um weiterhin Standort für eine hochwertige technologische Produktion und qualifizierte Dienstleistungen zu bleiben, wäre zur prüfen, ob die Wirtschaftsförderung des Landkreises - wie die Wirtschaftsförderung der Stadt Darmstadt - um eine **qualifizierte „Wissenschafts- und Technologieförderung“ ergänzt wird**.

Eine solche Stelle könnte Kontakte/einen Informationsaustausch zwischen Industriebetrieben, Dienstleistern und der Wissenschaft und Forschung herstellen. Ferner sollten aktuelle und zukünftige wissenschaftliche und technologische Entwicklungen aufgegriffen und kleine und mittelständische Unternehmen hierüber informiert werden. In Zusammenarbeit mit Industrie und Forschung wären z. B. technologische **Zukunftsforen und Wissenschaftskongresse** im Landkreis zu organisieren.

Eine Stelle für „Wissenschaftsförderung“ könnte vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beratung von **kleinen und mittleren Unternehmen**
- Analyse des Innovationspotentials im Unternehmen vor Ort
- **Beratung über Fördermöglichkeiten**
- Vermittlung von **Kontakten** und direkten Ansprechpartnern geeigneter Hochschulen
- Vermittlung von Experten
- Vermittlung von Studien-, Bachelor- und Masterarbeiten
- technologieorientierte **Veranstaltungen** für Wirtschaft und Wissenschaft

- Informationen über aktuelle Technologietrends
- Initiierung von **Kooperationsprojekten**
- Tipps zur finanziellen Förderung von Kooperationsprojekten
- Förderung und Begleitung von Netzwerken

Es wäre ein Konzept zum **Aufbau einer „wissenschafts- und forschungs-freundlichen Struktur“** im Landkreis Mainz-Bingen zu erarbeiten. Ebenso sollte darauf hingewirkt werden, naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, z. B. in Kooperation mit Instituten der Universität Mainz, im Landkreis anzusiedeln. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo naturwissenschaftliche und technologische Forschung stattfindet, auch neue Unternehmen gegründet werden.

Vielleicht könnte eine solche Stelle für die „Wissenschaftsförderung“ des Landkreises in Zusammenarbeit mit der Universität Mainz, der Fachhochschule Bingen und mit finanzieller Unterstützung des Landes und mit Mitteln der Europäischen Union zumindest als **Modellversuch** realisiert werden.

- **Finanzabteilung**

Die demografische Entwicklung wird ebenfalls **Auswirkungen auf die Steuereinnahmen** des Landkreises haben. Die Zahl der Einwohner und der Erwerbspersonen und damit z. B. die Einnahmen der Gemeinden aus der Einkommenssteuer werden zurückgehen. Von der Finanzabteilung sollte eine längerfristige Finanzplanung erstellt werden, um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die zukünftigen Steuereinnahmen des Landkreises abschätzen zu können.

- **Bauabteilung**

Die Bauabteilung sollte im Rahmen der Regionalplanung, der Wohnungsbauförderung und Dorferneuerung z. B. den erforderlichen Bau von altengerechten Wohnungen, bzw. den **altengerechten Umbau vorhandenen Wohnbestandes** und das „Mehr-Generationen-Wohnen“ im Landkreis anregen und begleiten und verstärkt in allen Fragen des barrierefreien/bzw. barriereverminderten Bauens beraten.

Die **Dorferneuerung** kann mit dazu beitragen, dass die ländlichen und kleineren Gemeinden des Landkreises zur Vermeidung des Wegzugs von jungen Familien und jüngeren Einwohnern auch in Zukunft noch attraktiv bleiben.

- **Untere Naturschutzbehörde**

Nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Brach- oder auch Verkehrs- und Siedlungsflächen könnten renaturiert und für den Naturschutz und einen naturnahen Tourismus genutzt werden.

Von Seiten der „Unteren Naturschutzbehörde“ sollte mittelfristig ein Konzept für die Nutzung solcher aufgrund der demografischen Entwicklung **frei werdenden Flächen für den Naturschutz** erstellt werden.

- **Ordnungsverwaltung (Ausländerbehörde/Verkehrsbehörde/Katastrophenschutz)**

Der Fachkräftemangel wird eine verstärkte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften aus europäischen und nichteuropäischen Ländern notwendig machen. Dies gilt auch für die zukünftig vermehrt benötigten Pflegekräfte der Altenhilfe. Wobei es einen verstärkten Wettbewerb der Regionen und Länder um ausländische Fachkräfte geben wird.

Von der Ausländerbehörde sollte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung eine **Anwerbestrategie von ausländischen Fachkräften für den Landkreis** entwickelt werden.

Im Rahmen einer zu erwartenden Anpassung an rechtliche Regelungen in anderen europäischen Ländern durch die Europäische Union könnte eventuell eintreten, dass sich **ältere Autofahrer/innen** zum Erhalt der Fahrerlaubnis zukünftig einer medizinischen Untersuchung unterziehen müssen.

Generell wäre zu prüfen, welche Folgen und Anforderungen sich aus der Zunahme älterer, insbesondere z. T. schon hochbetagter Verkehrsteilnehmer/innen für die Verkehrsbehörde ergeben (z. B. auch Informationsangebote für ältere Verkehrsteilnehmer/innen).

Die freiwilligen **Feuerwehren** werden aufgrund der demographischen Entwicklung zunehmend Probleme haben, noch im ausreichenden Umfang ehrenamtliches Personal zu finden.

Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf kommunale Gesellschaften, Zweckverbände und die Kreisvolkshochschule Mainz-Bingen e. V.:

- **Kreisvolkshochschule Mainz-Bingen e. V.**

Beim quantitativen und qualitativen Ausbau der **Sprach- und Integrationskurse** für Personen mit Migrationshintergrund wird die Kreisvolkshochschule bei einer vermehrten Zuwanderung stärker als bisher gefragt sein. Ebenso wird die schulische **Nachqualifizierung** von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Erwachsenen aus bildungsfernen Milieus aufgrund des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs an Bedeutung gewinnen.

Der Bereich der **beruflichen Fort- und Weiterbildung** ist auszubauen. Angesichts der demografischen Entwicklung wird ein „**Lebenslanges Lernen**“ immer wichtiger.

Die allgemeine Erwachsenenbildung mit Angeboten zur Gesundheitsförderung, zum Sprachenlernen, zur Vermittlung von kulturellen und gesellschaftspolitisch wichtigen Themen bietet darüber hinaus eine gute Möglichkeit, die **Attraktivität des Landkreises** für seine Einwohner/innen und für Arbeitskräfte, die eventuell in den Landkreis übersiedeln möchten, zu erhöhen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss die **Kreisvolkshochschule ausgebaut** und die Arbeit der **örtlichen Volkshochschulen aufgewertet** werden. Die bisher dort überwiegend ehrenamtlich organisierten Strukturen sind mittelfristig nicht ausreichend. Allein aus demografischen Gründen wird darüber hinaus zukünftig mit einem Rückgang der Zahl derjenigen Personen zu rechnen sein, die sich ehrenamtlich für die örtlichen Volkshochschulen engagieren, bzw. es ist schon jetzt abzusehen, dass derzeit ehrenamtlich Tätige in den nächsten Jahren aus Altersgründen ausscheiden werden.

- **Rhein-Nahe-Verkehrsverbund (RNN)**

Der ÖPNV wird sich auf den demografischen Wandel einstellen müssen. Dies gilt vor allem für die zunehmende Zahl älterer Nutzer des ÖPNV, z. B. ältere Personen mit einer eingeschränkten körperlichen Mobilität.

Ebenso müssen innovative Lösungen zur Sicherstellung der **Mobilität in den kleineren und ländlicheren Gemeinden** des Landkreises gefunden und erprobt werden. Ein Ausbau und die Verbesserung der Qualität des Schienenverkehrs für die Berufspendler sind ebenfalls erforderlich.

Der RNN sollte bereits jetzt mit entsprechenden **Zukunftsplanungen** beginnen.

- **Rheinhessen-Touristik GmbH**

In der demografischen Entwicklung könnte möglicherweise auch eine Chance für den Tourismus in Rheinhessen bestehen.

Wobei zwischen den Bedürfnissen der sogenannten „jungen Alten“ (z. B. Wandern und „Weintourismus“) und eventuell schon in ihrer Mobilität eingeschränkten älteren Personen unterschieden werden muss. Das Konzept eines **barrierefreien Tourismus** in Rheinhessen sollte konsequent weiterentwickelt werden, so dass den Wünschen beider Gruppen von älteren Personen entsprochen werden kann.

Anhang Nr. 1

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
 Abt. 33 „Soziales/Kostencontrolling“
 Geschäftsstelle des Seniorenbeirates
 Wolfgang Jung

28.06.2013

„Wohnen im Alter“

(Altengerechte Wohnraumanpassung/Gestaltung des Wohnumfeldes)

1. Wie wohnen Seniorinnen und Senioren im Alter?

- Nur 5 % der Seniorenhaushalte leben barrierefrei
- 83 % der Wohnungen von Älteren haben erhebliche Barrieren
- **10 %** der Wohnungen von Älteren haben **extreme Barrieren**
- Etwa die Hälfte der Seniorenhaushalte in Deutschland wohnt im eigenen Wohnraum. Im Landkreis Mainz-Bingen sind dies wahrscheinlich etwas mehr.
- Die von älteren Personen genutzte **Wohnfläche ist oft groß**. Durchschnittlich stehen nach der Studie „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts jeder/jedem Rentner/in im Durchschnitt ca. 60 Quadratmeter zur Verfügung. Dies sind 15 mehr als im Durchschnitt aller Bundesbürger.
- Ältere nutzen überwiegend **ältere Bausubstanz** (mehr als die Hälfte lebt in Gebäuden von 1949 bis 1980)
- Die Hälfte von Wohneigentümern und ein Drittel der Mieter lebt seit über 30 Jahre in der jetzigen Wohnung/im eigenen Haus
- Die meisten Älteren wollen möglichst lange zu Hause leben
- 2/3 der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

2. Bauliche Mindestanforderungen für altersgerechtes Wohnen

- Zugang zur Wohnung möglichst barrierefrei
- Innerhalb der Wohnung, zum Balkon, zur Terrasse keine Stufen oder Schwellen
- Türen im Sanitärbereich ausreichend breit
- Eine bodengleiche Dusche. Ausreichender Sanitärraum
- Aus energiepolitischen Gründen und auch wg. der tendenziell sinkenden Alterseinkünfte wird der energetischen Anpassung des von Älteren genutzten Wohnraums zunehmend Bedeutung zukommen.

3. Veränderungsbereitschaft von Seniorinnen/Senioren

- Ca. 14 % der Seniorenhaushalte sind zu Anpassungsmaßnahmen bereit (Anmerkung: und können sich diese finanziell leisten)
- Ein Viertel der befragten Seniorenhaushalte ist umzugsbereit

4. Wie hoch ist der Bedarf an altengerechtem Wohnraum im Landkreis Mainz-Bingen und wie kann dieser gedeckt werden?

- Wenn nur für ältere Menschen mit Bewegungseinschränkungen (so sind z. B. ca. 23 % der Bewohner/innen von Seniorenhaushalten auf Gehhilfen angewiesen) entsprechender Wohnraum geschaffen wird, muss das **vorhandene Angebot an altengerechtem Wohnraum um das vier- bis fünffache ausgeweitet werden**. Dies ist kurzfristig ein Bedarf von 2,5 Mio. barrierefreien/barrierereduzierten Wohneinheiten. Bis 2030 wird der Bedarf auf sogar ca. 3 Mio. Wohneinheiten ansteigen.
- Bedarfsdeckung teilweise durch **Neubauten**. Neubauten von Ein- oder Zweifamilienhäusern sind von Beginn an so zu planen, dass sie durch einfache bauliche Maßnahmen altengerecht umgestaltet werden können (Warum ist z. B. das Schlafzimmer oft im 1. Stock?).
- Wesentlich ist aber die **Anpassung des vorhandenen Wohnbestandes**.
- Wohnungsunternehmen und Vermietern kommt besondere Verantwortung zu, da zur Miete wohnende Ältere häufiger alleine leben, häufiger hochaltrig, mobilitätseingeschränkt und pflegebedürftig sind.
- Es wird nicht für jeden älteren Menschen altersgerechter Wohnraum geschaffen werden können.
- Im **Landkreis Mainz-Bingen** gab es nach den Ergebnissen des Zensus 2011 im Mai 2011 60.452 Gebäude mit Wohnraum und insgesamt 99.996 Wohnungen.

Nach der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Wohnen im Alter“ aus dem Jahr 2011 beträgt der Bedarf an barrierearmen/barrierereduzierten Wohnungen in den kommenden Jahren bundesweit ca. 2,5 Mio. Wohneinheiten. Diese Berechnung wurde vom Autor der Studie „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts Hannover vom Juni 2013, Matthias Günther auf der Basis der Zahl der zukünftigen 65 Jahre und älteren Personen und der derzeitigen und der zu erwartenden Zahl der Pflegebedürftigen im Landkreis Mainz-Bingen bis zum Jahr 2035 auf den Landkreis „heruntergebrochen“.

Wie der Autor der Studie des Pestel-Instituts mitteilte, beträgt der Bedarf an altengerechten Wohnungen im Landkreis Mainz-Bingen im Jahr 2035 nach seiner Schätzung - bei dann voraussichtlich ca. 6.600 Pflegebedürftigen Personen im Landkreis - **ca. 5.000 Wohneinheiten** (rund 5 % des heutigen Wohnungsbestandes). Dies würde **Investitionen in Höhe von 77,4 Mio. €** erfordern. Wobei Kosten für eine barrierearme, bzw. barrierereduzierte Ausgestaltung in Höhe von 15.000,00 € pro Wohneinheit angenommen werden (wobei nur Wohnungen mit einfachen und mittleren Barrieren in die Kostenschätzung einbezogen wurden)

5. Welche Kosten sind hiermit verbunden?

- Altengerechtes Wohnen muss angesichts sinkender gesetzlicher Renten und sonstiger Alterseinkünfte, z. B. aus der privaten Altersversorgung, bezahlbar sein. Nach der Untersuchung „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts aus dem Jahr 2013 ist im Jahr 2035 jede/r vierte Rentner/in auf die Grundsicherung für Ältere angewiesen.
- Knapp die Hälfte aller erforderlichen Baumaßnahmen bei den o. g. 2,5 Mio. Wohneinheiten dient der Beseitigung von Barrieren im Innenbereich der Wohnungen. Die durchschnittlich geschätzten Kosten hierfür betragen 12.900,00 € je Wohneinheit.
- Bei 1,4 Mio. Wohneinheiten sind sowohl Barrieren beim Zugang und in der Wohnung zu überwinden (geschätzte Kosten pro Wohneinheit: 19.200,00 €).

6. Verbesserung der Förderinstrumente erforderlich

- Fortsetzung (und Ausbau) des Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Diese Förderung ist in der alten Form – es wurden vergünstigte Kredite gewährt - in 2011 ausgelaufen und die Mittel wurden nahezu auf Null gesetzt.
- Förderung durch das Land in Form von Zuschüssen.
- Gewährung von Zuschüssen durch die Pflegekassen, wenn hierdurch Heimunterbringungen vermieden werden kann.

7. Seniorinnen und Senioren beklagen eine unzureichende Infrastruktur ihres Wohnumfeldes

- Seniorinnen und Senioren beklagen eine unzureichende Infrastruktur ihres Wohnumfeldes, wie z. B. nicht gut erreichbare Bus- oder Bahnstationen und die oft unzureichende **Mobilität** im Alter (vor allem im ländlichen Raum). Bahnhöfe sind meist nur in größeren Städten barrierefrei gestaltet. In den Bahnhöfen der mittelgroßen Orte gibt es auch meist keine Toiletten mehr.
- Die Versorgung mit **Ärzten und Apotheken** wird im ländlichen Raum ebenfalls oft als unzureichend empfunden.
- Ein Viertel aller Seniorenhaushalte ist mit der Erreichbarkeit von **Lebensmittelgeschäften** unzufrieden (je kleiner der Ort, um so schlechter ist in der Regel die Versorgung)

8. Altengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes/Verbesserung der Infrastruktur und der sozialen Angebote

- Eine möglichst **barrierefreie/barrierereduzierte Gestaltung** des Wohnumfeldes (z. B. rollatorgerechte Wege/Plätze)
- Verbesserung der **Infrastruktur** (Mobilität im Alter, z. B. durch Einsatz von Kleinbussen in kleineren Gemeinden; Anreize für die Ansiedlung von Allgemeinmedizinern im ländlichen Raum; Schaffung von Ärztezentren; Gründung von Dorfläden u. a.)
- **Soziale Angebote/Einbindung** (Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von oder für Senioren, Bildung von sozialen Netzen, Förderung der Hilfe auf Gegenseitigkeit, wie z. B. durch Senioren-Genossenschaften, Freizeit- und Kulturangebote)

- **Möglichkeit von Unterstützungsangeboten** (ausreichendes Angebot an Dienstleistern, ambulanten Unterstützungs- und Pflegeleistungen, Beratungsangeboten, z. B. über Pflege/Wohnungsanpassung usw.)

9. Alternative Wohnformen im Alter

- Außer altengerechten Wohnungen werden Wohnformen mit umfassenden Unterstützungsleistungen und Angeboten der sozialen Einbindung benötigt (z. B. Betreutes Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften, Pflege-Wohngemeinschaften)

Quelle: Die obige Darstellung ist im Wesentlichen eine Kürzung der Zusammenfassung der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Wohnen im Alter“ aus dem Jahr 2011 (Insgesamt wurden ca. 1.000 Seniorenhaushalte zu dem Themenbereich befragt). Darüber hinaus wurden noch eine Pressemitteilung zur Studie „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts, Juni 2013 und einige Ergebnisse der Untersuchung der Universität Kaiserslautern „Wohnen im Alter im Landkreis Mainz-Bingen“ aus dem Jahr 2006 verwandt.

Anhang Nr. 2**Landkreis Mainz-Bingen – Städte Bingen, Ingelheim,
Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinde
Budenheim**